Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm.; außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e6mbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1065, 1067, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | **Dienstag, den 24. Juni 1924** | **4. Jahrgang * Nr. 82-94**

Flammenzeichen!

„Wir haben es nie verheimlicht. Unser Boden ist nicht der Rechtsboden, es ist der revolutionäre Boden. Die Regierung hat nun ihrerseits die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben. Sie hat sich auf den revolutionären Boden gestellt; denn auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär."

Diese Sätze schrieb Karl Marx am 9. Dezember 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung". Wie mit Peitschen geißelte er in diesem Artikel die preußische Feudalreaktion und die jämmerliche schwarzrotgoldene Bourgeoisie, die vor dem Militärsäbel des vierten Friedrich Wilhelm und seines Ministers Brandenburg kuschte. Die schwarzrotgoldene Bourgeoisie zog es damals vor, mit ihrem Gegner, dem schwarzweißen Agraradel Ostelbiens, zu paktieren, **weil sie zu feige war, für ihre politischen Ziele mit Blut und Leben auf der Barrikade einzustehen, und — weil sie die ersten Regungen des revolutionären Proletariats fürchtete und damals schon nach dem „starken Mann" jammerte.**

Heute regieren in Deutschland Söhne und Enkel jener schwarzrotgoldenen Jammerlappen.

Sie duldeten es, ja sie begrüßten es begeistert, als der Junker Bismarck ihnen den zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise notwendigen Einheitsstaat hinsetzte. Und in jahrzehntelangem schmierigen Feilschen quälten sie sich um politischen Einfluß auf diesen kaiserlich-scheinkonstitutionellen Staatsapparat.

Heute regieren sie frech und übermütig, nachdem sie im Verlauf des Bürgerkrieges im Winter 1918/19 der Arbeiter mit Hilfe von Verrätern aus den Reihen der revolutionären Arbeiter und Soldaten sich die Machtposition verschafften, die das revolutionäre Proletariat sich erringen wollte.

Dieser regierende Mischmasch, der nach Bedarf schwarzweißrot und schwarzrotgolden sich maskiert, ist nicht gern daran erinnert, daß er in jenen dunklen Novembertagen des Jahres 1918, als Karl Liebknechts Stimme das deutsche Proletariat zum Kampf rief und vom Osten Geschützdonner den Sturz der russischen Ausbeuterherrschaft verkündete, mit aschfahlem Gesicht, schlotternden Knien und nassen Hosen im Keller gehockt hat oder ins Ausland geflüchtet ist.

Die Feiglinge von damals sind die Herren von heute, sie schwingen die Fronvogtspeitsche und lassen sie niedersausen auf den Rücken ihrer Sklaven. Mit einem Wort: sie spreizen sich in Heldenpose und äffen Bismarck und den blutigen Kartätschenprinzen von 1848 nach.

Auch sie haben jetzt die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben und sich offen als **Konterrevolutionäre schlimmster Sorte** entlarvt. Nicht erst seit heute. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Lakaien versuchten, seit langem schon, unbemerkt hinter demokratischen Kulissen ihre reaktionären Ziele zu erreichen. In den letzten Tagen und Wochen jedoch haben sich Dinge zugetragen, die wie ein weithin leuchtendes Feuermal das soziale Schlachtfeld erleuchten und den ganzen demokratischen Plunder dieser Republik in Flammen aufgehen lassen.

Die Regierungen des Reiches und der Länder treffen Maßnahmen, die beweisen, daß das „Recht" und der „Rechtsboden" der bürgerlichen Gesellschaft nichts anderes sind als das Faustrecht des Mittelalters. Zur Reformationszeit marterte der deutsche Adel, der roheste der Welt, die gegen Not und Elend aufrührerischen Bauern. 1848 unterdrückte der altpreußische Feudalismus seinen Klassenfeind, die Bourgeoisie. 1924 will die deutsche Bourgeoisie, die feigste der Welt, ihren Klassenfeind, das Proletariat, auf dem Wege von „Recht und Gesetz", d. h. mit heimtückischer List und blutigem Terror, niederschlagen.

Das ist der Sinn der Epoche, die wir durchleben, das ist der Sinn der jüngsten Ereignisse.

*

In Deutschland geht die herrschende Klasse, der völkischen Eigenart der Deutschen entsprechend, sehr systematisch, sehr organisiert vor. Mit einem teuflischen Netz von Lüge und Brutalität sucht sie die Proletarier einzufangen, zu erledigen und so den Untergang der eigenen Herrschaft hintanzuhalten. Trotz aller inneren Gegensätze bemüht sie sich dabei, Solidarität mit den Klassengenossen im Ausland zu üben, Hand in Hand zu arbeiten mit den Ausbeutern in Westeuropa und in den überseeischen Ländern, immer nur in dem Gedanken, den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. **Diese Bestrebungen sollen gekrönt werden durch die Ausführung des Dawes-Planes, des Sachverständigengutachtens, womit die internationale Bourgeoisie eine Milderung der schweren Wirtschaftskrisen und eine Atempause zum „Wiederaufbau" zu gewinnen hofft.**

Zu diesem Zweck werden Streiks mit Hilfe korrumpierter Gewerkschaftsführer abgewürgt, werden Löhne und Personal abgebaut, Betriebe stillgelegt, die Arbeitszeit verlängert, alle soziale Hilfmaßnahmen auf ein weniges eingeschränkt — und, sollten etwa die Proleten nicht parieren, dann wird mit „Recht und Gesetz", verkörpert durch Polizei und faszistische Knüppelgarden, draufgehauen, gestochen, geschossen, gefoltert. Und die Gefängnisse, diese Höllen der Weißen Justiz, verschlingen die „Ungehorsamen" auf Jahr und Jahrzehnte. **Die Stimme des revolutionären Proletariats, die sich gegen den Raubplan der Kapitalisten erhebt, soll zum Schweigen gebracht werden.**

Seit einigen Wochen konzentriert die Bourgeoisie ihre Angriffe auf die Vertreter der revolutionären Arbeiter in den Parlamenten, und zu gleicher Zeit geht sie **gegen die Presse der Kommunisten vor.** Es hagelt nur so an Ausschlüssen kommunistischer Gemeindevertreter, gegen die Reichstagsfraktion wird ein großer Schlag mit Hilfe der Aufhebung der Immunität geplant, Zeitungsverbote sind an der Tagesordnung und soeben erläßt der Sozialdemokrat Ebert eine Verordnung, die, wie die feindliche Presse offen zugibt, nur für die kommunistischen Zeitungen gilt.

Dürstet's Herrn Ebert, Nachfolger der Dynastie Hohenzollern, auch nach dem Ruhm der Preußenkönige als Wort- und Verfassungsbrecher?

Der schwarzrotgoldene Ebert ist längst auf konterrevolutionären Boden, ist längst da, wo Friedrich Wilhelm IV. im Frühjahr 1849 war. Seine Presseverordnung atmet den Geist jener berüchtigten Verordnung vom 30. Juni 1849, „betreffend die Vervielfältigung und die Verbreitung von Schriften und verschiedene durch Wort, Bild, Schrift, Druck, Zeichen, bildliche oder andere Darstellungen begangene strafbare Handlungen."

Herr Ebert hat's allerdings leichter. Er braucht sich nicht mehr die Mühe zu machen, die Zensur zu verhängen. Die Konterrevolution wird jubeln, wenn Ebert die kommunistische Presse verbietet — und das können jetzt seine Handlanger ohne Schwierigkeit!

Was fehlt noch? Ebert und sein Anhang werden den Preußenkönig und seine Minister übertrumpfen, wenn sie die Kommunistische Partei verbieten. Die Sozialdemokraten **Ebert und Severing haben dann Bismarck erreicht, jenen Bismarck, der einstens die Sozialdemokratie verbot.**

*

Die Weltgeschichte erlaubt sich mit der „völkerbefreienden Sozialdemokratie" einen grausamen Witz. Sie straft die korrumpierten Führer, indem sie sie zu Affen ihrer Unterdrücker werden läßt, ein Schauspiel, wie es groteskser und schauriger zugleich kaum eine Zeit gesehen hat.

Der sozialdemokratische Parteitag hat das mit besonderer Eindringlichkeit bewiesen. Selbst die bürgerliche Presse, die der SPD. wohlgesinnt ist, gab mit Verwunderung zu, daß die Tagung ein seltenes Bild von Ideallosigkeit und flacher Alltagspolitik geboten hat. Die bürgerliche Presse kam allerdings nicht auf den Gedanken, daß dieser Parteitag nur ein Abklatsch jener vollendeten Geistlosigkeit und Kleinbürgerei war, wie sie im bürgerlichen Parteiwesen Deutschlands zu Hause ist.

Wundert's jemand, daß die im Preußischen Landtag versammelten Parteiangestellten, Staats- und Kommunalbeamte usw. mit Ja und Amen dem konterrevolutionären Programm der Bourgeoisie zugestimmt und für Ebert sich ins Zeug gelegt haben; daß sie feige allen grundsätzlichen Fragen aus dem Wege gingen; daß die Opposition erbärmlich zu Kreuze kroch und daß Hilferding unangefochten als Außenpolitiker der Partei das Bündnis mit den „westlichen Demokraten" proklamieren konnte; daß schließlich Wels die Streichung des V im Firmenschild und die Rückkehr zu der Bezeichnung SPD. als „eine der größten Errungenschaften des Parteitages" bezeichnen durfte?

Aus diesem Sumpf gibt's kein Entrinnen mehr. Die Sozialdemokratie wird dahinvegetieren als eine Partei spießbürgerlicher Mittelmäßigkeit, ohne Zufuhr frischer Kräfte. Sie ist eine Versorgungsanstalt für abgekämpfte Bonzen, deren Sinnen nach „Ruhe und Ordnung" und „häuslichem Glück" steht. In der SPD. sammeln sich alle jene verfaulten Existenzen, die aus Konjunkturpolitik in proletarische Bewegung machten und nun auf kommunalen und staatlichen Ruheposten ein „geordnetes Leben", „geachtet von ihren Mitmenschen", nämlich den übrigen Spießbürgern, führen möchten ... Deckt die Mistgrube zu und laßt sie ruhen!

*

Der Tag aber wird kommen, wo alle die jämmerlichen Spießerseelen fürchterlich erwachen werden. Fieberhaft geht der Pulsschlag der Welt. Krisen erschüttern ihr innerstes Gefüge. Alles ist in Bewegung. Gerade in diesen Tagen, wo in Moskau der V. Weltkongreß der Komintern tagt, strömen von proletarisch Rußland geheimnisvolle Kräfte um den Erdball. Und überall, wo Menschen unter harter Fron seufzen, wo Lohnsklaven, gleich welcher Nation oder Rasse, ausgebeutet werden, da wecken diese Ströme unterirdische Kräfte. Die Sehnsucht nach Freiheit und Menschen wird lebendig, der Geist des Aufruhrs erwacht. **Spartakus wandert durch die Länder.** Er ruft in die schmutzige Mietskasernen nordamerikanischer Arbeiter hinein; er reißt die Neger auf den Plantagen des Südens empor; gewaltig dröhnt seine Stimme von Indien her zu den Völkern des fernen Ostens; er sitzt in den Proletarierkneipen von London und Paris und — **er entfaltet über Deutschland die blutrote Fahne, die als Symbol Hammer und Sichel trägt.**

Spartakus lebt und wird leben, solange nicht das Proletariat die Aufgabe, die ihm von der Geschichte gestellt ist, bis ins letzte erfüllt. **Je schärfer, je erbitterter der Kampf tobt, je härter die Kapitalistenklasse das Proletariat knechtet, desto stärker werden die Kräfte des Aufruhrs.** Häufig nicht sofort sichtbar, ja manchmal scheint's gegenteilig zu sein. — Das ist das Widerspruchsvolle im Zersetzungsprozeß des kapitalistischen Systems, daß schwere Rückschläge im Klassenkampf eintreten, daß die Revolution Umwege geht.

Aber sie marschiert! Und marschiert auch in Deutschland gerade jetzt. Jede Gewalttat der herrschenden Klasse, jedes Zuchthausurteil, jeder Proletariermord ist ein Motor der Revolution.

Die Revolution wird kommen und sie wird nicht fragen, ob morgen oder übermorgen. Sie wird sich nicht um den „Rechtsboden" kümmern, den die bürgerliche Demokratie selbst unterminiert. Es kommt im sozialen Prozeß nicht darauf an, was gerecht und billig, sondern was notwendig und unvermeidlich ist.

Die Zeichen dieses Notwendigen und Unvermeidlichen aber brennen am Firmament. Das Proletariat muß diese Zeichen lesen lernen und muß nach ihrer Weisung handeln.

Sorgt dafür, daß Ihr gerüstet seid, wenn die Stunde kommt!

Vergeßt nicht, daß vor 10 Jahren der imperialistische Krieg ausbrach!

Denkt daran, daß die proletarische Revolution diesen Krieg unmöglich macht und die Sklavenhalter vernichtet!

Seid einig im unerbittlichen Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft!

Schart Euch um die Kommunistische Partei, der Führerin im proletarischen Befreiungskampf!

Chronik der innenpolitischen Ereignisse

für die Zeit des „Klassenkampf"-Verbots

Dienstag, den 10. Juni: Der Reichstag ermächtigt, bevor er sich auf drei Wochen vertagt, mit 247 gegen 183 Stimmen die Regierung, das Sachverständigengutachten mit größter Beschleunigung zu verwirklichen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, während die Sozialdemokraten zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien geschlossen dafür stimmen.

Der Kommunist Saalkamp, der durch preußische Ia-Spitzel zu einem Bombenattentat veranlaßt worden war, wird zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Arbeiterdemonstrationen in Schwerin anläßlich des Landesarbeiter-Kongresses; Verschärfung des Bergarbeiterkampfes im Oelsnitz-Lugau-Zwickauer Revier.

Mittwoch, den 11. Juni: Abbruch des großen oberschlesischen Bergarbeiterstreiks. Grund: der Verrat an der Ruhr.

Wuchtige Demonstrationen der Hamburger Arbeiterschaft gegen das Verbot des Arbeiterkongresses und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Zusammenstöße mit der Hamburger Polizei. Bei einem Kampf zwischen Kommunisten und Stahlhelmern zwischen Hamburg und Kiel werden die Faszisten verjagt.

Transportarbeiterstreik in Frankfurt und Hamburg.

Brauereiarbeiterstreik in Berlin.

Veröffentlichung der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, die feststellt, daß bei Reichsbahn und Reichspost vierhunderttausend Beamte, also 25 Prozent, abgebaut sind.

Donnerstag, den 12. Juni: Große Erregung der Eisenbahner wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung auf 30prozentige Lohnerhöhung und Bezahlung der neunten Arbeitsstunde.

381

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0001

Gescheiterte Regierungsverhandlungen in Bayern; die Bayrische Volkspartei weigert sich, mit den Völkischen zusammen in eine Regierung zu gehen.

Eröffnung des sozialdemokratischen Parteitages.

Freitag, den 13. Juni: Sozialdemokratischer Parteitag; die Mehrheit tritt für Ebert ein. Abwürgung der schwächlichen Opposition.

Der Freie Eisenbahnerverband Berlin fordert von den übrigen Verbänden die Kampfaufnahme, da die Regierung alle Forderungen ablehnt.

Bewaffneter Zusammenstoß in der Breslauer Stadtverordnetenversammlung; Arbeiter entwaffnen die Schupo.

Massenentlassungen im ganzen Reich; Stillegungen in der mitteldeutschen Kali-Industrie; im oberschlesischen und mitteldeutschen Bergbau wird Tausenden von Kumpels gekündigt. In Köln und Remscheid schließen viele Eisenindustriewerke. Auf Beschluß des niederrheinischen Arbeitgeberverbandes wird, „ohne Rücksicht auf die Verhältnisse und auf evtl. Anträge", die Vierundzwanzigstundenwoche durchgeführt.

Krefelder Arbeiter erhalten für Streikpostenstehen sieben Monate Gefängnis; der deutschvölkische Terrorbandenführer Dr. Ruge wird freigesprochen.

Sonnabend, den 14. Juni: Auf dem sozialdemokratischen Parteitag wird ein Antrag Müller-Franken, der die Koalitionspolitik der Partei mit den bürgerlichen kapitalistischen Parteien billigt, mit 262 gegen 105 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung über die Ablehnung des Reichswehretats stimmen für Ablehnung 99, für Annahme 249 Vertreter. Hilferdings außenpolitisches Programm: Abkehr vom revolutionären Osten, Bündnis mit den westlichen Demokratien!

Schwerer Eisenbahnzusammenstoß in Berlin infolge Ueberlastung des Eisenbahnpersonals; Tote und Verwundete.

Denkmalsweihe in Potsdam; Parade der Faszisten vor dem ehemaligen Kronprinzen und seinen Brüdern.

Sonntag, den 15. Juni: Die englischen Gewerkschaftsführer bringen auf Veranlassung der britischen Regierung den Londoner Untergrundbahnstreik zum Erliegen.

Große Arbeiterentlassungen in der rheinischen Eisen- und oberschlesischen Bergbauindustrie.

Einigung der Reichsregierung mit den Eisenbahnergewerkschaftsführern, welche die Forderungen der Eisenbahner freigeben. Die Löhne werden nicht, wie gefordert, um 30, sondern nur um 5 Proz. erhöht.

Montag, den 16. Juni: Weitere Stillegungen von Zechen- und Fabrikbetrieben in Rheinland-Westfalen und Ruhrgebiet. Schließung der Hermsdorfer Porzellanfabrik. In Mecklenburg gleichfalls Stillegung von Werken.

Bei der Betriebsratswahl des Phoenix in Düsseldorf erhalten die Kommunisten fast 2000 und die Christen 241 Stimmen.

Im Mainzer und Zenaer Gefängnis verüben zwei Genossen infolge verbrecherischer Mißhandlung durch französische und deutsche Justizorgane Selbstmord.

Dienstag, den 17. Juni: In Stettin beginnt der Prozeß gegen drei ehemalige Schupobeamte, die angeklagt sind, den belgischen Leutnant Graff am 22. März 1923 im besetzten Gebiet ermordet zu haben.

Die französische Besatzungsbehörde verbietet das Essener kommunistische „Ruhrecho", weil es die Mißhandlungen des Kommunisten Seelbach durch die französischen Justizbeamten schilderte.

Zusammenstöße zwischen Nationalisten und Jungkommunisten in Berlin.

Schließung vieler Zechen im Ruhrgebiet wegen angeblichen Geldmangels. Stillegung von chemischen und Margarinefabriken sowie Oelfabriken im Rheinland.

Tumultszenen im hallischen Stadtparlament.

Bei der Mahnwache in München kam es zu großen Manifestationen für den früheren Kronprinzen Rupprecht.

Das Gothaer kommunistische „Volksblatt" auf drei Wochen verboten.

Mittwoch, den 18. Juni: Mißtrauensvotum der Bürgerlichen im Stadtparlament Cassel gegen Scheidemann.

Beratungen aller Parteiführer, mit Ausnahme der Kommunisten, mit dem Ergebnis: Landes- und Hochverrat sollen in Zukunft nicht mehr den Schutz der Immunität erfahren. (Vorbereitung zu den kommenden Kommunistenverfolgungen.)

Im Auswärtigen Ausschuß wird der kommunistische Antrag auf Oeffentlichkeit der Sitzung abgelehnt, ein Antrag Westarps auf Aenderung des § 28 der Geschäftsordnung, der den Ausschluß der Kommunisten bedeutet, wurde angenommen.

31 Wandsbeker Arbeiter erhalten wegen der Oktoberkämpfe in Hamburg 7½ Jahre Festung.

Massenentlassungen gehen weiter. Aussperrung der ostpreußischen Bauarbeiter. Bevorstehende Aussperrung der bayrischen Kumpels.

Die Betriebsratswahl in den Ludwigshafener Anilinwerken ergibt 8600 Stimmen für die Kommunisten und 4100 Stimmen für die Sozialdemokraten.

Acht Altonaer Arbeiter werden wegen „Durchführung hochverräterischer Pläne" zu 14 Jahren Festung verurteilt.

Verlängerung der Micumverträge um 14 Tage.

Beendigung des Berliner Brauereiarbeiterstreiks mit kleinem Erfolg.

Aufhebung der 500-Mark-Ausreisegebühr für Auslandsreisende.

Donnerstag, den 19. Juni: Schweres Straßenbahnunglück in Iserlohn, höchstwahrscheinlich infolge technischer Mängel. 24 Tote, 30 Schwerverletzte.

134 Wetzlaer Arbeiter werden wegen Landfriedensbruchs zu neun Jahren sieben Monaten Zuchthaus und 503 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der widerrechtlich verhaftete Dr. Frank bricht im Münchener Gefängnis seinen 21tägigen Hungerstreik auf Anweisung der Zentrale der KPD. ab.

Eröffnung eines neuen Kinderheims der JAH. in Remscheid.

Vor dem Elberfelder Schwurgericht werden acht Arbeiter wegen eines angeblich beabsichtigten Bombenattentats auf Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr verurteilt, während der Hauptangeklagte sechs Jahre Zuchthaus bekommt.

In Jena kommt es anläßlich der Arbeiter-Sportkartell-Werbewoche zu revolutionären Massendemonstrationen.

Freitag, den 20. Juni: Der kommunistische Bezirkssekretär Oelsner erhält von dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik drei Jahre Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe, der Arbeiter Päz neun Monate Gefängnis.

Im Dortmunder Gefängnis treten zehn Genossen wegen Verschleppung des Verhandlungstermins in den Hungerstreik.

Vor dem Schöffengericht in Halle beginnt ein Landfriedensbruchsprozeß gegen 28 Nietlebener Arbeiter.

In dem Prozeß wegen Erschießung eines gegen die Arbeiter besonders brutal vorgehenden Polizisten verurteilte das Düsseldorfer Gericht zwei Arbeiter zu je drei Jahren und einen zu vier Jahren Gefängnis.

Aussperrung der westpreußischen Bauarbeiter.

Die Bochumer Konferenz der Metallarbeiter beschließt die Ablehnung des Schiedsspruchs, der am Zwölfstundentag festhält, fünf freie Sonntage im Jahre vorsieht und Löhne diktiert, die sich nach den Abzügen zwischen 110 und 125 Mark im Monat bewegen.

Im Sächsischen Landtag werden durch bürgerlich-sozialdemokratische Einheitsfront alle Anträge der Kommunisten für die Bergarbeiter niedergestimmt.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion Halle wird auf Grund der in der ersten Sitzung abgegebenen Erklärung von allen Sitzungen ausgeschlossen.

Sonnabend, den 21. Juni: Veröffentlichung einer Verordnung des Reichspräsidenten Ebert, wonach die bestehenden Bestimmungen für die Presse außerordentlich verschärft werden und die Verbreitung von Ersatz- oder Kopfblättern an Stelle verbotener Zeitungen generell untersagt wird. Die Verordnung richtet sich gegen die kommunistischen Zeitungen.

Urteilsverkündung im Landfriedensbruch gegen die Nietlebener Arbeiter, die zusammen fast zehn Jahre Gefängnis erhalten, davon der Hauptangeklagte ein Jahr sechs Monate.

Sonntag, den 22. Juni: Verhaftung von 30 Angestellten der Kommunistischen Partei in Berlin mit dem Zweck, Material für den Massenprozeß gegen die Partei zu sammeln.

Riesige Demonstrationen der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft anläßlich des von der Kommunistischen Partei nach Düsseldorf einberufenen Roten Tages. Massen beherrschen die Straße. Polizei wagte nicht, einzugreifen.

Internationales Kommunistenmeeting in Köln.

Verbot des „Volkswillen" in Suhl.

Mitteldeutscher Arbeiterkongreß in Halle.

Eröffnung des Reichskongresses der Union der Hand- und Kopfarbeiter in Bochum.

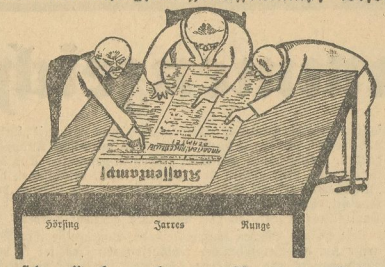
Montag, den 23. Juni: Verurteilung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schneck zu drei Monaten Gefängnis.

Entlassung von Tausenden von Arbeitern und Angestellten bei der Mansfeld A.-G. in Eisleben; die Aussperrungswelle greift auch auf das sächsische Industriegebiet über.

Die Wahlen zum Anhaltischen Landtag bringen als vorläufiges Ergebnis einen Stimmenrückgang der Kommunisten und Deutschvölkischen, welch letztere zahlreiche Stimmen an die Deutschnationalen verlieren.

Enthüllungen von Machenschaften des Berliner Landesarbeitsamtes, welches aus den Beträgen der Erwerbslosenfürsorge Darlehen an die Industriellen mit 2½prozentigem Zinsfuß gibt.

Die drei eifrigsten „Klassenkampf"-Leser



auf der Suche nach neuen Verbotsgründen

Sozialdemokraten für Jarres

Sie wählen den Faszisten Jarres zum Vorsitzenden des Provinziallandtags!

(Eig. Drahtb.) **Düsseldorf,** 23. Juni.

Bei der Eröffnung des Rheinischen Provinziallandtages wurde die Burgfriedensstimmung der Bürgerlichen und Sozialdemokraten durch die Kommunisten empfindsam gestört. Die Bürgerlichen und ihre sozialpatriotischen Lakaien wollten den Faszisten Innenminister Jarres zum Vorsitzenden wählen. Die Kommunisten beantragten namentliche Abstimmung, um die Sozialdemokraten als verkappte Faszisten zu entlarven. Die Abstimmung ergab 112 für Jarres, 1 für Adenbaum und 11 für die Kommunisten. 13 weiße Stimmzettel wurden abgegeben, die von den Sozialdemokraten herrühren. **Da von den Sozialdemokraten 30 anwesend waren, hat die Mehrzahl für Jarres gestimmt.** Die Sozialdemokraten stimmten ebenfalls mit dem gesamten Bürgertum für eine Beschränkung der Redezeit auf 1½ Stunden. Als Jarres den Vorsitz übernehmen wollte, verließ der kommunistische Abgeordnete Knab demonstrativ seinen Posten als Schriftführer.

Führer der rheinischen Sozialdemokratie ist der Nationalsozialist Sollmann. Daß seine Freunde sich für Jarres einsetzen, ist bei den guten Beziehungen, die Sollmann seit langem also zu faszistischen Kreisen, zur Militärbehörde und reaktionären Spitzeln unterhält, nicht verwunderlich.

Im passiven Widerstand waren die rheinischen Sozialdemokraten die lautesten Schreier für die „nationale Einheitsfront". Sozialdemokratische Gewerkschaften proklamierten auf der berüchtigten Essener Kundgebung die „Volksgemeinschaft", im Bunde mit den anwesenden Vertretern der Großindustrie. Die „Rheinische Zeitung" veröffentlichte eine Ehrentafel mit den Namen der ausgewiesenen und verhafteten — **Industriellen und Zechendirektoren** usw. Das Ergebnis ist, daß die SPD. jetzt ganz offen für die Konterrevolution, für den Extreaktionär und Kommunistenfresser Jarres eintritt, und das erleichtert unseren Kampf gegen diese Verräter außerordentlich.

Neue Bluttat der Faszisten

Genosse Lange rücklings erschossen

Hannover, 23. Juni.

Am Sonntag wurde in Evesdorf der Genosse Lange, der Mitglied des Arbeiter-Sängerchors ist, auf einer Feier des ASB. im Festzelt von einem Faszisten rücklings erschossen.

*

Während der bürgerliche Staat mit allen Machtmitteln gegen die Arbeiterklasse vorgeht, läßt er den Faszisten freie Hand; er betrachtet sie als willkommene Ergänzung seiner Soldateska und seiner Polizeibanditen. Der Prolet ist Freiwild, den man niederknallen darf, wo man ihn findet. Der Mord an dem Genossen zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie sicher die blutbesudelte Reaktion sich fühlt. Das Proletariat muß an der Seite unseres Genossen erneut geloben, die eigene Front zu stärken und **alles zu tun, um den völkischen Terror und der Bourgeoisdiktatur ein Ende zu machen.**

Die Kommunisten für die Beamten

(Eig. Drahtb.) **Berlin,** 23. Juni.

Am Freitag trat der Haushaltsausschuß des Reichstages unter dem Vorsitz des deutschnationalen Abgeordneten Fohren zusammen. Auf der Tagesordnung standen die dringlichen Fragen der Beamtenbesoldung, der Personalabbauverordnung. Zu diesem Thema gab der Reichsfinanzminister Dr. Luther die Zahlen der abgebauten Beamten bekannt, sowie die erzielten Ersparnisse, die ganze 421 Millionen Mark betragen. Darüber hinaus aber erklärte er jedoch, daß der

Personalabbau noch lange nicht beendet

sei. Die Ueberlastung der Beamten und die aus ihr entstehenden schweren Unfälle bei der Eisenbahn scheinen für den Herrn keine Lehre zu sein. Er wagte es sogar, die von der Reichsregierung vorgenommenen **unerhörten Pensionsverkürzungen** zu verteidigen, mußte jedoch am Schluß seiner Ausführungen zugeben, daß **„eine überlebte und bewußte Niedrighaltung der Beamtengehälter" stattfinde.** Das sei jedoch nur bisher so gewesen, denn durch den fortgeschrittenen Personalabbau habe sich die Möglichkeit ergeben, aus den Ersparnissen eine Erhöhung der Beamtengehälter vorzunehmen, von der die Beamten der unteren Gruppen allerdings nichts zu spüren bekommen. Dies kam auch in der folgenden Aussprache zum Ausdruck. Während jedoch die Vertreter aller anderen Parteien einschließlich des Nationalsozialisten Hennig, der sogar zugab, daß die durch den Personalabbau ersparte Summe nicht geringfügig sei, die Verelendungsmaßnahmen der Reichsregierung mehr oder weniger offen unterstützten, war es allein der kommunistische Abgeordnete Kay, der der Regierung offenen Kampf ansagte:

„Wir fordern, daß die Gehaltsgruppen I bis VII nicht mehr geschmälert werden dürfen, die Gruppen über XIII sortfallen und bis zur Neuregelung für die Gruppen V bis VII eine Kopfzulage gewährt wird, damit die Sätze der Gruppe VIII erreicht sind. Entlassene Beamte, Angestellte und Arbeiter sind wieder einzustellen, das verlorene Gehalt ist nachzuzahlen, überall sind Beamtenräte zu bilden."

Nach Schluß der Debatte wurde ein Unterausschuß gebildet, in den jede Partei einen Vertreter entsendet und der am Montag zusammentreten soll.

Roter Tag in Düsseldorf

Riesenaufmarsch der Arbeiter — Die Polizei kuscht — Ein Wald von Roten Fahnen im Rheinpark — 10000 Menschen singen die „Internationale"

(Von unserem Korrespondenten.)

Düsseldorf, 22. Juni.

Die Düsseldorfer Arbeiterschaft und die Delegationen sammelten sich vormittags in 12 Massenversammlungen. 57 Orte hatten Fahnendelegationen entsandt, darunter Aachen, Bonn, Hagen, Dortmund, Wesel usw. Von weit her hatten die Proletarier ihre Vertreter geschickt.

In den Massenversammlungen wurde zur Lage Stellung genommen. Die Ausführungen der Redner fanden stürmische Zustimmung. Ein Aufruf an die Arbeiterschaft Deutschlands wurde in allen Versammlungen einstimmig angenommen.

Die Kundgebung

Von den Versammlungen aus zogen die Arbeiter in kleinen Gruppen mit vielen Fahnen zum Kaiser-Wilhelm-Park. Die Polizei hatte sich wohlweislich zurückgezogen. Die Bourgeoisie sah mit verbissenen Gesichtern dem Aufmarsch der Massen zu. Spitzel trieben sich in großer Zahl herum. Sie wurden mit höhnischen Schimpfworten traktiert.

Um 1¼ Uhr ist der Aufmarsch vollendet. 10000 Proletarier haben sich versammelt. Die Musikkapelle spielt die Internationale. Die Massen singen mit — ein gewaltiger Eindruck. Nach der Eröffnung ergreift ein französischer und holländischer Genosse das Wort zur

Begrüßung

Ein französischer Genosse, von den Versammelten stürmisch begrüßt:

Ich bringe Euch die brüderlichen Grüße der Genossen der französischen Sektion der Kommunistischen Internationale. (Bravo!) **Unser gemeinsamer Feind ist die kapitalistische Klasse aller Länder.** Sie hat den Krieg verschuldet, sie will jetzt die Verständigung auf den Rücken zunächst der deutschen, dann der französischen Arbeiter vornehmen. Die französische Kommunistische Partei weiß, daß die amerikanische Hochfinanz die Absicht hat, zuerst Deutschland, dann auch Frankreich zu kolonisieren. Eine Million französischer Arbeiter sind mit der KP. einig, daß die Kapitalisten, die am Kriege verdient haben, auch seine Lasten tragen sollen. (Stürmischer Beifall.) In einigen Wochen wird uns die 3. Internationale zu einer Kampfeswoche gegen den imperialistischen Krieg aufrufen. Während dieser Woche muß das Proletariat auf beiden Ufern des Rheins mit aller Kraft verkünden, daß es keinen anderen Krieg mehr will, außer dem letzten Krieg, den Krieg gegen die Kapitalistenklasse. (Sehr richtig!)

Die deutsche Arbeiterschaft kann auf das französische Proletariat zählen. Nieder mit dem Kapital! **Es lebe die Arbeiterklasse!**

Der holländische Genosse:

Ich überbringe dem rheinisch-westfälischen Proletariat Kampfesgrüße zu seinem heutigen Roten Tage. Die holländischen Proletarier verfolgen mit Spannung den Kampf des deutschen Proletariats gegen die kapitalistische Klasse. Den holländischen Genossen haben die letzten Kämpfe in Deutschland mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Arbeiterklasse sich nur auf die KP. verlassen kann. Auch in Holland ist die Sozialdemokratische Partei ein Feind der Arbeiterklasse. Schwere Kämpfe stehen dem deutschen und dem internationalen Proletariat bevor. Das internationale Proletariat muß sich gegen die Versklavungspläne der internationalen Bourgeoisie mit allen Mitteln zur Wehr setzen. Die kapitalistische Diktatur muß gebrochen und die proletarische errichtet werden. (Bravo!) Die holländischen Genossen versichern dem deutschen Proletariat in diesem Kampf aktive Unterstützung. Wir grüßen Euch mit dem Ruf:

Es lebe Räte-Deutschland!

Es lebe die Weltrevolution! (Stürmischer Beifall.)

Nach den Begrüßungsansprachen sprachen von drei Tribünen Reichstagsabgeordnete der KP. Die Redner weisen auf die ernste politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland hin. Die Reaktion will das Proletariat auf die Stufe von Kolonialsklaven herabdrücken. Darum das Kesseltreiben gegen die KP., darum die Markierung der politischen Gefangenen, darum die fieberhafte Tätigkeit der Faszisten.

Das Sachverständigengutachten zwingt die Kapitalisten zur Einengung des Produktionsapparates. Ein großes Arbeitslosenheer, schrankenlose Ausplünderung der in Arbeit Stehenden und damit neue, revolutionäre Kämpfe sind die Folge. Sammeln wir unsere Kräfte, bereiten wir uns auf den Kampf vor. Der Reichs-Arbeiterkongreß und der 5. Weltkongreß müssen dem Proletariat die Richtlinien des Kampfes geben.

Es lebe der Kampf um den Achtstundentag!

Es lebe der Kampf gegen die Konterrevolution!

Es lebe der Kampf um die Diktatur des Proletariats!

Die Redner wurden wiederholt von stürmischem Beifall unterbrochen.

Mit dem Gesang der „Internationale" wurde die imposante Kundgebung geschlossen. In kleinen Gruppen zogen die Versammelten mit den zahlreichen Fahnen nach Hause oder zum Bahnhof und gaben dem Düsseldorfer Stadtbild ihr Gepräge.

Der Rote Tag war ein Auftakt. Der Rote Tag hat gezeigt: Das rheinisch-westfälische Proletariat ist zu neuen Kämpfen bereit.

Solidarität der Ausgebeuteten

Französische Soldaten fraternisieren mit Kommunisten

(Eig. Drahtber.) **Remscheid,** 23. Juni.

Auf der Rückfahrt vom Roten Tag in Düsseldorf konnten die Genossen des unbesetzten Gebietes an den Paßkontrollen die schönsten Zeichen internationaler Solidarität von den französischen Soldaten entgegennehmen. **Die Soldaten zeichneten mit Kreide an die Wagen, die von den Teilnehmern am Roten Tag benutzt wurden, Sowjetsterne und bei der Paßkontrolle küßte ein französischer Soldat die rote Fahne.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0002

Zerschlagt die Versklavungspläne der Sachverständigen!

Der mitteldeutsche Arbeiterkongreß an das mitteldeutsche Proletariat

Arbeiter, Genossen!

Die kapitalistischen Sachverständigen sind im Begriffe, der deutschen Arbeiterklasse ein zehnfaches Sklavenjoch aufzuzwingen. Gemeinsam wollen die kapitalistischen Räuber Deutschlands und der imperialistischen Westmächte aus den Knochen der deutschen Proletarier unerhörte Profite herauspressen. Die deutschen „patriotischen" Kapitalisten fügen sich bereitwilligst der Internationalisierung der famosen deutschen Republik. Wissen sie doch, daß sie zur Niederhaltung der rebellierenden Arbeiterschaft die Hilfe der Weißen Garden der ganzen Welt zur Verfügung haben.

Die Reichseisenbahn soll privatisiert werden und unter internationale Kontrolle kommen!

Das internationale Kapital erhält das Recht, die Tarife festzusetzen und weitere Massenentlassungen von Eisenbahnern vorzunehmen, zur Steigerung des Profits.

Die deutsche Goldnotenbank kommt unter internationale Kontrolle!

Das internationale Kapital erhält das Recht, den Notenumlauf zu vergrößern oder zu verringern, und „reguliert" dadurch die Löhne der Arbeitssklaven, zur Steigerung des Profits.

Die gesamte deutsche Finanzwirtschaft kommt unter internationale Kontrolle!

Die internationalen Kapitalisten erhalten das Recht, Steuern auszuschreiben und Zölle zu erheben, zur Entlastung der Kapitalisten, zur Belastung des Proletariats, zur Steigerung des Profits.

Die gesamte kapitalistische Wirtschaft Deutschlands kommt unter internationale Kontrolle!

Die ausländischen Kapitalisten erhalten das Recht, die Betriebe stillzulegen und Massenentlassungen vorzunehmen, zur Steigerung des Profits.

Die Sozialdemokratie, die reformistische Gewerkschaftsbureaukratie preist der deutschen Arbeiterklasse die internationalen Sklavenpläne als die Grundlage des „ewigen Weltfriedens". In Wirklichkeit bedeutet die Verwandlung Deutschlands in eine Reparationskolonie nichts anderes als die Vorbereitung neuer imperialistischer Kriege und eines neuen Interventionskrieges gegen den einzigen proletarischen Staat der Welt, gegen Sowjet-Rußland.

Auf dem Boden der Sachverständigenpläne müssen sich entwickeln neue imperialistische Gegensätze der kapitalistischen Staaten. Und wenn die Sozialdemokratie Euch, Proletarier, vorlügt, daß die Internationalisierung Deutschlands den Abschluß des Weltkrieges bedeute, so tun sie es deshalb, weil sie auf Gedeih und Verderb mit den Kapitalisten verbunden sind.

Unter kommunistischer Führung muß das Proletariat den Kampf organisieren gegen die Versklavungspläne! Unter kommunistischer Führung wird jeder Kampf des Proletariats ein Schlag sein gegen die Versklavungspläne!

Jeder Kampf, geführt zur Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung, beschneidet den Profit der deutschen Kapitalisten, und er muß ihnen die Lust vertreiben, ihre Profite mit den internationalen Kapitalisten zu teilen.

Weil die Reformisten das nicht wollen, weil sie die Internationalisierung Deutschlands mit allen Schrecknissen für die Arbeiterschaft erreichen wollen, wollen sie die Gewerkschaften umwandeln in Streikbrecherorganisationen, in kapitalistische Hilfsgarden. Und deshalb werden alle revolutionären Arbeiter, die sich das Vertrauen der Gewerkschafter im Kampfe gegen die Kapitalisten und ihre reformistischen Lakaien erworben haben, aus den Organisationen herausgeworfen.

Das mitteldeutsche Proletariat denkt nicht daran, den Verrätern das Spiel zu erleichtern!

Sie werden in den Organisationen bleiben und in den Organisationen die Massen zum Kampf organisieren. Sie werden mit nie dagewesener Schärfe den Kampf in den Betrieben führen, um jeden Betrieb zu einer Hochburg des revolutionären Proletariats zu machen.

Das Proletariat Mitteldeutschlands weiß, daß nur im harten, unerbittlichen Klassenkampf die wahrhaft revolutionären Massenorganisationen, die Industrieverbände, geschaffen werden können. Sie wissen, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann unter Führung der revolutionären Betriebsräte, unter Führung der Kommunistischen Partei.

Ein Verräter, wer in diesem wichtigen Kampfe feige seinen Posten verläßt!
Vorwärts zum Kampf!
Schmiedet die revolutionäre Einheit des Proletariats!
Es lebe die proletarische Diktatur!

Halle, den 22. Juni 1924 **Der mitteldeutsche Arbeiterkongreß**

H + H = Dawes-Plan

Hergt für Herriot

(Eig. Ber.) **Dessau**, 22. Juni.

Der deutschnationale Führer Hergt hat hier in einer Versammlung gesprochen und dem „linken" Herriot eine Liebeserklärung gemacht. Er sagte u. a.: In den Erklärungen Herriots klinge manches anders als bei Poincaré. Es sei richtig, daß Herriot die alte Gewaltpolitik Frankreichs abgeschworen habe; es sei richtig, daß er zum ersten Male in bestimmterer Weise überhaupt die Räumungsfrage als für Frankreich in Betracht kommend hingestellt habe. Er habe auch von einer gewissen Amnestie für die Beurteilten im Ruhrgebiet gesprochen. Das sei anzuerkennen; aber es müsse Wert darauf gelegt werden, daß das nicht übertrieben werde. Gewiß stehe in Herriots Erklärungen nichts von dem, was Poincaré früher sagte, aber es stehe auch nichts darin von den Fristen der Räumung. In der Räumungsfrage müsse man also mit den Franzosen kämpfen. Und nun habe man zu fragen, ob Herr Stresemann der Mann sei, der diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg kämpfen könne.

Herr Hergt macht also noch einige Vorbehalte, aber ist auf dem Boden der „gegebenen Tatsachen" angekommen. Nur erscheint ihm der Judenfreund Stresemann nicht der richtige Mann. Der richtige Mann ist aber ohne Zweifel — Herr Hergt! Also ran an die Futterkrippe!

Volles Einvernehmen . . .

Herriot reist zu den Brüsseler Geschäftsfreunden

(WTB.) **London**, 24. Juni.

Herriot erklärte gestern vor seiner Abreise nach Brüssel einem Vertreter des „Evening Standard", er reise nach Brüssel, um Theunis mitzuteilen, daß ein volles Einvernehmen zwischen England und Frankreich erzielt sei. Obwohl das große Werk, fuhr Herriot fort, das wir zu vollbringen haben, in diesem Augenblick erst begonnen hat, glaube ich dennoch sagen zu können, daß es gut begonnen hat und auf fester Grundlage steht. Ich persönlich bin damit zufrieden und nach meiner Ueberzeugung wird auch Frankreich damit zufrieden sein.

*

Der „linke" Herriot wird sich noch wundern über die „feste Grundlage" des kapitalistischen Aufbaus, den er und seine Geschäftsfreunde in Berlin, Brüssel und London planen. Vor allen Dingen wird sich sehr bald zeigen, daß diese politische Geschäftsfreundschaft in der Tat Geschäftsfeindschaft ist, die in erbitterten Konkurrenzkämpfen und neuer Kriegsgefahr zum Ausdruck kommen wird. Unsere Pazifisten jubeln zu früh, wenn sie glauben, den zehnten Jahrestag des Weltkrieges unter neuen Friedenssternen begehen zu können. Das „große Werk" des Herrn Herriot, d. h. die Versklavung des mitteleuropäischen Proletariats mit allen ihren Auswirkungen auf das Weltproletariat, zeugt aus sich heraus neue Widersprüche, neue Krisen, neue soziale Kämpfe. Und sollte die Bourgeoisie inzwischen in einen neuen Krieg getrieben werden, so wird dieser Krieg mit Naturnotwendigkeit in den Bürgerkrieg umschlagen, der die Ausbeuterherrschaft stürzt. **Dem imperialistischen Krieg setzt das Proletariat die Revolution entgegen.**

Der „linke" Herriot für die Faszisten

Paris, 23. Juni. **Herriot hat die Demonstration der Kommunistischen Partei, die sich gegen Mussolini richten sollte, in Paris verboten. Damit fügt sich Herriot einer Note Mussolinis, die Beschwerde über die offensive Tonart der Pariser Zeitungen führte.**

Antifaszistische Massenkundgebung der KPF. in Paris

Schwere Zusammenstöße mit der Polizei

(Eig. Drahtm.) **Paris**, 23. Juni.

Die Kommunistische Partei Frankreichs veranstaltete gestern eine riesige Kundgebung gegen den Faszismus. Die in Paris lebenden italienischen Arbeiter waren äußerst zahlreich vertreten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die mit größter Brutalität auf die Arbeiter losschlug. 13 Polizisten und elf Arbeiter wurden verwundet.

Folgen des Gutachtens

Von **Norbert**

Am 9. April 1924 hat das Dawes-Komitee der Reparationskommission sein Gutachten überreicht, in welchem Mittel und Wege vorgeschlagen werden, den deutschen Staatshaushalt ins Gleichgewicht zu bringen und die „Stabilität" der deutschen Währung auf die Dauer zu gewährleisten. Der amerikanische General sucht als Anwalt des internationalen Kapitals gleich eingangs seines Berichtes dem deutschen Volke bange zu machen, indem er droht: „Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung würde die absichtliche Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Zerrüttung bedeuten, die dahinführen würde, ihr Volk in hoffnungsloses Elend zu stürzen." Mit dieser Argumentation geht auch der deutsche sozialdemokratisch-bürgerliche Erfüllungsblock hausieren, um die Werktätigen Deutschlands gefügig zu machen. Um so notwendiger ist es, daß sich Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbürger und Kleinbauern vollständig klar darüber werden, ob das im Falle der Ablehnung prophezeite „hoffnungslose Elend" für sie nicht erst recht eintritt, wenn das Sachverständigengutachten verwirklicht wird. Besonders die unteren und mittleren Beamten haben allen Grund dazu, denn sie werden noch mehr unter den Peitschenhieben der internationalen Sklavenhalter zu leiden haben, als die übrigen Schaffenden. Sie werden **nicht nur als Konsument und Steuerzahler** im Namen Gottes des Mammons bluten bis zur Erschöpfung, sie werden **nicht nur durch eine weitere unerhörte Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen** dem kapitalistischen Moloch ihren Tribut entrichten, für sie bedeutet die Verwirklichung des teuflischen Vernichtungsplanes der Sachverständigen der internationalen Hyänen **ihre völlige Entrechtung, den endgültigen Verlust der Existenzgarantien** für sich und ihre Angehörigen und damit wird ihnen ein Sklavenjoch auferlegt, dem gegenüber die Knechtung im wilhelminischen Polizeistaat ein Kinderspiel war. Trotz dieser ungeheuren Gefahren tragen sie einen Fatalismus zur Schau, der an Selbstmord grenzt. Ist ihre politische Entmannung tatsächlich schon so weit fortgeschritten? Es wird höchste Zeit, daß sie aus ihrer Lethargie erwachen, sonst ist es um sie geschehen. Um sie aufzurütteln, sollen die schrecklichen Folgen, welche die Vorschläge der Ententeexperten zeitigen müssen, kurz aufgezeigt werden.

I. Die „Neue Bank"

Die Reichsbank mit ihrer bodenlos leichtfertigen Kreditpolitik, durch die immer wieder den Junkern und Schloßbaronen Riesensummen in den gierigen Rachen geworfen werden, bietet absolut keine Gewähr für eine Stabilisierung der deutschen Mark. Auch die Rentenbank, die — nebenbei gesagt — keine Kursänderung in dieser Hinsicht bringen konnte, weil die geldhungrigen Industrie- und Agrarkapitalisten ihre Teilhaber sind, konnte nur für eine kurze Frist das „labile Gleichgewicht" aufrechterhalten. Gegenwärtig dürfte der Moment eintreten, wo die in Form steiger Preissteigerung verhüllte Inflation der Rentenmark offen zu Tage treten muß. Nun haben die Sachverständigen des Westimperialismus mit der „Neuen Bank" den Stein der Weisen gefunden. Eine Aktiengesellschaft in- und ausländischer Kapitalisten mit einem Stammkapital von 400 Millionen Goldmark, das zu 100 Millionen durch Hingabe des letzten Goldrestes der Reichsbank an die internationale Großbourgeoisie und zu 300 Millionen durch diese selbst aufgebracht werden soll, wird auf die Dauer von 50 Jahren zur alleinigen Ausgabe von Banknoten privilegiert, während dem Reich untersagt wird, fernerhin Papiergeld irgendwelcher Art in den Verkehr zu bringen. Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, die technische Einrichtung der „Neuen Bank" zu behandeln, wir müssen uns vielmehr darauf beschränken, auf die Beeinflussung der deutschen Wirtschaft und Politik durch die „Neue Bank" hinzuweisen. Sie spielt — nach den Vorschlägen des Dawes-Komitees — die Rolle des Aufbewahrers und Steuereinnehmers der Reichsregierung. Aus der Sprache der Syndici des internationalen Kapitals ins Proletendeutsch übersetzt, heißt das nichts anderes, als daß die Bankaktiengesellschaft eine lückenlose Kontrolle der Reichsfinanzen durchführt und damit die Finanzhoheit des Reiches, die bis dato seit den Tagen des Ausnahmezustandes und des Ermächtigungsgesetzes de facto bereits in den Händen der deutschen Bourgeoisie lag in aller Form übernimmt.

Nicht der deutsche Präsident und der deutsche Verwaltungsrat, die ja auch nur willfährige Kreaturen des mit dem ausländischen verschmisterten deutschen Großkapitals sein können, werden diese Finanzaufsicht ausüben, denn sie sind lediglich Staffage und ausführende Organe; alle Macht liegt vielmehr verkörpert in der Person des „Ententekommissars", der im Auftrage der schwarzweißroten und westlichen Hafkiche mit Argusaugen darüber wachen wird, daß die Reichsfinanzen so verwaltet werden, daß die Profitgier seiner Auftraggeber vollauf befriedigt wird. Er hat Generalvollmacht, all jene Maßnahmen zu treffen, die im Interesse des internationalen Geldsacks notwendig erscheinen. Damit sinkt Deutschland zur. Ententekolonie herab. Reichsregierung und Reichstag, diese scheindemokratischen Schauwalter des deutschen Kapitals, werden die gefügigsten Werkzeuge des Herrn „Kommissars" sein, umsomehr, als das Reich auf die kurzfristigen, begrenzten Kredite der „Neuen Bank" (höchstens 100 Millionen Goldmark auf längstens drei Monate) angewiesen ist, die ihm nicht gewährt werden, wenn es die Anordnungen des Kommissars nicht befolgt. Und wie werden diese Anweisungen aussehen? Es werden die in der Stinnes-Republik längst geübten Methoden sein: Personalabbau, unerträgliche Arbeitszeitverlängerung, in deren Gefolge gesteigerte Arbeitslosigkeit auch in der Privatindustrie, Lohn- und Gehaltssenkung, Urlaubskürzung usw. Vor allen Dingen aber wird, nachdem sich das Reich finanziell auf eigene Füße stellen muß, die Steuerpolitik eine hervorragende Rolle spielen.

(Fortsetzung folgt.)

Unruhen in Italien

Die KPI. gegen den Faszismus

(Eig. Drahtb.) **Rom**, 23. Juni.

Der Pressechef Rossi, der an der Ermordung Matteottis beteiligt war, und von der Polizei vergebens gesucht wurde, hat sich dem Gericht freiwillig gestellt. Es stellte sich heraus, daß er seit der Ermordung Matteottis ruhig weiter in Rom lebte. Nach seinem Verhör wurde der Chefredakteur der „Nuovo Paese", Nazi, verhaftet. Die Faszisten entfalten gegenüber der Bewegung der Arbeiter eine gesteigerte Aktivität.

Große Faszistenversammlungen in **Mailand**, **Bologna** und anderen Städten sandten Huldigungsadressen an Mussolini. Die Faszisten planen nächste Woche einen neuen Marsch auf Rom, wo sie Mussolini ihre Treue bekunden und für die Festigung ihrer Diktatur demonstrieren wollen. Die Faszistengewaltätigkeiten nehmen wieder zu. **Die Protestbewegung der Arbeiter geht spontan weiter.** Eine von den Kommunisten einberufene Konferenz in Mailand, an der verschiedene Arbeiterorganisationen vertreten waren, trat für die Aktionsparolen der KPI. einmütig ein. Weitere Demonstrationen fanden in Padua, Para, Verona, Parma, Neapel und Genua statt. In Padua schlossen sich alle Arbeiterorganisationen zum gemeinsamen Protest zusammen. Bei den Demonstrationen in Verona kam es zu Zusammenstößen und Verhaftungen. Die KPI. hat ihren Standpunkt wie folgt präzisiert: **Die Reformisten haben ihren Vorschlag, die Einheitsfront zur Bekämpfung dieser Regierung zu schließen, zurückgewiesen. Das zeigt ihre verbrecherische Passivität und ihren Unwillen, den Faszismus ernst zu bekämpfen. Die Arbeiter müssen selbst ihre Kraft erkennen und die Einheit in den Arbeiterorganisationen, in den proletarischen Kreisen herstellen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen ihre opportunistischen Führer zwingen, mit der Bourgeoisie zu brechen und sich mit dem revolutionären Proletariat zur Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse vereinigen.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0003

Das soziale Elend

Forderungen der kommunistischen Reichstagsfraktion für die Erwerbslosen und Sozialrentner

Von der Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat alle Maßnahmen getroffen, daß in den kommenden Sitzungen des Reichstages Stellung genommen werden muß zu der furchtbaren Elendslage der werktätigen Bevölkerung. Die Opfer der kapitalistischen Raubwirtschaft, das Millionenheer der Arbeitslosen, der Sozialrentner, Witwen und Waisen, sowie alle sonstigen Fürsorgeberechtigten sind durch die elenden Bettelpfennige, die sie an Unterstützung bzw. an Renten bekommen, der völligen Verelendung preisgegeben. Beträgt doch die höchste Unterstützung für einen Erwerbslosen über 21 Jahre gegenwärtig täglich 90 Pf. Die Verheirateten erhalten in der höchsten Ortsklasse für die Frau einen Zuschlag von sage und schreibe 23 Pf. und für ein Kind gar nur 18 Pf. täglich. Die monatliche Rente für einen Sozialrentner beträgt 13 Mk., für eine Witwe 11 Mk., für eine Waise 8 Mk.

Durch die letzten Verordnungen, die unter dem Ermächtigungsgesetz erlassen worden sind, wurden

Hunderttausende von der Erwerbslosenfürsorge ausgeschaltet, die man einfach ihrem Schicksal überläßt.

Durch die Verordnung über die Fürsorgepflicht wurden die Reichsfürsorgegesetze für die Sozialrentner, Kriegsopfer, Kleinrentner, Witwen und Waisen sowie Wöchnerinnen außer Kraft gesetzt. Die kapitalistische Regierung wälzt die sozialen Pflichten von sich ab. **Die Opfer des Krieges und der Arbeit sollen der Armenverwaltung überwiesen werden.** Durch Pflichtarbeit für die Almosen, durch Unterstützungszwang für die Angehörigen will der kapitalistische Klassenstaat sich seiner Verpflichtungen entledigen und noch das letzte aus den Opfern herauspressen. **Hunger, Siechtum und Massensterben sind die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie und dieser verderblichen Politik.**

Die kommunistische Fraktion zwingt den Reichstag, zwingt die Parteien, die im Wahlkampf mit allen möglichen verlogenen Phrasen um die Stimmen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gebuhlt haben, Farbe zu bekennen. Die kommunistische Fraktion hat eine Reihe von Anträgen gestellt, deren Durchführung das Leben und die Existenz der Arbeitslosen und Sozialrentner mit ihren Familien einigermaßen sichern würden.

Die Anträge für die Erwerbslosen sind folgende:

1. Aufhebung der Arbeitspflicht und Arbeitsbeschaffung unter tariflichen Löhnen.

Die lang anhaltende große Arbeitslosigkeit ist durch die Geldknappheit erneut in weiterem Steigen begriffen. Das Elend der Erwerbslosen, der Kurzarbeiter und ihrer Familien steigt ins ungeheuerliche. Die Pflichtarbeit bedeutet für die Arbeitslosen eine unerhörte Ausbeutung und eine völlige Zerrüttung ihrer Existenz.

Der Reichstag fordert deshalb die sofortige Aufhebung der Verordnung über die Pflichtarbeit der Erwerbslosen.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, unverzüglich aus Mitteln des Reichs vorläufig den Betrag von 500 Millionen Goldmark bereitzustellen. Den Unternehmungen des Reichs, der Länder und der Kommunen sind ohne finanzielle Verpflichtungen aus obigem Betrag Zuschüsse unter folgenden Bedingungen zu geben:

1. Die Mittel müssen für den Ausbau des Eisenbahn- und Wasserstraßennetzes, für die Ausführung von Elektrifizierungsarbeiten und für die Durchführung von Wohnungsbauten usw. verwendet werden.

2. Die Arbeiten müssen von den betreffenden öffentlich-rechtlichen Körperschaften in eigener Regie unternommen, dürfen also nicht an private Unternehmer vergeben werden.

3. Den bei diesen Arbeiten beschäftigten Arbeitern müssen die vollen Tariflöhne gezahlt werden.

4. Die spezielle Auswahl und Durchführung der mit Mitteln des Reichs zu unternehmenden Arbeiten sind der Kontrolle der gewerkschaftlichen Organisationen und der Arbeitslosenräte zu unterstellen.

Um eine sofortige Linderung der ungeheuren Notlage der Erwerbslosen herbeizuführen, fordert der Reichstag:

a) **eine zweieinhalbfache Erhöhung der allgemeinen Unterstützungssätze aller Erwerbslosen;**

b) **Verdreifachung der Sätze für Familienangehörige;**

c) für alle Erwerbslosen, die auf Grund der Verordnung vom 16. Februar 1924 ihrer Erwerbslosenunterstützung verlustig gingen, ist eine sofortige Entschädigung in der Höhe der ihnen in dieser Zeit entgangenen Unterstützung zu gewähren;

d) **sofortige Aufhebung der Bestimmungen, auf Grund deren Jugendliche unter 18 Jahren von der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen wurden;**

e) **Unterstützung für alle Erwerbslosen ohne Unterschied der Ursachen, die zur Erwerbslosigkeit geführt haben, während der gesamten Dauer ihrer Erwerbslosigkeit.**

Weiter ist beantragt, daß die Art, Höhe und Dauer der Unterstützung nicht mehr, wie bisher, vom Reichsarbeitsminister unter Ausschaltung des Reichstags bestimmt wird, sondern durch den Reichstag selbst.

Des weiteren ist beantragt die Aufhebung der drei Wirtschaftsgebiete und die Zusammenlegung der fünf Ortsklassen in zwei Unterstützungsgruppen. Der Antrag auf Erhöhung der bisherigen Unterstützungssätze lautet:

„Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen ab 1. Juni 1924 bis auf weiteres wochentäglich:

1. für männliche und weibliche Personen:		
a) über 21 Jahre	**250**	**220 Rentenpf.**
b) unter 21 Jahren	**200**	**170 „**
2. Als Familienzuschläge für		
a) den Ehegatten	**100**	**90 „**
b) für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige . .	**80**	**80 „**

Ferner ist beantragt, daß die Unterstützung auch gewährt wird, wenn die Erwerbslosigkeit durch Aussperrung oder Ausstand verursacht ist.

Gerade die unerhörte Bestimmung, daß während der Aussperrung und sogar vier Wochen nach der Aussperrung keine Unterstützung gezahlt wird, ist eine **mächtige Waffe für das Unternehmertum gegen die Arbeiter.** Durch Hunger und Verzweiflung soll die Solidarität der Arbeiter gebrochen und sollen die Kämpfenden mürbe gemacht werden.

Ein weiterer Antrag geht dahin, die **Willkür der Unternehmer bei Entlassungen zu brechen.** Er lautet:

„Wenn nach der Beschäftigungsmöglichkeit des Betriebes und dem Stand der Aufträge die Entlassungen sich als unnötig erweisen oder zum Ziel haben, Maßregelungen von Arbeitern und Angestellten durchzuführen, dann muß der Arbeitgeber die Kosten der Erwerbslosenfürsorge für die Erwerbslosen in voller Höhe des bisherigen Arbeitsverdienstes tragen. Die Nachprüfung über die angekündigten oder bereits erfolgten Entlassungen erfolgt durch die Gewerkschaften in Verbindung mit dem Betriebsrat des Betriebes. Die Kosten des Verfahrens trägt der Unternehmer."

Des weiteren sind **Anträge gestellt auf Aufhebung der Karenzzeit, Aufhebung der Bestimmungen, die zur Ausschaltung der Jugendlichen aus der Erwerbslosenfürsorge geführt haben.** Ferner Aufhebung der Beschränkung für die Dauer des Bezuges der Erwerbslosenunterstützung. Dieser Antrag lautet:

„Die Unterstützung wird jedem Erwerbslosen für die Dauer der Erwerbslosigkeit gewährt."

Für die Aufbringung der Mittel ist folgender Antrag gestellt:

„Die Mittel, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Fürsorge der Erwerbslosen erforderlich sind, werden durch die Gesamtheit der Arbeitgeber aufgebracht.

Die Umlage auf die einzelnen Industriegruppen und einzelnen Arbeitgeber erfolgt durch die Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern.

Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung errechnet die Höhe der Gesamtumlage."

Mit diesem Antrag sollen die unerhörten Bestimmungen, daß die Arbeiter in den Betrieben von ihrem kargen Verdienst die Kosten der durch die kapitalistische Wirtschaft verursachten Arbeitslosigkeit tragen sollen, beseitigt werden.

Die Anträge für die Sozialrentner (Invaliden-, Witwen- und Waisenrentner, sowie Unfallrentner)

fordern, daß die monatlichen Renten der Invalidenrentner von 13 Mark auf 50 Mark erhöht werden, die Witwen- oder Witwerrente soll nach unserem Antrag ebenfalls 50 Mark und die Waisenrente 40 Mark betragen. Der Kinderzuschuß, der bisher monatlich 3 Mark betrug, soll durch unseren Antrag auf 9 Mark monatlich erhöht werden.

Für die Ruhegeldempfänger in der Angestelltenversicherung ist nach unserem Antrag die Rente auf der gleichen Höhe wie in der Invalidenversicherung gefordert.

Des weiteren ist ein Antrag eingebracht, der die Aufhebung der skandalösen Verordnung für die Fürsorgepflicht vorsieht.

Die Anträge für die Unfallrentner gehen dahin, daß erstens einmal die Bestimmungen der Verordnung, daß für die Verletzten unter 50 Prozent ein bedeutender Jahresarbeitsverdienst zugrunde gelegt wird, was zur Folge hat, daß das große Heer der Unfallverletzten unter 50 Prozent geradezu um seine Rechte betrogen und mit Bettelsummen abgespeist wird, beseitigt werden und ferner ein einheitlicher Jahresverdienst für die Berechnung aller Renten zugrunde gelegt wird. Der Antrag der kommunistischen Fraktion verlangt die Festsetzung der Renten nach einem Jahresarbeitsverdienst von 2250 Goldmark, das bedeutet eine monatliche Rente **für den Vollrentner von 125 Mk., für einen Unfallverletzten mit 50 Prozent Rente 62,50 Mk., für eine 20prozentige Rente 25 Mk. usw.** Diese Rentensätze verstehen sich für die sogenannten Altrentner. In der Verordnung für die neu zu berechnenden Renten ist beantragt, die Drittelungsgrenze auf 2400 Goldmark festzusetzen.

Genossen!

In diesen Tagen sind im Bezirk Halle-Merseburg Kindertransporte aus anderen Industriebezirken eingetroffen.

Schreibt sofort

an die Redaktion, wie es um die Lebensverhältnisse, den Gesundheitszustand und der Kleidung dieser Arbeiterkinder bestellt ist. Der „Klassenkampf" wird diese Briefe als Beweismaterial für die Verelendung der Proletarierkinder veröffentlichen.

Verantwortlich: Louis Drechsler für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroß, Halle, Lerchenfeldstraße 14. — Verantwortlich für den redaktionellen Teil Bezirk Hessen-Waldeck wie für dessen Anzeigen: August Nadler in Cassel.

Das Geheimnis der Cenovis-Erbswurst ist die gute Qualität, weshalb Cenovis-Erbswurstsuppe fast auf jedem Tische steht. 432

Bis Montag, 30. Juni

müssen alle Mitglieder der Produktiv-Genossenschaft ihre Anteilaufwertung vorgenommen haben. **Wer den Termin verabsäumt, scheidet laut Statut aus der Genossenschaft.** Genossen, erfüllt Eure Pflicht sofort! Unser Bureau ist täglich außer Sonnabend u. Sonntag von ½8—5 Uhr geöffnet (Zimmer 28)

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ortsgruppe Halle.

KPD.-Stadtverordnetenfraktion. Mittwoch, nachmittags ½5 Uhr, „Produktiv-Genossenschaft": Sitzung.

Frauen-Funktionäre und Verwandtenkomitee. Mittwoch, abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft".

Donnerstag, 26. Juni, abends 8 Uhr, in „Löbs Hof": **Frauenversammlung.** Referentin: Genossin Krüger. Alle Genossinnen der Distrikte 8, 9, 9a und 10 haben bestimmt in dieser Versammlung zu erscheinen.

Volkspark
Heute, Dienstag, abds. 8 Uhr:
7. Sommer-Konzert
verbunden mit 1969
bengalischer Beleuchtung und **verschiedenen Ueberraschungen**

Stadt-Theater
Mittwoch 7½ Uhr:
Die Fledermaus
Donnerstag: 1972
Sinfonie-Konzert
Ltg.: Dr. Göhler
Solist:
Prof. Max Pauer

Damentaschen
1a. Leder, billigst nur
Schmeerstr. 19,
Lederwaren-Spezial-Geschäft.

Die Aussage, welche ich gegenüber Herrn **Hahn** über den Arbeiter **Walter Schwarz**, Teutschenthal, getan habe, nehme ich zurück.
Frau Barth,
Teutschenthal.

Kaufe laufend jeden Posten
Kanarien,
junge sowie alte. Die Geschäftszeit von 9—1 und 3—5 Uhr nachmittags bitte nach Möglichkeit einzuhalten 1973
Fritz Tischler,
Breitestraße 29 Telephon 3411

Restaurant und Speisehaus
Glauchaer Stübchen
Sonntag, den 29. Juni:
Großes Schwein- und Hähnchen-Ausschießen 1968

Hüte, Kleider, Knaben-Anzüge
Neuanfertigung und Umarbeitung geschmackvoll und zu soliden Preisen
Frau Knauthe
Mühlweg 15 II

Zeitungsträger
für **Zeckeritz** zu sofort gesucht.
Zu melden bei **Kurt Mauk,** Gartenstraße 13.

Zeitungsträgerin
für **Querfurt** zum 1. Juli gesucht. Nur gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Ludwig Feicht,** Konsum Querfurt.

Vereine

Komm. Jugend
Ortsgruppe Halle
Bureau: Produktiv-Genossenschaft, geöffnet von 5-7 Uhr
Heute, Dienstag, 7 Uhr: Spielen auf der Peißnitz.
Freitag: Gruppe Süd, ½8 Uhr, in d. Prod.-Genossenschaft: Gruppenabend. 1970
Gruppe Nord: Mitgliedschaft wird benachrichtigt durch die Zehnerführer Zentral-Vorstand.

„Naturfreunde"
Heim: Weidenpl. 20 (Linker Eingang)
Zahlabend: Jeden Freitag von ½8 bis 10 Uhr, auch für Herbergsheim - Genossenschaft.
Heute: Jugendgr., ½8 Uhr, i. „U.-H.": Wichtige Besprechung. 1971
Donnerstag: Sport auf der Peißnitz.
2. Handballmannschaft — A.-B.-V. Crölliwitz-Sonntag: Sämtl. Gruppen zum Gebietstreffen nach Ammendorf.

Dirigent
wünscht **Gesangverein** zu übernehmen
Off. unter **M. 1966** an die Exp. d. Ztg.

Rest. „Zum Markgrafen"
Brüderstraße 7 214
Großes Vereinszimmer noch einige Tage in der Woche frei.
Warme Speisen zu jeder Tageszeit

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern
Wir suchen einen **tüchtigen, geschäftsgewandten**
Lagerhalter
Meldungen sind schriftlich bis zum **1. Juli cr.** im Vereinskontor einzureichen. 674
Der Vorstand.

Bekanntmachung
Die Herren Mitglieder des Ausschusses für persönliche Angelegenheiten der Stadtverordneten-Versammlung lade ich zu einer Sitzung auf 144
Mittwoch, den 25. Juni 1924, nachmittags 5 Uhr
nach dem Magistrats-Sitzungszimmer des Rathauses ergebenst ein.
Tagesordnung:
a) Vorbereitung der folgenden Wahlen:
1. der unbesoldeten Magistrats-Mitglieder
2. der Ausschüsse und Deputationen
3. einer Waisenpflegerin für den I. Bezirk des Andreasviertels
4. der Vertrauensmänner zur Auslosung der Schöffen und Geschworenen
b) Anstellung eines Beamten.
Eisleben, den 21. Juni 1924
Der Vorsitzende des Ausschusses für persönliche Angelegenheiten
gez.: Cario.

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz und Umgegend, eGmbH.
Unser Geschäftsjahr schließt mit dem 30. Juni. Wir bitten unsere verehrten Mitglieder, alle auf Goldmark lautenden Warenmarken in den nächsten Tagen in unseren Geschäftsstellen gegen größere Klebemarken umzutauschen. Die Abgabe der Markenkarten mit der roten Kontrollkarte findet am 1., 2 und 3. Juli in unserem Kontor, Auestraße, statt. In unseren auswärtigen Geschäftsstellen erfolgt die Kartenabgabe in Droyßig, Draschwitz, Theißen, Crossen und Prosen am 2. Juli.
Zeitz, den 23. Juni 1924
675 **Der Vorstand**

Künstler-Gardinen
für jeden Zweck / in allen Preislagen /
von 5,95 Mk. an.
59
Gardinenhaus Methner
Halle: Leipzigerstraße am Leipziger Turm.
1974

Genossen, Leser!

Wir bitten den Juni-Abonnementsbetrag an die Trägerinnen zu entrichten. Helft den Hörsingstreich parieren!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0004

Nr. 82/94 — 4. Jahrg. Beilage

Klassenkampf

24. Juni 1924

Halle und Saalkreis

Zum Wiedererscheinen des „Klassenkampfes"

Heute erscheint der „Klassenkampf" zum erstenmal wieder nach vierzehntägigem Verbot. Mit neuem Kampfgeist treten wir vor unsere Genossen und versprechen, unerbittliche Kritik zu üben an der bürgerlichen Gesellschaft, und dem Proletariat den Weg der Befreiung aus dieser Gesellschaftsordnung zu zeigen. Wir sind uns klar darüber, daß die Organe des kapitalistischen Staates alles daransetzen werden, um die revolutionäre Stimme der kommunistischen Zeitung bald wieder zum Schweigen zu bringen. Wir ahnten ja schon vor diesem Verbot, daß man dem „Klassenkampf" ans Leben wollte. Wir haben damals die Machenschaften des bürgerlichen Verlagsdirektors Geisel und des Schwerindustriellen Leopold gegen die revolutionäre Presse klar und deutlich aufgezeigt. Wir haben von den Hilferufen berichtet, die diese sauberen Herren an ihren würdigen Interessenvertreter, den Innenminister Jarres gerichtet hatten. Das ausübende Organ für die Schandtat des Verbots war auch diesmal wieder ein Sozialdemokrat, der Führer des schwarzrotgoldenen Stahlhelms, Otto Hörsing. Der will aber Herrn Jarres den Ruhm, den „Klassenkampf" verboten zu haben, nicht streitig machen, und der Reichsinnenminister glaubt wiederum besser zu fahren, wenn er dem Sozialdemokraten zu seiner riesengroßen Bürde an Arbeiterverrat auch noch diese Verantwortung aufpacken kann.

Das hallische Proletariat hat sich zur Wehr gesetzt gegen die Vergewaltigung seiner Presse. In einer großen Protestkundgebung gab es seiner Entrüstung über die Erdrosselung der revolutionären Meinung Ausdruck. Damals wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

*

Resolution

Die am 13. Juni im „Volkspark" versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen erheben schärfsten Protest gegen das von dem sozialdemokratischen Oberpräsident Hörsing ausgesprochene Verbot des **„Klassenkampfes"**. Die hallische Arbeiterschaft sieht in dieser Unterdrückung der revolutionären Presse den Versuch, dem Unternehmertum bei seiner Offensive gegen das Proletariat zu Hilfe zu kommen. Die Versammlung brandmarkt das arbeiterfeindliche Verhalten des Sozialdemokraten Hörsing, dessen ganze Tätigkeit in der **Unterstützung der Reaktion und in der Niederknüppelung des Proletariats besteht.**

Am heutigen Tage gedenkt das hallische Proletariat seiner am 13. Juni 1919 zu Grabe getragenen Führerin **Rosa Luxemburg**, die von den Offizieren des Noske im Januar 1919 feige ermordet worden ist. **In ihrem Geiste gelobten die Versammelten, in den kommenden Kämpfen alle Kräfte einzusetzen, um das deutsche Proletariat Seite an Seite mit Sowjetrußland zum Sieg über die kapitalistische Gesellschaftsordnung zur Diktatur des Proletariats zu führen.**

Zabel und Luckner

O, welche Lust, ein Lieferant für Wehrwolf-Ausrüstungen zu sein! Wie zu Zeiten des großen Stahlbades, läßt sich mit Uniformen, Abzeichen, Armbinden, Knöpfen, Mützen ein gutes Geschäft machen. Aber manchmal gibt es doch einen Reinfall. Man gab, möglicherweise für die Garantie eines Hitler-Kahrschen Ehrenworts, dem im Prinzip so gehaßten Zwischenhändler Waren auf Kredit, und dann flogen die Windjacken in alle Winde. Das Geld dafür aber auch. Und nun begibt sich, daß die an teurem Gut Geschädigten ihr Heil bei dem Ableger des Marxismus suchen, der sich zu einem kapitalistentreuen Pflänzchen entwickelt hat, bei der **Sozialdemokratie.** Die fühlt sich in ihrem Volksblättchen sehr geschmeichelt und wird nicht verfehlen, ihre eigne Firma zur Beschaffung von Frontgeist, Uniformen, Abzeichen usw. in empfohlende Erinnerung zu bringen. Die Firma heißt **Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.**

Was aber den Urheber dieser hallischen Sensation anbetrifft, den „Wehrwolf"-**Zabel**, so stellt sich heraus, daß das Defizit in der „Wehrwolf"-Kasse, nun schon über 50 000 Rentenmark beträgt. Der „Wehrwolf", das Organ dieser Totenkopf-Organisation verschweigt diese Tatsache schamhaft und teilt nur mit, daß die Geschäftsstelle der Ortsgruppe bis auf weiteres aufgelöst sei.

*

Die teutschen Helden zieht es erfahrungsgemäß nach Schweden. Der große Kriegverlierer Ludendorff ging mit gutem Beispiel voran. Auch **Graf Luckner**, der Lokalheros von Halle, hatte sich dorthin begeben und sich eine von den Töchtern des Landes geholt. Wieviel teutschen Jungfrauen darob das Herz gebrochen ist, braucht den Seeteufel nicht zu bekümmern. Man muß doch, sofern man Patriot ist, auch Verbindung haben hinter den schwarzweißrotgoldenen Grenzpfählen. Und es ist nicht immer so sicher, in Deutschland Liebling des Volkes zu sein wie zu Zeiten der Jarres-Reaktion. Die Rechtsblätter melden von Luckners Rückkehr nach Halle: „Verschiedene Abordnungen der Deutschen Ehrenlegion, der Studentenschaft, der vaterländischen Verbände und des Stahlhelms waren zum Empfang erschienen. Die Menge vor der Bahnhofshalle empfing das Paar mit begeisterten Heilrufen."

Man sah natürlich auch schwarzweißrote Fahnen, und im Schaufenster einer Konditorei stand ein kleines Schilderhaus, mit den Monarchistenfarben bemalt. Daß die Geschmacklosigkeit in Deutschland wieder den ersten Platz behauptet, zeigt, was diese Bourgeoisie wert ist. Man rotte sie aus.

Das vorläufige Ergebnis der Elternbeiratswahlen

	Komm. Liste		Christl. Liste	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
Giebichenstein				
Knaben	157	9	190	10
Mädchen	153	10	182	11
Cröllwitz	139	4	114	4
Huttenschule	92	—	177	—
Schillerschule	137	7	249	13
Freiimfelderschule	54	3	211	12
Friesenschule	69	5	190	16
Neumarktschule				
Knaben	72	3	276	14
Trothaschule	131	8	8	—

Die Kampagne gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion

Trotz des Verbots des „Klassenkampf" hatte sich die Mitteilung vom Ausschluß der kommunistischen Fraktion aus dem Stadtparlament wie ein Lauffeuer verbreitet. Die bürgerlichen Zeitungen hatten durch ihre eindeutigen Kommentare zu den letzten Stadtverordnetensitzungen ihrem demokratischen Parlament selbst die Maske heruntergerissen und mit brutaler Offenheit gezeigt, daß sie die Klassenpolitik der Bourgeoisie billigen. Das ist gut und erfreulich; denn obwohl wir es schon immer wußten, lassen wir es gern von den Bürgerlichen selbst bescheinigen, daß sie die Arbeiterklasse mit Hilfe **ihrer Diktatur** bekämpfen. Daß sich aber die Auch-Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, so offen auf die Seite der Diktatur stellt, verblüfft im ersten Augenblick, obgleich wir ja auch in dieser Beziehung schon unendlich viele Erfahrungen hinter uns haben. Das „Volksblatt" zeigt den unerfahrenen Bürgerlichen wieder einmal, wie man Arbeiter niederknüppelt, und wenn es vorbeugend beschwört, daß die bösen Kommunisten dann von der Einheitsfront Busse—Runge sprechen werden, kann man ihm nachdrücklichst Recht geben. Es sind ja zuerst die Sozialdemokraten, die nach der Polizei rufen:

„Der Vorsteher wird zur Durchführung seiner (zugegeben!!) unsinnigen Anordnung die Polizei herbeirufen; der sozialdemokratische Polizeipräsident wird die angeforderte Hilfe nicht verweigern können."

Er wird sie auch nicht verweigern wollen, denn er hat noch nicht vor, sich auf den Lorbeeren vom 11. Mai auszuruhen.

Wie stehen nun die kommunistischen Wähler zu den Vorgängen im Stadtparlament? Der Ausschluß der kommunistischen Fraktion betrifft ja ihre wesentlichsten Interessen; er nimmt ihnen jede Möglichkeit, in den Kommunalfragen, die für den einzelnen Arbeiter so einschneidend und wichtig sind, ihre Stimme abzugeben oder ihr Veto einzulegen. Deshalb hatte die Kommunistische Partei eine Protestkundgebung veranstaltet, in der den Arbeitermassen ein ausführlicher Bericht der kommunalpolitischen Situation gegeben wurde.

Genosse Kilian gab eine ausführliche Darstellung der bisher im Stadtparlament „geleisteten Arbeit":

Die jetzige Stadtverordnetenversammlung besteht nicht mehr so wie früher zu gleichen Teilen aus Bürgerlichen auf der einen und Sozialdemokraten und Kommunisten auf der anderen Seite. Die Bürgerlichen haben jetzt eine entscheidende Mehrheit. Sie haben sich ihre Interessenvertretung in dem sogenannten „Vaterländischen Ordnungsblock" geschaffen. Die Klassenfront ist diesmal scharf abgegrenzt, **und zwar läuft die Trennungslinie zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten einerseits und Kommunisten andererseits,** da die Sozialdemokraten in der Praxis selbst bewiesen haben, daß sie den Ordnungsblock unterstützen. Im Parlament des bürgerlichen Staates mußte es daher bei der ersten Gelegenheit zum Zusammenprall zwischen den Klassenfronten kommen, und es mußte sich zeigen, daß das Gerede von der Demokratie nichts als Schall und Rauch gewesen ist. Das Bureau im Stadtparlament hätte paritätisch zusammengesetzt werden müssen. Das ist nicht erfolgt. Man hat die 16 kommunistischen Stadtverordneten einfach ausgeschlossen von der Wahl. Wir haben uns darüber nicht gegrämt, wir haben geglaubt, daß die Rolle, die wir jetzt spielen wollen und müssen, viel besser gespielt werden kann, wenn wir nicht auf dem erhöhten Stuhl des Präsidiums Platz zu nehmen brauchen. Die erste Stadtverordnetensitzung ging mit der Bildung des Vorstandes und der Wahl der Magistratsmitgliedher hin. In der zweiten Sitzung sollte die Arbeit beginnen zur Bildung der Ausschüsse und Deputationen.

Der Held des Tages

Der Greis-Schul-Ratlos Buh-Buh-Busse

ist der jetzige Stadtverordneten-Vorsitzer. Wenn er wütend die Glocke schwingt, drohen ihm immer die Röllchen abzufallen. Die Kommunisten wollen ihm ein Rasier-Abonnement schenken. Er aber will als Pädagoge und Hundezüchter einen Rohrstock haben, da er mit diesem bedeutend besser umzugehen weiß, als mit der Geschäftsordnung. Dahastes.

Wir waren uns klar darüber, daß wir unter allen Umständen in diese Organe hineingehen mußten, weil wir wissen, daß die Bürgerlichen das Bestreben haben, uns von vornherein in gewisse Dinge nicht hineinsehen zu lassen. **Wir wissen, daß die Bürgerlichen private Geschäfte dort machen, und wir wollten in diese Dunkelkammer hineinleuchten.** Das wollten die Bürgerlichen verhindern. Das Gesetz schreibt aber die Verhältniswahl in diesem Falle vor. Wir haben uns auf dieses Gesetz berufen und verlangt, zu den Ausschüssen zugelassen zu werden. Man hat sich gedrückt vor der Entscheidung im Plenum und hat die Sache dann nach vielem Hängen und Würgen an einen Ausschuß verwiesen, in den man auch Kommunisten hineingewählt hatte. Dort haben wir den Bürgerlichen nachgewiesen, daß das Gesetz, auf das wir uns berufen, volle Gültigkeit besitzt. Wir würden jede Wahl bekämpfen, die dagegen verstößt. Man schickte gegen uns den bürgerlichen Rechtsanwalt Hirsch vor. Er hielt eine schöne Rede von Demokratie, aber was wir Kommunisten aus dem Gesetz von 1919 folgerten, sei irrig. Wie brutal die Bürgerlichen nun gegen uns vorgingen, zeigt die Tatsache, daß man den **Haushaltsausschuß ganz ohne Kommunisten** gewählt hat. Man hat zwar als Konzessionsschulzen gnädigst einen Sozialdemokraten hineingenommen; aber der stört ja ihre Ruhe und Ordnung so wie so nicht. Es liegt ein bestimmtes System in diesem Vorgehen. Und wir Kommunisten haben auch eine bestimmte Tendenz bei unserem Vorgehen.

Wir sind als politische Vertrauensleute der hallischen Arbeiterschaft ins Stadtparlament gewählt, und wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir im Interesse der Arbeiterschaft dort arbeiten müssen.

Wir haben deshalb Anträge gestellt, die den Achtstundentag für die Gemeindearbeiter wiederherstellen, die für Erwerbslose die Pflichtarbeit abschaffen sollen. Dazu Stellung zu nehmen behagt den Bürgerlichen natürlich nicht. Am vorigen Freitag knüpfte der Vorsteher an unsere in der ersten Sitzung abgegebene Erklärung an und **wollte uns zwingen, diese Erklärung zurückzunehmen.** Dieser Zumutung wollten wir unter keinen Umständen nachkommen. Deshalb haben wir alle erklärt, das tun wir nicht.

Darauf wurde jeder, der nicht die Erklärung zurückgenommen hatte, bis auf weiteres von allen Sitzungen ausgeschlossen.

Der Stadtverordnetenvorsteher merkte aber in seinem Eifer, das eigene Recht zu untergraben, gar nicht, daß er an der Nase herumgeführt worden war. Einige Genossen erklärten auf Befragen, ob sie die Erklärung zurücknehmen wollten, selbst, sie seien in Moskau. Busse merkte das nicht, und so wurden die Genossen, die „in Moskau" waren, nicht ausgeschlossen, so daß von den 16 Kommunisten noch fünf Zutritt zu den Sitzungen haben. Diese werden in der nächsten Sitzung dieselbe Erklärung abgeben wie ihre hinausgeworfenen Fraktionsgenossen, und man wird sie ebenfalls ausschließen.

Damit sind dann 30 000 hallische Wähler ohne Vertretung.

Diese müssen den Schlag parieren, der durch den Ausschluß ihrer Vertreter gegen sie geführt worden ist, sie müssen sich auflehnen gegen diese diktatorischen Methoden des Bürgerblocks, der von den Sozialdemokraten unterstützt wird. In den Betrieben muß über diese Dinge gesprochen werden, und dem Bürgertum muß eine kraftvolle Niederlage beigebracht werden.

Die Genossin Hedwig Krüger ging darauf von den örtlichen Vorgängen zur Schilderung der Vorkommnisse im ganzen Reich über. Auch in Essen, Düsseldorf und anderen Orten hat man die Kommunisten aus dem Parlament hinausgeworfen, und man trifft alle Vorbereitungen, sie auch aus dem Landtag und Reichstag zu entfernen. Man will damit die Kritik an dem Sachlawing der Arbeiterklasse nicht nur in Deutschland, sondern in soll, zum Schweigen bringen. Man will den Protest gegen die Verschlawung der Arbeiterklasse nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa mit Gewalt unterdrücken. So führt eine gerade Linie von den kleinen Begebnissen des hallischen Stadtparlaments zu den großen europäischen Ereignissen.

Folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde, brachte den einmütigen Willen der Versammelten zum Ausdruck, gegen die Gewalt des bürgerlichen Staates anzukämpfen:

„Die Versammlung erhebt flammenden Protest gegen die Vergewaltigung der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion durch Ausschluß aus der Stadtverordnetenversammlung, aus ihren Ausschüssen und Deputationen. Sie brandmarkt die Gewalttätigkeiten der bürgerlichen Mehrheit als schamlosen Rechts- und Verfassungsbruch, der die Heuchelei des sogenannten demokratischen Systems in wünschenswerter Weise entlarvt hat.

Die Versammlung solidarisiert sich mit ihren kommunistischen Vertretern im Stadtparlament und fordert sie zu weiterem zielklaren, rücksichtslosen Vorgehen zur Vertretung der Arbeiterinteressen und Arbeiterrechte im Sinne ihrer programmatischen Erklärung auf. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion darf überzeugt sein, daß nicht nur die 30 000 kommunistischen Wähler, sondern die gesamte hallische Arbeiterschaft geschlossen hinter ihr stehen wird.

Die Versammlung brandmarkt schließlich das Verhalten des „Volksblatts" in seinem Ruf nach Einsetzung von Polizei gegen die kommunistischen Stadtverordneten. Indem das Blatt Kasperecks sich erbärmlicher benimmt wie die bürgerliche Presse, zeigt es seine niederträchtige Gesinnung gegen die Vertreter der hallischen Arbeiterschaft."

Einquartierung bei Café Dietze!

Die Besucher der gestrigen Protestversammlung der KPD. waren ganz erstaunt, als sie nach Schluß der Versammlung nicht das sonst übliche Schupoaufgebot an der Burgstraße vorfanden. Ebenso konnte man den Massenpuppenwagen, der sonst immer an Café Dietze während der Dauer ähnlicher Kundgebungen steht, nirgends entdecken.

Wer jedoch etwa eine halbe Stunde später des Weges kam, als auch die letzten Versammlungsbesucher längst vorbei waren, sah plötzlich vom Mühlweg her einen leeren Wagen des Rollkommandos kommen. Er hielt einen Augenblick vor dem genannten Café, aus welchem ganz wohlgemut bewaffnete Sipo kamen. Nachdem diese eiligst Platz genommen hatten, ging es in sausender Fahrt ab. Sie leben also noch! Wir finden es aber ziemlich schofel, daß man die Beamten während einer so langen Dauer in einem Cafehaus unterbringt und sie nassauern läßt. Wo bleiben die vaterländischen Verbände? — Also das nächste Mal bitte Windbeutel mit Schlagsahne und außerdem Unterhaltungsmusik der Stahltopfkapelle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0005

Zum Streik der Zimmerer und Bauarbeiter

In der am 23. Juni von über 2000 streikenden Kollegen besuchten Versammlung erstattete Kollege Steitz den Situationsbericht. Aus dem Bericht ging hervor, daß der Stand des Streiks als günstig zu bezeichnen ist. Streikbrecher sind nicht zu verzeichnen, die Kollegen, welche von der Streikleitung die Genehmigung zum Arbeiten erhalten haben, führen restlos die Solidaritätsmarken ab, die Unternehmer sind vollständig ratlos in Bitterfeld haben sie die Aussperrung beschlossen. Inwieweit diese durchgeführt wird, läßt sich noch nicht feststellen. Im Eislebener Bezirk rüsten die Kollegen zum Kampf. Der endgültige Beschluß wird am Freitag gefaßt, die Erbitterung der Eislebener Kollegen ist groß. Die Maler im hallischen Bezirk haben in zwei öffentlichen Versammlungen zum Streik Stellung genommen und beschlossen, an die Arbeitgeber ultimative Forderungen zu stellen. Wenn bis Mittwoch abend keine Antwort vorliegt, werden die Kollegen am Mittwoch endgültig den Streik beschließen. Die Steinarbeiter haben ebenfalls Forderungen gestellt, sollten diese abgelehnt werden, so werden auch sie im Laufe der Woche zum Streik Stellung nehmen. Die Töpfer haben im vierstägigen Streik einen vollen Sieg errungen, der Stundenlohn beträgt bis 27. Juni 1924 0,85 Mk., ab 27. Juni 0,90 Mk. Die Kollegen sehen aus dem Bericht, daß die Erregung in der gesamten Bauarbeiterschaft sehr groß ist, an den Streikenden liegt es, dafür zu sorgen, daß der Kampf auf der breitesten Grundlage durchgeführt wird; wir müssen aus der Passivität herausreten und zur Aktivität übergehen. In der Diskussion wurden die Ausführungen unterstrichen und gleichzeitig beschlossen, eine Kontrollkommission einzusetzen, welche alle Meldungen nachzuprüfen und für weitere Ausdehnung des Kampfes im Bezirk Sorge zu tragen hat.

„Der Leuna-Prolet"

Diese verdammte Betriebs-Zeitung erscheint immer wieder, trotzdem der Staatsanwalt, die Polizei und wer weiß was für Achtgroschenjungens seit Wochen eifrig dabei sind, die Herausgeber festzustellen. In unserer Ausgabe vom 21. Mai berichteten wir schon, daß 60 Prozent „Belastungsmaterial" sich in den Händen der Polizei befindet, daß „Der Leuna-Prolet" in der „Klassenkampf"-Druckerei hergestellt wird. Die Blamage, die wir gleichzeitig voraussagten, ist eingetroffen. Am Sonnabend, dem 14. Juni, rückten in den Nachmittagsstunden drei Mann von der Abteilung I nebst einem „Buchdruckfachmann" an, um unsere Druckerei durchzustöbern. Nach 1½stündiger vergeblicher Arbeit zogen sie wieder ab. Vielleicht tut uns der Staatsanwalt den Gefallen und strengt einen Prozeß an; was dabei herauskommt, dürfte genügend Material für eine neue Ausgabe „Der Leuna-Prolet" geben. Uebrigens der Redaktion zur Mitteilung, daß wir einige Skizzen angefertigt haben, die die Dubiliauer wie den „Buchdruckfachmann" beim Suchen nach Schrift und Klischees in den Schubkästen der Setzer darstellte. Wir stellen die Bilder mit einigen Zitaten gern zur Verfügung. Man sieht, was die Polizei in Berlin in der russischen Handelsdelegation fertiggebracht hat, wird in Halle kopiert.

Leichenrede und Staatsanwalt

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir im März und April vorigen Jahres im „Klassenkampf" mehrmals zu dem tödlichen Unglücksfall unseres Genossen Gaul aus Löbejün auf dem Steinkohlenwerk Plötz Stellung nehmen mußten. Genosse Fritz Kroh, der in seiner Gedächtnisrede die Schuldfrage an dem Unglück streifte, sagte der Bergwerksverwaltung einige bittere Wahrheiten. In den folgenden Artikeln wurden die Zustände in den Steinkohlenwerken behandelt, die dem Herrn Assessor Grumbrecht zu einer Beleidigungsklage gegen den „Klassenkampf" Veranlassung gaben. Als Verantwortlicher zeichnete damals unser Genosse Eildermann, der gegenwärtig sich seit Monaten in Untersuchungshaft in Breslau befindet. Kurz vor dem „Klassenkampf"-Verbot d. M. fand vor dem hallischen Amtsgericht die Verhandlung statt, in der Eildermann wegen Beleidigung zu 200 Mark verurteilt wurde. Vier Bergarbeiter waren als Zeugen geladen, die die in dem Artikel gemachten Angaben bestätigten. So zum Beispiel, daß Täuschungen gegenüber der Bergwerkspolizei vorgekommen; daß nach dem Unfall vor der Besichtigung durch die Polizei die Strecke erst ausgebaut worden ist; daß ungewöhnlich viel Unglücksfälle in diesem Steinkohlenwerk vorkommen und hierzu in dem Antreibersystem die Ursache zu suchen ist. Diesen Aussagen stand aber das „Gutachten eines Sachverständigen" gegenüber, der stets alles in bester Ordnung gefunden, allerdings selbst zugeben mußte, daß reichlich viel Unglücksfälle hier gegenüber anderen Bergwerken zu verzeichnen sind. Da der Staat vor der völligen Pleite steht, erkannte man wegen Beleidigung auf obige Geldstrafe. — Kommentar überflüssig.

*

Nach zwei Jahren 300 Mark Geldstrafe für ein Flugblatt

Am gleichen Tage verurteilte derselbe Amtsanwalt den Genossen Grothe, ehemaligen Vorsitzenden vom Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands, zu 300 Mark Geldstrafe, weil er im Herbst 1922 ein Flugblatt herausgegeben hatte, worin er nach Meinung des Staatsanwaltes zu Gewalttätigkeiten unter den Klassen auffordert. Das Flugblatt war mit acht Bildern ausgestattet, worunter sich ein dementsprechender Text befand, der den Weg der Arbeiterklasse damals wies. „Schlagfertig wird diese Antwort, wenn man beginnt, die eigene Bourgeoisie niederzuschlagen." Weil dieser Satz sich unter einem Bilde befand, war für den Amtsanwalt der Beweis für die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erbracht, denn die Bourgeoisie stelle eine Klasse dar! Das Flugblatt, das in zirka zwei Millionen Exemplaren damals Verbreitung fand, hat nirgends im Reiche bei einem Staatsanwalt diese Auffassung gefunden, ausgerechnet in Halle mußte dieser Vogel abgeschossen werden. Genosse Kroh, der als verantwortlicher Drucker mitangeklagt war, wurde wegen Mangel an Beweisen freigesprochen.

* **Erwerbslose und Notstandsarbeiter!** Am Mittwoch, dem 24. Juni, nachmittags 5 Uhr, findet im „Volkspark" eine äußerst wichtige Erwerbslosenversammlung statt. Kollegen, da bei der letzten Stadtverordnetenversammlung wiederum unsere Dringlichkeitsanträge unberaten blieben, müßt Ihr durch vollzähliges Erscheinen beweisen, daß Ihr gewillt seid, Eure Forderungen mit allen Mitteln durchzudrücken. Stellt euch geschlossen hinter Euren Erwerbslosenrat und erscheint diesmal in Massen!

* **Stadttheater.** Dienstag: „Meistersinger". Mittwoch: „Fledermaus". Donnerstag: Sinfoniekonzert. Freitag: „Parsival".

Bruckdorf. Bei den am 22. Juni stattgefundenen Gemeindevertreterwahlen siegte die Arbeiterliste mit 340 Stimmen (6 Mandate) über den bürgerlichen Ordnungsblock, der 211 Stimmen (3 Mandate) erhielt. In der Gemeinde war bereits eine Nachwahl der Gemeindevertretung im Februar notwendig geworden. Auf Einspruch unserer Genossen wurde die Wahl vom Kreisausschuß für ungültig erklärt. Bei dieser Wahl unterlag die kommunistische Liste. Das „Volksblatt" war damals hocherfreut über den Wahlausfall und schrieb deshalb, der Oberkommunist Sattler hätte das Vertrauen der Bruckdorfer Einwohner verloren. Hoffentlich sind die Herren vom „Volksblatt" nun so ehrlich und berichten ihren Lesern, daß Sattler das Vertrauen der Gemeindemitglieder von neuem erhalten hat. Besonders gearbeitet hat für den Ordnungsblock während der Maßlarbeit der Steinsetzer Wilhelm Wittig, Vorsitzender des Hausbesitzervereins in Gemeinde. Als vollständig im Dienste des Grubenkapitals und der Landwirtschaft stehend entpuppte er sich, indem er von Haus zu Haus lief, um Stimmung für die Liste Nitius zu machen. Die Arbeiter haben die Antwort auf das proletarierfeindliche Verhalten dieses Auch-Arbeiters erteilt. Den Arbeitern von Bruckdorf empfehlen wir besonders, von jetzt an ihre Waren da zu beziehen, wo sie hingehören, das ist die Genossenschaft. Wir möchten nochmals an den 11. Mai erinnern, wo sich Geschäftsleute mit Begeisterung an dem Stahlhelmrummel beteiligt haben. Arbeiter, diese Leute haben bewiesen, daß sie mit Euch nichts gemein haben wollen. Beläßtigt sie deshalb nicht mehr bei Eindeckung Eures Warenbedarfs. In einer späteren Versammlung wird zu der Angelegenheit noch Stellung genommen werden.

Leichenfledderei während des „Klassenkampf"-Verbots

Briefe des Zeitzer „Oberrevolutionärs"

Der Zeitzer „Volksbote", ein sehr übelriechendes Organ der SPD., hat sich während der Zeit des „Klassenkampf"-Verbots redlich bemüht, Leichenfledderei zu betreiben. Allerdings vergeblich, denn sein Abonnentenstand nahm nicht zu, sondern immer mehr ab. Täglich wetterte das Blatt gegen die Kommunisten; ganze Kübel voll stinkender Jauche wurden über eine Reihe unserer Genossen ausgeschüttet. Dem von der Severing-Polizei gesellesten „Klassenkampf" wurde ein Fußtritt nach dem andern versetzt. Nun ist das Verbot des „Klassenkampf" zu Ende; wir sind wieder da, und das Zeitzer Mistblatt mag sich gefaßt sein lassen, daß wir den Kampf wieder aufnehmen, voll und ganz; es soll dem Blättchen und den hinter ihm stehenden Leuchten nichts geschenkt werden. Ueber den Ausgang des Kampfes brauchen wir nicht besorgt zu sein; wir wissen so Bescheid über die Verhältnisse, wissen, wo es faul ist im „Staate Zeitz", und werden rücksichtslos alles aufdecken, was notwendig ist. Das Zeitzer SPD.-Preßreptil und seine Theatermacher sollen erfahren, daß man nicht ungestraft über einen geknebelten Kämpfer herfallen darf. Wir werden unter Umständen mit den gleichen Waffen kämpfen, mag man dann zetern, wie man will; wie man in den Wald hineinruft, so schallt es wieder heraus. Wir werden dieser Verräterclique das Maul gründlich stopfen.

Der „Volksbote" hat während der Verbotszeit des „Klassenkampf" selbst fabrizierte „Reichstagsbriefe vom scharfen Max" (gemeint ist unser Genosse Reichstagsabgeordneter Benkwitz) veröffentlicht, um diesen, wie es in der Gerichtssprache heißt, in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Das Blättchen schreckte selbst vor Denunziationen unserer Genossen Benkwitz, Schirpa, Schröter und Lessing nicht zurück, denen auch „Postenjägerei" und „Futterkrippenpolitik" vorgeworfen wurde. Wo sitzen eigentlich die Postenjäger, die Futterkrippenpolitiker? Wurden die letzten sechs Jahre nicht von der SPD. weidlich ausgenutzt, ihre „Leuchten" in möglichst vielen Posten unterzubringen? Und ist dabei die Arbeiterschaft nicht immer tiefer ins Elend gesunken? Leute, wie Noske, Hörsing, Severing usw. wurden auf das revolutionäre Proletariat losgelassen, um die Kämpfe zur Befretung aus kapitalistischer Knechtschaft blutig niederzuschlagen. Und die SPD.-Leuchten in Zeitz wandelten getreulich in den Spuren ihrer „großen Führer". Wer erinnert sich nicht der Vorgänge im August vorigen Jahres, als das ungeheure Blutbad unter der Zeitzer Arbeiterschaft angerichtet wurde? Waren es nicht auch Sozialdemokraten, die da die Schuld gegen die Arbeiterschaft aufmarschieren ließen? Jeder ehrliche Proletarier wendet sich ab von dieser elenden Gesellschaft. Und da mutet man uns noch zu, die „Sozialdemokraten" im Stadtparlament zu unterstützen, damit sie ihre arbeiterfeindliche Politik fortsetzen können. Wir müßten ja Tinte gesoffen haben, wir würden uns zu Mitschuldigen machen des Verbrechens am Proletariat. Nein, das tun wir nicht! Mag der „Volksbote" und sein Holzberg noch so toben, wir gehen unseren geraden Weg, im Interesse der Arbeiterschaft!

Zur Kennzeichnung der Leute, die in Zeitz den Kampf gegen den „Klassenkampf" und die Kommunisten führen, wollen auch wir einen Brief veröffentlichen, der unsere Leser sicher sehr interessieren wird. Der Brief ist von dem Zeitzer „Oberrevolutionär" Bergholz geschrieben während eines Aufenthaltes im Erholungsheim Frauenhain im August vorigen Jahres. Wir würden nicht darauf zurückgegriffen haben, wenn B. nicht selbst in dieser Weise vorgegangen wäre. Der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Erholungsheim Frauenhain, den 12. August 1923.

Meine lieben Freunde und Genossen!

Bin sehr aufgeregt über das, was ich heute vormittag aus unserm lieben Zeitz von Euch erfahren habe. Ich glaubte, daß ich die wenigen Tage hier im Heim in aller Ruhe verbringen könnte, um meine so arg vom Klassenkampf (!) mitgenommenen Nerven wieder zu beruhigen. Aber es hat nicht sollen sein; diese dumme Streikgeschichte mußte dazwischen kommen und mich so aufregen. Ich kann Euch sagen, meine Nerven haben in den letzten Stunden mehr gelitten, denn je. **Wie konnte es aber auch zum Streik der Bergarbeiter kommen!** Freilich, die schlechten Zeiten; aber vom Streiken ist man noch nie satt geworden, aber hungrig, und zwar die ganze Familie. Ich will Euch keinen Vorwurf machen und will auch nicht behaupten, daß, wenn ich in Zeitz gewesen wäre, es nicht zum Streik gekommen wäre. Aber Ihr hättet im „Volksboten" aufklärender schreiben müssen; der Artikel in der Saale-Nummer (11. August 1923) war ja ganz gut geschrieben, aber er hätte in anderer Form schon früher erscheinen müssen, **damit ein Keil zwischen die Bergproleten getrieben worden wäre, und der Streik wäre nicht so wuchtig und allgemein geworden.** Die Genossen Müller, Dittrich und Hopf kann ich nicht verstehen, daß sie mit den Kommunisten in die Streikleitung gingen; sie sollten die Kommunisten Schröter, Bach, Benkwitz allein „mutteln" lassen. Ich meine, es konnte ihnen doch wirklich nicht schwer fallen, **gute Ausreden zu finden, damit sie sich davon drücken;** sie sind doch sonst nicht so dumm. Müller Paul und Hopf Ferdinand haben sich doch schon anderen Verlegenheiten herausgewunden. Vom alten Joseph (gemeint ist Windau. D. Red. d. „Kl.") will ich gar nicht reden, denn ich habe Euch oft gesagt, der gehört halb zum Kommunisten. (Wir danken dafür. D. Red. d. „Kl.") Ich kann Euch nur raten, seht ihm auf die Finger; jedenfalls glaube ich recht gehabt zu haben, und ich glaube weiter recht zu haben, wenn ich Euch sage, **Ihr werdet die Kommunisten im nächsten Jahr in der Wahlbewegung nicht verzweifelt bekämpfen können, weil die Genossen die Dummheit in der Streikleitung begangen haben.** Ich weiß nicht, hier in Frauenhain riecht es so nach Putschen (?) oder sind das nur meine armen Nerven. (Jedenfalls. D. Red.) Mit Bedauern nehme ich Kenntnis, daß wieder soviel „**Volksboten**"-**Leser und Mitglieder abgesprungen sind. Es ist mir unverständlich, daß die Kommunisten soviel Anhänger und „Klassenkampf"-Leser gewonnen haben.** Aber, liebe Genossen, wir werden sie alle wieder zurückgewinnen; wenn ich wieder zurückkomme, gehe ich wieder täglich mit an die Arbeit. Hoffentlich kommt mir der Staatsanwalt aus Naumburg nicht ins Gehege. Daß ich alter Klassenkämpfer (So sehen diese aus! D. Red.) auch noch brummen muß. Ich denke mit Grauen daran, ins Gefängnis wandern zu müssen. **Wie steht es übrigens mit meinem Gnadengesuch? Vergeßt es ja nicht! Der Genosse Ebert in Berlin wird mich doch nicht im Stich lassen?** Ich hoffe das Beste. Ich will nun schließen und bitte Euch, grüßt mein Mariechel und meine allerliebste Kinder vielmals.

Mit sozialistischem Gruß

Euer Albert Bergholz.

NB. Eben war der Jugendgenosse L. aus Schellbach hier, er kam aus Zeitz und fährt zu Hause. Ich habe ihn gebeten, meinen Brief mitzunehmen, was er auch tut. Er erzählt mir die haarsträubendsten Sachen; Genosse Müller, Dittrich und noch andere, die er nicht kannte, seien von der Arbeiterschaft verhaftet, Genosse Jäger sei gestohlen, da er ermordet werden sollte, die Sitzung in der „Quelle" sei gesprengt. Weikert und seine Familie hätte man durch die Straßen geschleift, hätte sie geschlagen und getreten. Ich weiß gar nicht, was ich denken soll; o, meine armen Nerven, ich kann nicht mehr schreiben. Liebe Genossen, wenn Ihr meinen Brief erhaltet, schickt mir durch den Jugendgenossen sofort Antwort, schreibt mir, was ich tun soll, ob die Gefahr vorüber ist oder ob ich auch fliehen soll. Nochmals besten Gruß! Albert."

*

So sehen also die „Klassenkämpfer" der SPD. aus, die sich erdreisten, Kommunisten mit Schmutz zu bewerfen. Aus Mitleid mit diesem „Klassenkämpfer" verzichten wir auf einen Kommentar, um so mehr, als der Inhalt des Briefes auch ohnedem für sich spricht. Der „Volksbote" mag sich gefagt sein lassen: Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Aus der Provinz

Die Justiz und die Faszisten

Was ein Landjäger nicht hört und nicht sieht

Im „Klassenkampf" waren im März dieses Jahres zwei Notizen aus Zschorlau erschienen, worin dem dortigen Landjäger u. a. vorgeworfen wird, daß er bei der Behandlung der Faszisten und der Arbeiter mit zweierlei Maß mißt, d. h. daß er gegen geschlossene Umzüge der Faszisten nicht eingreift, während er bei Arbeiterveranstaltungen immer schnell bei der Hand ist, die „Ordnung" zu wahren. Wegen dieser beiden Notizen hatte sich gestern der verantwortliche Schriftleiter, Genosse Drechsler, vor dem hallischen Schöffengericht zu verantworten, und zwar wegen Beleidigung des Landjägers Barth. Zwei Zeugen, die der Angeklagte benannt hatte, bestätigten, daß tatsächlich bei verschiedenen Gelegenheiten damals im Februar und März die Faszisten in geschlossenen Formationen mit wehenden Fahnen und mit Gesang durch Zschorlau marschiert sind. Der Zug (einmal etwa 150 Mann) ging sogar an der Wohnung des Landjägers vorüber, als dieser momentan zu Hause war. Aber der Herr Landjäger erklärte in der Verhandlung, daß er von dem Zug nichts gesehen und nichts gehört habe. Es war dies nicht etwa nachts, sondern am hellichten Tage. Ein andermal zogen wieder Faszisten durch den Ort und machten auf in nächster Nähe gelegenen Feldern Uebungen. Ein Arbeiter ging zum Landjäger, um ihn zum Einschreiten zu veranlassen. Der Landjäger begab sich auch sofort dorthin, aber als er an den Weg gekommen war, waren die Faszisten schon an dem Bahnübergang, wo der Landjäger vorüberkommen mußte, vergeblich gewartet. Inzwischen waren die Faszisten wieder abgerückt. Das schönste aber ist, daß Landjäger und Gericht auf dem Standpunkt stehen,

die Felddienstübungen der Faszisten seien erlaubt.

Es handelte sich dabei nur darum, ob eine verbotene Organisation in Frage käme. Das sei hier nicht der Fall! Wir sind gewiß, wenn Arbeiter eine Felddienstübung veranstaltet hätten, wären sie allesamt wegen „Geheimbündelei" angeklagt worden. Solche Fälle haben wir ja schon des öfteren verzeichnen können. So aber kommen Faszisten in Frage — ja, Bauer, das ist etwas anderes!

Dem Landjäger ist auch zum Vorwurf gemacht worden, daß er im Dienst an einem „Deutschen Abend", der bis nach Mitternacht dauerte, teilgenommen habe. Er gab selbst zu, daß er (aber erst nach zehn Uhr, wie er sich ausdrückte!) sich an einen Tisch mitgesetzt habe, an dem seine Frau und andere Gäste saßen. Der Gerichtsvorsitzende fand darin nichts besonderes, wenn sich der Landjäger mit an den Tisch der Gäste hinsetze, denn die „Ueberwachung" solle ja möglichst „unauffällig" sein. Auch wenn er wie andere Gäste dabei Bier trinke, sei nichts dagegen einzuwenden. Dieser Meinung war natürlich auch der Landjäger. Zwischen beiden herrschte völlige Harmonie in allen Fragen. So war es natürlich nicht zu verwundern, daß unser verantwortlicher Genosse zu 400 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde; der Staatsanwalt hatte 500 Mk. beantragt. Der Landjäger sagte zu allen Vorwürfen, daß er die Umzüge der Faszisten mit offenen Fahnen und lautem Gesang weder gesehen noch gehört habe. Und das Gericht sagt hierzu, es sei nicht bewiesen, daß der Landjäger dies gesehen oder gehört habe. Und wenn das nicht der Fall sei, könne ihm auch kein Vorwurf gemacht werden, daß er nicht eingeschritten sei. Wahrlich, eine wunderbare Definition! Wenn also die Faszisten in den Orten unerlaubte Umzüge veranstalten, braucht sich der Hüter der Ordnung nur ins Bette zu legen und die Decke über den Kopf zu ziehen, damit er nichts hört und nichts sieht, dann kann ihm nichts passieren.

Unser Genosse ging in seiner Verteidigung dieser Auffassung energisch zu Leibe und betonte, daß die verbotenen Umzüge tatsächlich stattgefunden haben. Wenn der Landjäger davon nichts gemerkt habe, so ändere das nichts an der Tatsache. Bezeichnend sei aber doch, daß der Landjäger von all dem nichts wisse, wo fast die gesamte Einwohnerschaft auf den Beinen war. Man bedenke: Der geschlossene Aufmarsch durch den Ort und der geschlossene Anmarsch zum Stahlhelmlokal, der mindestens 15 bis 20 Minuten dauerte, ist vom Landjäger nicht bemerkt worden, trotzdem er sich nach seiner eigenen Angabe zu dieser Zeit ständig vor oder im Stahlhelmlokal befunden hat. Ist das nicht komisch?

Gegen das unhaltbare Urteil wird Berufung eingelegt werden. Es ist in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen!

Merseburg-Querfurt

Merseburg. Achtung, Arbeitereltern! Zur Werbewoche für die Kommunistischen Kindergruppen hat die Kindergruppenleitung in Merseburg zum Mittwochnachmittag 4 Uhr eine Kinderversammlung nach der „Funkenburg" einberufen. Es wird erwartet, daß alle Parteigenossen und alle Leser des „Klassenkampf" ihre Kinder zu dieser Versammlung schicken; aber auch die Arbeitereltern selbst sind eingeladen, an der Versammlung teilzunehmen. Es wird ein Vortrag gehalten über das Thema: **„Zweck und Ziel der Kommunistischen Kindergruppen".** Sodann wird die Einteilung der Kindergruppe in Zehnergruppen vorgenommen.

Merseburg. Vom Theater-Verein wird uns geschrieben: Infolge Verhinderung des Dirigenten findet die Opernaufführung (Meistersinger) nicht, wie bereits bekanntgegeben, am 28. Juni, sondern am Sonntag, dem 29. Juni, abends 6½ Uhr, statt. Kartenvorverkauf an die Vereinsmitglieder ohne vorherige Bestellung im Zigarrengeschäft Brendel, Gotthardstraße, bis Mittwoch nachmittag 6 Uhr.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Weißenfels. Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 25. Juni, nachmittags 6 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Anträge zur Geschäftsordnung. Ankauf von Gelände an der Tagewerbener Straße. Ankauf von Gelände an der verlängerten Leopold-Kell-Straße. Haushaltplan der Kämmerei für 1924. Ersatzwahl von Kommissionen und Deputationen. Friedhofsgebührenordnung. Zuschuß für das städtische Orchester. Erweiterung der Feuer-Alarmanlage. Abgabe von Baugelände. Wahl von Beisitzern zum Mieteinigungsamt. Interpellationen und Anträge.

Naumburg. In der Saale ertrunken ist in der Nähe des Wasserschlößchens der 18jährige Sohn des Schriftsetzers Nicolai von hier, der beim Baden in die Drehlöcher geraten war, die dort schon manchem Badenden gefährlich geworden sind.

Zeitz. Niederlage der Reaktion bei der Elternbeiratswahl. Das Ergebnis der Elternbeiratswahl am Sonntag ist folgendes: In der Knaben-Volksschule wurden von rund 2000 wahlberechtigten Eltern insgesamt 612 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Liste I Kleinfeld (christlich-unpolitisch)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0006

Leben · Wissen · Kunst

Der Komponist der „Internationale“ Peter Degeyter

Von Amadeus Dunois, Moskau

Es war im vergangenen Jahr, im Frühling. Ich saß vor meinem Schreibtisch in der Redaktion der „Humanité“ und bereitete mit dem Redaktionssekretär die Nummer des nächsten Tages vor. Da wurde mir mitgeteilt, daß ein biederer alter Mann mich zu sprechen wünsche.

„Sein Name?“ fragte ich.

„Meiner Treu“, antwortete mir der Genosse, der den Dienst des Redaktionsgehilfen verrichtete, „ich erinnere mich nicht daran. Der Name lautet zum Schluß“, bemerkte er noch in seiner komischen Art, „wie Minister“ oder „Vermalebeiter“ . . .

„Schön, laß ihn eintreten; aber vergiß nicht zu sagen, daß ich mit Arbeit überhäuft bin und wenig Zeit habe.“

Eine Minute darauf erschien im Türrahmen ein schmaler Greis mit Brille, dem das Gehen ziemlich schwer fiel und der sich auf einen eisenbeschlagenen Stock stützte. Er hatte das klassische Aeußere eines alten Arbeiters; durch die Tagesarbeit verbraucht, durch lange Entbehrung ausgemergelt. Mütze mit ledernem Schirm, Anzug aus grobem blauen Tuch, stark abgenützte Schuhe. Hinter Brillengläser zwinkerten zwei blaue Augen, deren Blicke melancholisch und müde waren. Der Mund verschwand zur Hälfte hinter einem buschigen, weißen Schnurrbart. Auf dem Kinn ein kleiner, weißer Spitzbart.

„Ich bin“, sagte er, „Peter Degeyter.“

Degeyter? Der Name war mir bekannt.

„Der Autor der Musik der ‚Internationale‘?“ fragte ich.

„Derselbe“, antwortete der gute alte Mann, indem er zugleich höflichst grüßend mit dem Kopfe nickte.

„Aber — war der Vorname des Autors nicht Adolf?“

Beim Namen Degeyter hatte ich mich erhoben und dem Greis einen Sitzplatz angewiesen. Er sah mich klug und gütig an.

„Adolf“, antwortete er, „war mein Bruder. Er ist gestorben. Ich bin Peter. Ich bin es auch, der die Musik komponiert hat.“

„Wie?“ Hat es nicht wegen dieser Musik zwischen Ihnen und Ihrem Bruder einen Prozeß gegeben, der viele Jahre gedauert hat und von dem auch die Zeitungen berichtet haben? Wenn ich mich recht erinnere, hat sich der Gerichtshof für Ihren Bruder und also — gegen Sie ausgesprochen.“

„Das ist richtig, Genosse. Aber der Gerichtshof hat sich geirrt. Er war durch falsche Zeugenaussagen irregeführt worden. Die Wahrheit ist jetzt endlich festgestellt worden und das endgültige Urteil hat bestätigt, daß ich in vollem Recht bin.“

Er reichte mir einige in einer Zeitung eingewickelte Papiere. Eines dieser Papiere war die beglaubigte Kopie des Urteils, das durch den Berufungsgerichtshof gefällt worden war und in dem die verschiedenen Phasen des peinlichen Prozesses des langen und breiten geschildert waren.

Ich las das Dokument eilig durch. Hierauf wendete ich mich Peter Degeyter zu, der schweigend die Beendigung meiner Lektüre abwartete, mit der Sicherheit eines Mannes, der sich im Recht weiß.

„Ja, es besteht kein Zweifel daran, daß es so ist“, sagte ich. „Sie sind der Verfasser dieses unsterblichen Liedes. Erlauben Sie mir, Sie zu beglückwünschen.“

Peter Degeyter nahm meinen Glückwunsch ohne falsche Bescheidenheit an, sich seines Verdienstes wie seines Rechtes bewußt.

„Und nun,“ fügte ich hinzu, „erzählen Sie, wann und wie Sie diese Musik verfaßt haben? Bitte, verwundern Sie sich nicht, wenn ich mir dabei einige Notizen mache.“

„Ich erlebt dann, daß Peter Degeyter vor 35 Jahren Textilarbeiter, und zwar Weber in Lille, dem industriellen Zentrum des Nordens von Frankreich, war. Die sozialistische Bewegung befand sich in Lille in vollem Aufschwung. Peter nahm gemeinsam mit seinem Bruder an ihr teil. Vor allem aber liebte er die Musik. Er war in einem Arbeiterchor eingetreten, der ihn eines Tages zu seinem Chormeister wählte. Unter den Mitgliedern dieses Arbeitergesangvereins waren mindestens zwei, die sich einen Namen gemacht haben: Gustave Delory, der Bürgermeister von Lille und später — bis auf heute — Abgeordneter von Lille geworden ist, sowie Henri Ghesquiere, der gleichfalls Abgeordneter wurde und in den letzten Tagen der deutschen Besetzung gestorben ist. In dem Chor sang man alle Arten von Liedern. Man hätte auch gern sozialistische Gesänge gesungen, aber man kannte keine. Dennoch existierten solche: so gab es beispielsweise das prächtige Lied der Internationalisten von Jura, ein Werk von Karl Keller, nach Worten James Guillaume.

„Arbeiter nimm die Maschine!
Nimm den Bauer, Bauer!“

Dann gab es auch die „Rote Fahne“, die Paul Brousse um 1877 nach einem Schweizer Volkslied komponiert hatte.

„Unsere herrliche Rote Fahne,
Rot vom Blute der Empörer . . .“

Eines Tages — Peter Degeyter weiß das Jahr nicht genau anzugeben, doch dürfte es 1889 gewesen sein — gab ihm ein Genosse ein Gedicht von Eugen Pottier, dem einstigen Mitglied der Pariser Kommune, der gerade in höchster Armut in Paris gestorben war.

Dieses Gedicht hieß: Die Internationale. Das Datum neben der Ueberschrift — 30. Juni 1871 — war ein Zeichen dafür, daß die Verse des revolutionären Liedes unmittelbar nach der blutigen Kommune-Woche verfaßt worden waren.

Das Gedicht, von düsterer Kraft durchglüht, begann mit einem Ruf an die Besiegten der sozialen Schlacht:

„Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
Die stets man noch zum Hungern zwingt!

Im weiteren Verlauf des Gedichtes wurde in vier knappen, gehämmerten Versen das ganze Programm der sozialen Revolution aufgezeigt:

„Reinen Tisch macht mit den Bedrängern!
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger!
Alles zu werden strömt zu Hauf!“

Peter Degeyter war ganz begeistert. Er las immer wieder diese gewaltigen Strophen, in denen das Feuer einer unbesiegbaren Hoffnung brannte. Denn, wahrhaftig, die „Internationale“ ist nicht die Klage des Besiegten, der seine Niederlage kläglich beweint. Sie ist das Kriegsgeschrei, das sich dem Innersten einer Klasse entringt, der Arbeiterklasse, die ihre Rache vorbereitet, und weiß, daß diese Rache kommen wird . . .

Der Textilarbeiter Degeyter hatte in diesem Augenblick die Eingebung, daß diesen Strophen der Rache nichts als eine angemessene Melodie fehlte, um zur proletarischen Revolutionshymne zu werden.

„Ich werde versuchen“, sagte er, „diese Verse in Musik zu setzen.“

Er begab sich an die Arbeit. Einige Tage später war die Musik komponiert — diese kriegerische, hinreißende, in ihrer Einfachheit leicht faßliche Musik, die Ihr alle gut kennt. Peter Degeyter beschäftigte sich sofort damit, Auszüge daraus für die Genossen des Gesangvereins fertigzustellen.

So entstand in einer Vorstadt von Lille im Jahre 1889 die „Internationale“. Um populär zu werden, brauchte sie allerdings lange Zeit. Man sang sie zwar ein wenig in Lille, aber man sang sie nur dort. Niemand ahnte, daß ihr eine solche glänzende Laufbahn beschieden sei.

Die Lieder haben ebenso ihr Schicksal wie die Bücher.

Im Jahre 1899 fand in Paris ein allgemeiner Kongreß der Arbeiterorganisationen und französischen Sozialisten statt: der erste Kongreß sozialistischen Einigkeit. Er gelangte — vielleicht erinnert man sich noch daran — wenn auch nicht zur vollkommenen Einheit, so doch zu einem Einvernehmen zwischen gegnerischen Organisationen, wenn auch dieses Einvernehmen nicht von Dauer sein sollte.

Der Kongreß war gerade im Begriff, auseinanderzugehen, als ein Delegierter plötzlich auf einen Tisch kletterte. Es war Henri Ghesquière. Dieser „Guedist“ des Nordens, mit glattem Gesicht, brutalem und zugleich schüchternem Ausdruck, hatte eine schöne Stimme. Er stimmte im allgemeinen Schweigen einen Gesang an, den die meisten Delegierten nicht kannten . . . Bei der dritten Strophe schon fielen alle in den Refrain ein:

„Völker, hört die Signale! . . .“

Dies war die „Internationale“. Ein Jahr später sang sie das ganze sozialistische Frankreich, und so kam es, daß die Delegierten, die dem internationalen Kongreß von 1900 zu Hunderten beiwohnten, diesen Gesang ihrerseits kennen lernten, und so kam es, daß der einfache Gesang Degeyters seinen Lauf über die ganze Welt begann.

Dies ist die öffentliche Seite der Geschichte der „Internationale“. Aber sie hat noch, wie man sagen kann, ihre private Seite, die zwar weniger glorreich, aber nicht weniger interessant ist.

(Fortsetzung folgt.)

Auf dem Wege nach Moskau

Von Jup.

Wenn in einem Abteil 3. Klasse acht Personen von Berlin bis Eydtkuhnen über 16 Stunden zusammensitzen, so kommen sie ins Gespräch. Im Abteil sitzt ein älteres Ehepaar, die von einer Kur aus Bad Nauheim kommen und ein anderer Nichtstuer, der sein angefressenes Fett durch eine sechswöchentliche Kur in Marienbad vermindern wollte. Natürlich klagen diese Leute über die schlechte Zeit, daß die deutsche Eisenbahn so teuer sei und schließlich kommen sie auf Rußland zu sprechen. Das Ehepaar hat über 30 Jahre in Rußland gelebt. Sie hatten natürlich Furcht, als der Zar gestürzt wurde, doch die Menschewiki, die Kerenski-Regierung, waren anständige Leute. Anders wurde es, als die Räuber und Banditen, — so nannte der Mann, der zur Erholungskur nach Bad Nauheim gefahren war, die Bolschewiki — ans Ruder kamen. Sie ließen ihm nur ein Zwanzigstel seines Vermögens und waren sogar so unverschämt, ihm von seiner Sieben-Zimmer-Wohnung in Moskau nur zwei Zimmer zu belassen und als später in dieser zwei-Zimmer-Wohnung Zusammenkünfte von „Patrioten“ stattfanden, sperrte man ihn sogar ein und beschlagnahmte noch ein Zimmer. Als die Hungerperiode in Rußland kam, hatte er gute Verbindung mit mehreren Bauern! Die Bolschewiki waren auch zu gemein. Die Soldaten bekamen 1½ Pfd. Brot, die Arbeiter 1 Pfd. Brot täglich, und die sehr ehrenwerten Nichtsteuer bekamen nur ¼ Pfund. Und als er dann aus Rußland hinauswollte, da gaben ihm die Räuber und Banditen keine Erlaubnis. Sie sagten: „Wenn Du der Konterrevolution Vorschub leisten konntest, dann kannst Du jetzt auch mit uns hungern; im Ausland sind genug Konterrevolutionäre, die gegen uns arbeiten.“ Als er aber dann doch schließlich nach Riga entwichte, da konnte er immer noch soviel Geld und Wertsachen hinausschmuggeln, daß er jetzt nichts zu tun braucht und nach Bad Nauheim fahren kann. Im übrigen ist es für ihn feststehend, daß in sieben Monaten die Räuber und Banditen aus Rußland verjagt respektiv aufgehangen sind und er nach dem heiligen Moskau zurückkehren kann.

*

Wer nach Moskau reist, muß sich mit Geduld wappnen. Nicht weniger als 66 Stunden sitzt man auf der Eisenbahn. Fährt man in den deutschen Bahnen auch im Verhältnis zu der russischen Bahn äußerst unbequem, so fährt man doch schneller. Schon durch Litauen und Lettland ging's langsam, weil der Zug in Litauen und Lettland fast auf jeder Station hält.

*

Der Uebergang von Deutschland nach Litauen macht sich in der Bauart der Häuser bemerkbar. Findet man in Ostpreußen schon mehrfach Holzhäuser, so herrschen sie in Litauen gleich nach Ueberschreiten der Grenze ausschließlich vor. In Lettland sieht man noch häufig Stellungen und Schützengräben aus der Kriegszeit. Die lettische Regierung hatte noch keine Zeit, sie zu beseitigen. Warum auch? Sie sind niemanden im Wege und das Land ist weit. In Litauen wie in Lettland ärmliche Holzhäuser, doch hat in Litauen die Bautätigkeit sich belebt.

Diese kleinen Randstaaten sind ausgesprochene Militärstaaten. Auf jedem Bahnhof Polizei und Truppen. Die Paß- und Gepäckrevisionen nehmen viel Zeit in Anspruch. Mehrfach steht der Zug 1½ bis 2 Stunden auf den Grenzstationen.

*

Die russische Grenze ist von weither durch ein großes Tor sichtbar, durch das der Zug fährt und auf dem die rote Fahne weht. Auf russischem Boden erbraust im Zuge mächtig die Internationale. Fast alle Sprachen Europas vereinigen sich in dem alten proletarischen Kampflied zu einer packenden Sinfonie. Was ist's mit der Revolution in Deutschland? Wann kommt sie? . . .

*

Für Reisende, die nicht als Delegierte zum Kongreß kommen oder im Auftrage der russischen Regierung den russischen Boden betreten, ist die Gepäckrevision äußerst streng. Mit Recht. Der russische Arbeiter- und Bauernstaat hat alle Ursache, die Umgehung der Einfuhrvorschriften zu verhindern, die erlassen sind, um die eigene Wirtschaft im Gang zu halten. Die Ueberreste der Bourgeoisie und die Nep-Leute benutzen jede Gelegenheit, dem russischen Staat Schaden zuzufügen. Ein Beispiel: Der russische Staat hat eine eigene Textilindustrie, doch die Feinde des Arbeiterstaates versuchen, ihre Textilwaren aus dem Auslande hereinzuschmuggeln. Um die Produktion des eigenen Landes zu schützen, liegt auf diesen Waren ein hoher Zoll.

Ist da im Zuge mit eine Bourgeoisfrau, die aus Amerika für das Kind ihrer Schwester seidene Windeln und seidene Säuglingswäsche mitbringt Arbeiterkinder liegen in Rußland auf Leinenwindeln, in den kapitalistischen Staaten haben Arbeiterkinder vielfach überhaupt keine Windeln. Wenn die Bourgeoiseltern ihr Kind in seidene Windeln packen lassen wollen, wenn es durchaus Windeln aus dem Ausland sein sollen, wenn sie durchaus keine in Rußland hergestellten Windeln benutzen wollen, so verwehrt ihnen es der russische Staat nicht. Das Vergnügen können sie haben. Aber . . . Zoll muß gezahlt werden! Und die Leutchen zogen lange Gesichter, als sie für ihre seidene Kinderwäsche 20 Dollar blechen mußten.

Die Frauen und Töchter der englischen Arbeiter-Minister am Königshofe

Von Ruth Fischer

Am 20. Mai wurden die Frauen und Töchter der englischen Arbeiter-Minister am Hofe des Königs vorgestellt. Die Londoner Zeitungen sind voll von der Beschreibung der herrlichen Toiletten, die diese Frauen und Töchter der Arbeiter-Minister getragen haben, und es wird allgemein berichtet, daß sie den Hofknix zwar noch etwas steif ausgeführt haben, aber daß zu hoffen ist, daß bei längerer Uebung diese Schwäche überwunden wird. Nicht nur die Frauen unserer englischen „Genossen“ scheinen, was Kleidung betrifft, vorbildlich zu wirken. Es wird gerühmt, daß Macdonald der heutzugegenwärtige Mann am Hofe gewesen sein soll. Heil ist den englischen Schneidern widerfahren die für solche Gelegenheit einen Anzug machen durften. Die Familie Macdonald ist aber außerdem noch mit einer Tochter gesegnet, die nach ihrer Vorstellung am Hofe allgemein als hervorragende Schönheit in den Blättern der vornehmen Welt von London gefeiert wird.

Die uns aus ihrer russischen Reise noch gut bekannte Miß Snowden füllt die Spalten der Londoner Arbeiterblätter mit ihren Erinnerungen über diesen herrlichen Empfang am Hofe aus, worin sie ihrer besonderen Zufriedenheit darüber Ausdruck verleiht, daß „alles so echt britisch“ gewesen sei.

Macdonald ist aber nicht nur beliebt am englischen Königshofe, sondern man sieht ihn in Bildern, im Film, im freundschaftlichsten Gespräch mit der Königin von Rumänien, deren Besuch in London mit großem Aplomb gefeiert wird. Macdonald befreundet mit demselben rumänischen Königshause, das viele rumänische Kommunisten geödtet und ins Zuchthaus geschickt hat, Macdonald in Freundschaft zu demselben Königshause, dessen Besuch in England nichts anderes bedeutet als eine neue Kriegsvorbereitung gegen Sowjet-Rußland!

Die englischen Arbeiter wissen jetzt wenigstens, wozu sie eine „Arbeiter“-Regierung haben. Die Streiks werden abgewürgt, Zuchthausstrafen für indische Kommunisten unter der Arbeiter-Regierung des gut angezogenen Macdonald unter der Arbeiter-Aber die englischen Arbeiterminister gehen zum Empfang am Hofe. Die englischen Arbeiter müssen ihre Regierung von nun an die „Regierung Seiner Majestät des Königs“ nennen.

Neue Bücher

Max Barthel: Novellen

Neuer Deutscher Verlag, Berlin.

Das ist eigentlich ein Titel, der nur unvollkommen deckt. Es sind wieder Gedichte, heimliche Gedichte. Hymnen der Arbeit, des jugendlichen Glaubens an die große Tat, Sang erbarmender Liebe und wieder Hoffnung und Glaube. „Der Platz der Volksrache“, zugleich der Titel dieser kleinen Sammlung, ist der Name jenes Platzes auf dem das Haus steht, in dem die Zarenfamilie ihren Tod fand. Als Sühne für die vielen anderen Opfer, die durch Jahrzehnte unter den Besten Rußlands für die Freiheit qualvoll dahinsiechten. Bekenntnis und Tat spricht aus diesen kleinen Geschichten. Nein, sie wollen es nicht verheimlichen, daß sie oftes kämpfen. „Zum Teufel, nein“, sagen die jungen Arbeiter mit der großen Sehnsucht nach lichtgrünen Wäldern und singen „den Vögeln und blauen und schwefelgelben Blitzen am Abend“. Der Sehnsucht nach eigenem Leben der Seele, nach Liebe, die nicht beschmutzt ist von der Härte des Daseins, nach dem Versenken in die Größe des Lebens und der Kunst. „Wenn wir im Fahrstuhl fuhren, lösten wir die Welträtsel.“ Sie haben eine große reine Liebe zu den verschlossenen Reichen des Großen. Wie zart ist dieser leise Sang von der Güte, wie der junge ungeübte Arbeiter sich müht, das Wolgalied zu spielen. Wie hoch steht er über dem Spott der reichen Dame. „Wir Wilden sind doch bessere Menschen.“ (Ach, stände es nur nicht zur Unzeit gebraucht über der Arbeiterpolitik der deutschen nie begonnenen Revolution!?) Aber die Kraft ist nicht nur weich. Ernst und hilfsbereit steht die Tat, d. h. das „Internationale Rote Arbeiter-Kreuz“ und riesig groß das Aufbauwerk: Des Bahnhofs in Minsk mitten im Rückzug und daneben der Tod der nächste Genosse jedes Revolutionärs. Erschütternd das Bild „Pogrom“. Die roten Reiter kommen zu spät. Sie machen das Auge des Volkes nicht mehr blind für die wahren Ursachen der Not. Das brauchte die alte Regierung, die durch das blindwütende Herfallen über den Schwächeren die verdiente Züchtigung von sich abwehrt. Aeußerer Krieg oder Juden.

Geschichten aus Deutschland oder Rußland sind es, aber nur natürlich, daß der Feuersang der großen siegenden Revolution die Dominante gibt.

„Fünfzig Mann marschierten durch die Stadt . . . Die besetzten Post und Stadthaus, vernichteten die Dokumente der Gefangenschaft und ein Volk stand dahinter und sagte: Ja. Aehnliches geschah auch in Deutschland, aber nur für Stunden, Tage . . . nur, daß dazwischen die versandeten Jahre liegen und alles verloren ging. Aber dieser Anfang war stark und klingt vielmehr wie eine Zukunft. Ganz zuzudecken ist sie nicht. R.

*

„Mit Gesang wird gekämpft“. Dieses beliebte Liederbuch erscheint in zweiter Auflage (10. bis 20. Tausend) bedeutend erweitert und in guter Ausstattung Mitte Juni im Verlag Junge Garde, Berlin O. 17, Koppenstraße 7. Alle Kampflieder, auch die neuesten z. B. „Auf, junger Tambour schlage ein“, „Wer will mit gegen Hitler zieh'n“, sind darin enthalten. Das „Wolgalied“ fehlt auch nicht. Insgesamt enthält das Buch ungefähr 215 Kampf-, Wander- und Kinderlieder und wird trotz dieses Umfangs nur ca. 50 Pfg. kosten. Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen Bezirksbuchhandlung Halle und deren Filialen.

*

(Bei der Redaktion eingegangene Besprechungsexemplare.)

E. J. Gumbel, Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918. Der Malik-Verlag, Berlin W 9.

— Vier Jahre politischer Mord. Verlag der Neuen Gesellschaft. Berlin-Fichtenau.

— Denkschrift des Reichsjustizministers zu „Vier Jahre politischer Mord“. Der Malik-Verlag, Berlin W 9.

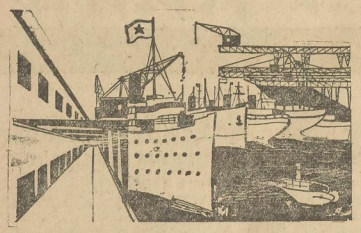
*

A. Losowsky, Die Internationale Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Kriege. Führer-Verlag, Berlin 1924.

— Der große Strategie des Klassenkrieges. Verlag der Roten Gewerkschaftsinternationale 1924.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0007

Aus den Betrieben und Werkstätten



Schickt Berichte aus den Betrieben!

Ein Genosse, der als Zellenberichterstatter tätig ist, sendet folgende Mahnung an die Genossen in den Betrieben:

Das ist die große Gefahr der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse, daß sie die Arbeiter von ihrem eigentlichen Leben, von ihrer Klassenlage ablenkt. Sie weiß zu berichten über jedes nebensächliche Ereignis, sei es auf der Straße oder in der Gesellschaft. **Aber der lebendige Klassenkampf, das tägliche Ringen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum** im einzelnen Betrieb und in ganzen Industriebezirken — für sie existiert er nicht oder ist höchstens eine ganz unbedeutende Angelegenheit. Die bürgerliche Presse weiß warum. Sie fühlt, wenn der Arbeiter im Betrieb weiß, und täglich in der Presse neu erfährt, so wie wir kämpfen Millionen deutscher Arbeiter in tausenden anderen Betrieben gegen die Unternehmerwillkür an, er würde leichter den Weg zum gemeinsamen, den Herrschenden gefährlich werdenden Kampf finden. Der Kampf der Arbeiter in den Betrieben, das ist das wahre Leben, jede Verschärfung der Klassengegensätze, jede Verschiebung der Kräfteverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum, hier kommen sie zuerst zum Ausdruck.

Das muß in der kommunistischen Zeitung zum Ausdruck kommen.

Sagt nicht: wer interessiert sich denn für die Vorgänge in unserem kleinen Betrieb.

Eine Lehre, die ihr erfahren habt im Kampf, kann in hunderten anderen Betrieben praktisch ausgenützt werden. Ist die kommunistische Zeitung ein Spiegelbild der täglichen Kämpfe in den Betrieben, dann erst ist sie wirkliche Arbeiterzeitung, dann erst ist sie gute Wegweiserin für das Proletariat.

Kein Betrieb ohne Arbeiterkorrespondenten!

Das muß die Aufgabe sein. Jede Betriebszelle muß einen Genossen bestimmen, der für regelmäßige Berichterstattung aus dem Betrieb sorgt. Jeder Arbeiter kann und soll mitarbeiten. Er soll so schreiben, wie er zu seinem Arbeitskollegen spricht. Die Arbeiter werden ihn verstehen und durch die Berichterstattung aus allen Betrieben wird das gesamte Proletariat erkennen, daß alle Arbeiter einen Kampf führen, wird der Weg zu geschlossenem einheitlichem Handeln der ganzen Arbeiterklasse freigemacht werden.

Wie ich meine Betriebszelle schuf

(Aus einem mittleren Betriebe.)

Die Betriebszellenfrage steht heute im Mittelpunkt aller Parteidiskussionen. Sie ist zweifellos eine der wichtigsten und es ist unbedingt erforderlich, daß sich sämtliche Genossen dafür nicht nur interessieren, sondern auch aufs aktivste auf diesem Gebiete tätig sind. Gar mancher wird sich die Frage vorlegen: „Wie gründe ich eine Betriebszelle?" Es ist wahr, wenn man die „Rezepte" und „guten Winke" der Zentrale studiert, scheint nichts einfacher zu sein. Ich gebe zu, daß die Schwierigkeiten, eine gut funktionierende Zelle ins Leben zu rufen, in einer größeren Fabrik oder Werkstatt, wo die Kontrolle über die Arbeiter nicht allzu streng ist, nicht so groß sind, als daß sie nicht überwunden werden könnten. Anders steht es um einen kleineren Betrieb, wo der Meister oder gar der Unternehmer selber jeden seiner Arbeiter stündlich im Auge und in Kontrolle hat. Gar viele der Genossen werden das am eigenen Leibe erfahren haben und mancher hat auch schon die Konsequenzen ziehen müssen.

Ich bin in einem kleinen Betrieb beschäftigt, von dem weit bekannt ist, daß ein Arbeiter kaum fünf Minuten nicht unter Aufsicht steht. Trotz allem trug ich mich vom ersten Tage meines Eintrittes an mit dem Gedanken, die, noch scheinbar ziemlich trägen Kollegen aus ihrem Schlafe aufzurütteln und eventuell nach Genossen zu sondieren. Schwer war es, sehr schwer. Von Kollegen hörte ich, daß der „Alte" dafür besorgt war, daß ein jeder, der auch nur irgendwie verdächtig war, revolutionäre Strömungen unter die Belegschaft zu tragen, mit dem Straßenpflaster Bekanntschaft machte. Es hieß also vorsichtig sein.

Ich suchte also — da ich keinen anderen Rat wußte — es so einzurichten, daß ich bei Fabrikschluß als letzter den kleinen, stillen Raum aufsuchte und dort die Wände über und über mit kleinen Handzetteln beklebte. Wer diese dran ließ, mußte also ein Sympathisierender, wenn nicht gar Genosse sein. Am nächsten Tage behielt ich die Tür zum Geheimkabinett fest im Auge und suchte unter Vorschützung einer bekannten Krankheit jedesmal nach Benutzung durch einen Kollegen den abengenannten Raum auf. Das erste Mal: „Aha! Et hängt noch alles!" Wer war drauf? Gemerkt! Das zweite Mal: „Et hängt noch alles!" Wer war drauf? Gemerkt! Das dritte Mal: Alles ab. Aha! Das war keiner von denen, mit denen ich Freundschaft suchen mußte.

So trieb ich es einige Tage lang, und in diesen Tagen lernte ich sie alle bis aufs Herz kennen.

Ich mischte mich ins Gespräch zwischen Kollegen, die ich schon heimlich zu Genossen rechnete, um sie weiter auszuhorchen, und siehe: Da hatte ich den ersten, der mir sein Mitgliedsbuch zeigte. Jetzt arbeiteten wir Hand in Hand, nahmen die Kollegen einzeln vor, bearbeiteten sie, wie man sie in solchen Fällen bearbeiten muß — und der Erfolg war verblüffend. Nicht weniger als acht Genossen fanden sich in dem Betriebe zusammen, und sie erklärten mir alle, daß einer dem anderen mißtraute. Keiner wagte es, den Versuch zur Gründung einer Zelle zu unternehmen. Jetzt „steht" sie.

Wir freuen uns unseres Erfolges, und wenn wir uns auch im Betriebe nicht allzu mausig machen dürfen, von wegen „Straßenpflaster und so", haben wir doch durch Gespräche auf dem Nachhausewege schon manchem Kollegen über die verräterische Politik der WSPD., über das schamlose Vorgehen der Unternehmer und die unwürdige Behandlung durch die Meister die Augen geöffnet. Wir können bevorstehenden Lohnkämpfen mit Ruhe entgegensehen und sind überzeugt, daß unsere Arbeit und Mühe nicht umsonst gewesen ist, zumal acht kräftige Stimmen bei einer Belegschaft von 50 Mann in Betriebsversammlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen.

Er.

Das wahre Gesicht der Unternehmer

Was im Metallwerk B. Rudolf & Co. in Allstedt geschah

Wegen Nichtanerkennung des Manteltarifs war die Belegschaft der Firma B. Rudolf & Co., Metallwerk, in den Streik getreten. Die Forderungen der Belegschaft waren Beibehaltung der achtstündigen Arbeitszeit, 48 Pf. Stundenlohn in der Spitze, rückwirkend zahlbar vom 6. April 1924. Am 11. April erklärte sich die Firma bereit, die ersten beiden Forderungen anzuerkennen, lehnte aber die Nachzahlung unbedingt ab. Eine Abstimmung betreffs Arbeitsaufnahme ergab 104 Stimmen für und 96 dagegen. Als Herr B. Rudolf erfuhr, daß die Belegschaft auf ihre dritte Forderung verzichten wolle, schwoll ihm der Kamm und er ließ der Belegschaft wissen, daß er seine anfänglich gemachte Zusage zurückziehe und den Manteltarif anerkenne. Warum, war leicht zu erraten. Im Manteltarif ist bekanntlich die **neunstündige Arbeitszeit festgelegt**, durch die Schuld der Gewerkschaftsbureaukratie, die kampflos den Achtstundentag preisgegeben hat. Leider hat die Belegschaft den Wünschen des Unternehmers nachgegeben und sich zur Annahme dieses Kompromisses, somit zur Aufgabe des Achtstundentages, verleiten lassen, anstatt mit aller Kraft ernsthaft den Kampf um ihre Forderungen zu führen. Die Quittung für ihr schlappes Verhalten wird nicht lange auf sich warten lassen. **Gebrandmarkt werden muß das Verhalten des Gewerkschaftsangestellten Sauer (SPD.) von der Zahlstelle des DMV., Artern,** der für das Zustandekommen dieses schändlichen Kompromisses alles getan hat, was in seinen Kräften stand. Seine Entwicklung von der SPD. — USPD. zur KPD. und zurück zur SPD. spricht Bände!

Am 18. Juni ist, was vorauszusehen war, eingetreten. Der arbeitnehmer„freundliche" Herr Rudolf hat der Belegschaft aus Dankbarkeit für das Schlucken des Neunstundentages, wissen lassen, **daß ab 23. Juni 168 Mann (?) entlassen werden und der Rest zehn Stunden arbeiten muß.**

Es ist an der Zeit, daß die Belegschaft aus dem Vergangenen die Lehre zieht und nunmehr gegen diese erneuten Willkürmaßnahmen ihres Herrn Unternehmers unverzüglich den Abwehrkampf organisiert und trotz der verräterischen Gewerkschaftsbureaukratie **weitere Verschlechterungen verhindert, den Achtstundentag sich zurückerobert** und die **Weiterbeschäftigung aller Entlassenen erkämpft.** Weiter ist notwendig, daß endlich das Heer der organisationslosen Männer und Frauen im Betrieb verschwindet. Organisiert Euch Kollegen in den freien Gewerkschaften, stellt Euch an die Seite der Opposition, helft mit, die Gewerkschaften zur Kampfesorganisation zu bringen. **Organisiert Euch aber auch politisch in der KPD., als einzige bestehende Arbeiterpartei, die gewillt ist, den Kampf um die Macht im Staate und der Wirtschaft zu führen.**

Kollegen, hinein in die proletarische Kampffront!

Schafft Euch schleunigst eine arbeitsfähige Betriebszelle!

Ein Kollege des Metallwerks.

Die Rote Hilfe

leistete im Monat Mai in 1800 Fällen Rechtsschutz. Ueber 2000 Frauen und 3000 Kinder der Inhaftierten erhielten Unterstützung.

Die Rote Hilfe

braucht noch viel Geld!

Denn immer neue Opfer der Klassenjustiz verlangen ihre Hilfe.

Deshalb sammelt für die politischen Gefangenen!

Schuhfabrik Sonntag & Franke, Delitzsch

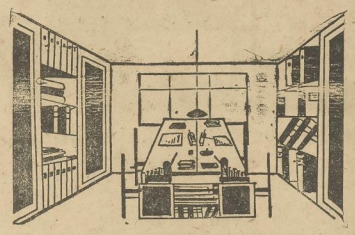
Unsere Sozialdemokraten!

Wie ernst es die Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft meint, beweisen einige Beispiele aus unserer Fabrik. Infolge Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Betriebsratsmitgliedern, die alle der DVSPD. angehören, legten einige davon ohne Sang und Klang das Amt nieder und legten dadurch den ganzen Apparat lahm. Erst einige Zeit später gelangte die Sache, durch einige Zwischenfälle, zur Kenntnis eines Genossen, der dann der Belegschaft klar machte, daß sie ohne jegliche Betriebsvertretung sei. Selbiger setzte sich nun mit dem alten Betriebsratsvorsitzenden in Verbindung und berief mit diesem zusammen eine Belegschaftsversammlung ein. Diese Versammlung wurde nun wiederum von der VSPD. sabotiert und als kommunistischer Sprengungsversuch usw. hingestellt. In der von zirka 30 Mann besuchten Versammlung wurde beschlossen, sofort eine Neuwahl vorzunehmen. Ein VSPD.-Stadtverordneter wurde mit der Durchführung der Wahl beauftragt und trotzdem bereits schon wieder sechs Wochen verstrichen sind, ist weder eine Liste aufgestellt worden, noch hört man etwas von der Betriebsratswahl. Also wer sich auf die VSPD. verläßt, ist verlassen genug.

Ein zweiter Fall. Anläßlich des Stahlhelmüberfalles auf den „Lindenhof" wurde für die Opfer eine Sammelliste des Gewerkschaftskartells herausgegeben mit folgender Ueberschrift: **Uebt Solidarität und gebt reichlich für den ermordeten Arbeiter Krell und Genossen.** Die VSPD. lehnt eine Beteiligung an der Solidaritätsaktion, die uns selbstverständlich erscheint, mit den Worten ab, „für Frau Krell wollen wir gerne sammeln, aber nicht für die Genossen" und „das Geld bekommen wohl die jungen Schnösels, die im Gefängnis sitzen." Es sind ja noch weitere derartige Aussprüche gemacht worden, aber ich glaube schon die beiden oben angeführten genügen, um auch dem indifferentesten Arbeiter zu zeigen, was für große Arbeiterfreunde die Sozialdemokraten sind. Das Wort Genossen bringt diese sogenannten Vorkämpfer der Arbeiterschaft schon in Hitze und man wird nächstens dazu übergehen und die VSPD. nach dem Stahlhelmrezept mit Kameraden anreden müssen. Wenn man auch behauptet, für Frau Krell würde man gerne sammeln, so ist diese Behauptung nur eine Phrase und ein geschickt vorgehängtes Mäntelchen, um die Arbeiterfeindlichkeit der VSPD. zu verbergen. Darum, Arbeiter, macht endlich die Augen auf und seht Euch diese Schädlinge der Arbeiterschaft richtig an und dann werdet auch Ihr klar erkennen, daß nicht die mit den Unternehmern paktierenden Sozialdemokraten, sondern nur die Kommunisten Euch richtig vertreten.

Aus dem Lugau-Oelsnitzer Revier

Ein Genosse schreibt uns: Wie bekannt, ist bei uns der „Kämpfer" als einziges Kampforgan durch den sozialdemokratischen Minister Müller verboten worden. Die Gründe sind die üblichen. Diese Methoden gehören zum Handwerk dieser Sorte ehemaliger Arbeiterführer. Aber in 70 Prozent von Versammlungen wurden unsere Resolutionen, die gegen das Zeitungsverbot protestierten, auch von den anwesenden SPD.- und Bergarbeiterverbandsleuten angenommen. Im Bergarbeiterverband ist natürlich allerlei faul. Das Vorstandsmitglied Balke empfahl in einer Konferenz für beide Reviere, die **nur aus Verbandsfunktionären zusammengesetzt war,** die Annahme des am Donnerstag, dem 12. Juni, gefällten Schiedsspruches. Also genau wie in Westfalen.



Als er aber merkte, daß die weit überwiegende Majorität **gegen** die Annahme des Schiedsspruches war, versuchte er, um die Hiebe, die es gesetzt hätte, zu verhindern, den Schiedsspruch abzulehnen. Und hier scheint der Hase im Pfeffer zu liegen.

Die Bonzen wollen keinen Klassenkampf, sie reden nur radikal, und zwar deshalb, um das Prestige zu retten und die Arbeiterschaft zu täuschen.

Das war bei den aufgeklärten Bergarbeitern schon lange die Ansicht.

Die größeren und kleineren Bonzen im hiesigen Revier erklärten, als sie von uns in die Enge getrieben wurden: Man würde schon noch die übrigen Reviere, wie z. B. Mitteldeutschland (!) und Niederschlesien (!) im geeigneten Augenblick, wenn es die Lage erfordere, als Reserven in den Kampf werfen. Dies erklärte man einen Tag vor der Annahme des Schiedsspruchs in Westfalen! Vor Tisch redet man so und nach Tisch wieder anders. Aber trotz alledem steht alles noch mit einer ausgezeichneten Disziplin im Kampfe, wie ihn die sächsische Bergarbeiterschaft noch nicht erlebt hat. Die IAH. hat kräftig eingesetzt, indem sie Lebensmittel verteilt. Auch wird durch sie in den weitaus meisten Ortschaften unentgeltlich Mittagessen jeden Tag verteilt. Die Stadt Limbach hat z. B. schon zum dritten Male 2000 Brote an die kämpfenden Bergarbeiter ausgeben lassen.

Auch sind dank der IAH. annähernd 2000 Kinder der Ausgesperrten an Arbeiterfamilien nach auswärts verteilt worden.

Die Unternehmer haben alles mögliche versucht, die öffentliche Meinung zu vergiften. Man merkt in der Bergarbeiterschaft, was dahinter steckt. Die Streikposten erfüllen exakt ihre Pflicht. Auf der einen Seite der Straße stehen die Sipoposten, aber gegenüber stehen die Streikposten. Mehrere Zwischenfälle mit der Sipo sind vorgekommen. Die Empörung über die „schlagenden Grünen" wächst von Tag zu Tag mehr. Viele Arbeitswillige haben, da Reden nichts geholfen hat, „Saures" zu kosten bekommen. Seitdem hat die Zahl abgenommen. **Trotzdem mag die Bergschulen und Akademien zwecks Streikbrecherei geschlossen und die Insassen beurlaubt hat,** ist bis zur Stunde noch nicht das eingetreten, was die Unternehmer gewünscht haben. Also alles in allen: Stimmung und Haltung ausgezeichnet.

Der junge Mann des Stinnes

Im Werk Zeij der Firma Hugo Stinnes herrscht ein Direktor König (nach ungekrönt), dessen übliche Meinungsäußerung Arbeitern gegenüber lautet: „Der Mann muß mit zwei Mark bestraft werden." Ueberhaupt verkehrt der Herr mit den Arbeitern nur im schlimmsten Schnauzton. Kommunisten kann er natürlich nicht riechen, besonders dann nicht, wenn diese KPD.-Versammlungen besuchen, worin zum Bergarbeiterstreik aufgefordert wird. Der König setzt dann alles daran, um zu erfahren, wer solche Versammlungen besucht hat. Endlich ist es ihm auch einmal geglückt, zwei solche Arbeiter zu entdecken. Natürlich konnte deren Verbrechen nur mit Entlassung gesühnt werden. Prompt wurden dann auch alle beide glatt hinausgeschmissen. Allerdings nicht, weil sie in einer kommunistischen Versammlung gewesen sind — **das wagen die Herren nicht in die Papiere zu schreiben** —, sondern wegen irgendeiner anderen nichtigen Ursache.

Ein getreuer Adjutant seines Königs war bisher auch Werkmeister R. Er glaubte sich immer im Besitz der größten Sympathien der Hugo-Stinnes-Direktion. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten, und die Kündigung kommt recht schnell. Dies hat auch der brave Werkmeister erfahren müssen. Warum — wissen wir nicht; jedoch können wir beschwören, daß er noch nie eine KPD.-Versammlung besucht hat. — Bedauerlich ist nur, daß bei der Belegschaft der Firma nicht die nötige Einigkeit herrscht; sonst könnten sich die ungekrönten Könige dort ihr anmaßend freches Auftreten nicht erlauben.

Betriebszelle Haaßengier

Am Montag, dem 2. Juni, wurde bei der Firma Haaßengier (Metall- und Eisengießerei) in einer gutbesuchten Belegschaftsversammlung eine Zelle gebildet. Die Stärke der Belegschaft, einschließlich der Lehrlinge, beträgt 54. Stärke der Betriebszelle 28 Genossen. Auch die Lehrlinge sind im Begriff, eine Zelle zu bilden.

Die Betriebszelle hofft, in der nächsten Zeit sämtliche Belegschaftsmitglieder in ihren Reihen zu vereinigen.

Wie Maschinisten und Heizer ausgebeutet werden

Die Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern"

Diese Mitteilung verdanken wir einem Ausflügler, der die „Stern"-Dampfer kürzlich benutzt hat. Die Verhältnisse sind bei der Firma unerhört schlecht. Es ist notwendig, daß auch über andere Schiffahrtsgesellschaften berichtet wird, um die skandalösen Zustände, die nicht vereinzelt sind, anzuprangern. Red.

Die **Spree-Havel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern", Alt-Stralau,** zahlt einem Maschinisten oder Schiffsführer pro Woche 30 Mk. brutto, nach erfolgten Abzügen gehen also die Leute mit 26 Mk. nach Hause. Dafür müssen sie täglich der Gesellschaft zur Verfügung stehen, und zwar fast ohne Ausnahme **16 bis 18 Stunden,** sie erhalten **nicht einen freien Tag.** Für dieses geringe Geld muß nun der Maschinist in dem heißen Maschinenraum Tag für Tag seinen verantwortungsvollen Dienst tun, denn er hat stets die Verantwortung für Hunderte von Menschenleben auf sich. Aehnlich geht es natürlich dem Schiffsführer, nur daß er einen angenehmeren Aufenthaltsort hat. Bedauernswert ist auch der Heizer, der mit 20 Mk. pro Woche (brutto) abgefertigt wird.

Die Einnahme der Gesellschaft schätze ich im Durchschnitt auf zirka 1000 Mk. pro Tag und pro Dampfer, und mit diesen äußerst geringen Löhnen — unter den erbärmlichsten Bedingungen — speist sie ihre Angestellten ab. Man versetze sich einmal in die Lage: Diese unendlich lange Arbeitszeit, nicht einen freien Tag während des ganzen Sommers für sich, die große Verantwortung und zu alledem der miserable Lohn. Diese Leute müssen doch gar nicht mehr wissen, daß sie Menschen sind; jedem Arbeitstier geht es weit besser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0008

275 Stimmen gleich 10 Sitze, dagegen die Liste II Wolf (Schulfortschritt) 238 Stimmen gleich 12 Sitze. In den Baracken haben von rund 700 Wahlberechtigten 335 ihrer Wahlpflicht genügt. Es entfielen auf Liste I Stophan (Schulfortschritt) 204 Stimmen gleich 7 Sitze, dagegen auf Liste II Etzold (christlich-unpolitisch) 130 Stimmen gleich 5 Sitze. In der Mädchen-Volksschule wurden von rund 2400 Wahlberechtigten 822 Stimmen abgegeben. Es erhielten Liste I Etzold (christlich-unpolitisch) 379 Stimmen gleich 12 Sitze, die Liste II Reuter (Schulfortschritt) 443 Stimmen gleich 14 Sitze. Die weltliche Schule hat also in Zeitz auf der ganzen Linie den Sieg. Über die Christlich-Unpolitischen davongetragen. Die Wahlbeteiligung war in allen Schulen eine sehr mäßige, knapp 33 Prozent der gesamten Eltern haben ihrer Wahlpflicht genügt.

Zeitz. Kindertransport der IAH. 40 Kinder unserer ausgesperrten Genossen in Oberschlesien trafen am Sonntag in Zeitz ein. Viele Genossen und Genossinnen hatten sich zum Empfang am Bahnhof eingefunden. Die Kinder sind alle in gute Pflege gekommen. Den Genossen, die bei der Verteilung leer ausgehen mußten, zur Beruhigung, daß in den nächsten Tagen ein weiterer Transport Bergarbeiterkinder in Zeitz eintrifft. Spenden für unsere kleinen Freunde aus Oberschlesien, in Form von Kleidungsstücken usw. nimmt das Ortskomitee der IAH., Liebknechtstraße 4, entgegen.

Mansfeld-Sangerhausen

An alle Ortsgruppen des Mansfelder Seekreises!

Die Ortsgruppen werden ersucht, das Rundschreiben Nr. 1 so schnell wie möglich zu beantworten. Es müssen aber auch die ersten Abrechnungen der „Roten-Hilfe"-Marken vor sich gehen. Wer dies nicht tut, verstößt gegen die Partei.

Die Kreisleitung der KPD.

Hedersleben. Für einen Hundelohn die „Schnauze" halten! Der Großagrarier Weitzel hat wirklich einen gediegenen Gutsinspektor. 35 bis 40 von der Mansfeld A.-G. brutal auf das Straßenpflaster geworfene Arbeiter versuchten ihren Lebensunterhalt durch Landarbeit zu fristen. Sie fanden auch bei Weitzel Beschäftigung; dafür erhielten sie außer dem Mittagessen für zwölfstündige Arbeit täglich sage und schreibe **1,75 Mark.** Ueber das famose Mittagessen gab es ständig Klagen. Dann war den Arbeitern auch „gute Behandlung" zugesichert worden. Bedingung war, daß die Arbeiter die „Schnauze" halten und national, nicht international sein müßten. Dagegen protestierten die Arbeiter natürlich, und sie langen bei jeder Gelegenheit (zum Frühstück, mittags und abends) die „Internationale". Das fuhr dem Herrn Hakenkreuzler gewaltig in die Nase. Worte fielen, wie: „Wenn Ihr Kommunistenpack die Schnauze nicht haltet, dann passiert etwas!" Dann wieder: „Hier auf unserem Hofe regiert nur der Stahlhelm und nicht der Sowjetstern!" „Ihr seid nur wegen Faulheit von der Mansfeld A.-G. entlassen" usw. Das war selbst einem Wehrwolf-Mann zu viel. Als er bemerkte, daß solche Ausdrücke zu weit gingen und dagegen protestiert werden müsse, sagte der Herr Inspektor: „Solche Leute wie Sie können wir im Wehrwolf nicht gebrauchen; ich werde dafür sorgen, daß Sie am längsten im Wehrwolf waren." Es war selbstverständlich, daß die Arbeiter nach all diesen Vorgängen die Arbeit verließen. Arbeiter, Ihr seht, daß die im Stahlhelm, Wehrwolf und Jungdo organisierten Leute unter der Knute der „Brotgeber" stehen. Freie Arbeiter lassen sich eine solche Behandlung nicht gefallen. Auch die Faschisten müssen einsehen, daß sie auf solchem Wege nicht vorwärts, sondern rückwärts in Sklaverei kommen. Alle Arbeiter müssen den Kampf aufnehmen gegen ihre Peiniger und Ausbeuter.

Sangerhausen. Schwarzrotgoldene „Arbeiterwohlfahrt". Nachdem das Kartell zerschlagen worden ist von den reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten, nachdem die tapfere SPD. einen Bund „Republikanischer Holzhelm" (genannt Reichsbanner Schwarzrotgold) gegründet hat, soll jetzt „Arbeiterwohlfahrt" betrieben werden. So war am 13. Juni im „Schützenhaus" ein Abend arrangiert zum Besten der Arbeiterwohlfahrt; Konzert und turnerische Darbietungen waren das Programm. Der Besuch war natürlich ein schlechter, da man ahnte, wer die Veranstalter waren. Die stolz auf der Brust getragenen Vereinsabzeichen ließen auch erkennen, wes Geistes Kinder diese Leutchen sind. Die „Naturfreunde" retteten den Abend insofern, als wenigstens ein Sprechchor zur Aufführung kam (Proletarier erschlagen). Zaghaft ertönte der gemeinsame Schlußgesang der Internationale. Die Sangerhäuser Arbeiter müssen den Herrschaften die richtige Antwort geben, die da glauben, zur Rettung der SPD. vor dem Untergang „Arbeiterwohlfahrt" unter rein bürgerlicher Einstellung betreiben zu können. Für eine solche „Arbeiterwohlfahrt" danken die Arbeiter bestens. Sie wird nach wie vor die Kommunistische Partei unterstützen, die, frei von jeder bürgerlichen Einstellung, einzig und allein die Interessen der Arbeiterklasse vertritt. Die SPD. lockt mit ihrer neuesten „Arbeiterwohlfahrt" keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Das hat der erste Versuch deutlich bewiesen. Der nächste Versuch wird einen noch größeren Reinfall bedeuten.

Kelbra. Sozialdemokratische Roßtäuscherpolitik. Unser letzter Artikel im „Klassenkampf" über die verräterische Rolle der Sozialdemokraten in den beiden letzten Stadtverordnetensitzungen hat diese braven Spießbürger nicht ruhig schlafen lassen. Anscheinend hat diese Partei einen nunmehr stellungslos gewordenen Pöstchensucher als Artikelschmierer angenommen, denn sie selbst sind bei solchen Sachen wie der bekannte Elefant im Porzellanladen. Wir haben keine Ursache, auf die Schimpfereien des SPD.-Fritzen einzugehen. Aber feststellen müssen wir, daß er nicht eine einzige von uns geschriebene Tatsache widerlegt, weil sich eben Tatsachen nicht widerlegen lassen. Auf eins müssen wir aber noch eingehen. Der Schmierfinke schreibt: „Die VSPD. erhob Anspruch auf zwei Sitze im Magistrat." O, dieser Gernegroß! Drei Posten sind nur zu besetzen und davon will die Zweimännerfraktion der SPD. zwei besetzen. Ihre Unverschämtheit kannte keine Grenzen; sie machte der KPD. den Vorschlag, die fünf kommunistischen Stadtverordneten sollten für den sozialdemokratischen Vorschlag zum Beigeordneten stimmen! Dieses Kompromiß mußte die KPD. ablehnen, denn für uns ist die SPD., und vor allem die Kelbraer, eine kleinbürgerliche Spießerpartei. Es ist gleich, ob ein Bürgerlicher oder ein Nationaldemokrat zum Beigeordneten gewählt wird, denn im Grunde genommen verfolgen sie alle beide eine Politik: Aufbaupolitik zugunsten des kapitalistischen Staates auf Kosten der Arbeiterschaft. Trotz aller Roßtäuscherkniffe bleiben folgende Tatsachen bestehen: 1. durch die Stimmenthaltung der SPD. wurde ein Bürgerlicher zum Beigeordneten gewählt; 2. zum Dank dafür stimmten die Bürgerlichen für den sozialdemokratischen Wahlvorschlag; 3. die sozialdemokratische Fraktion lehnte die Pachtermäßigung für diejenigen städtischen Ländereien ab, die ausschließlich im Besitz von Arbeitern sind; 4. der Sozialdemokrat Mosebach lehnte die Ermäßigung der Miete im Armenhaus ab usw. Wir wollen uns nun geduldet bis zur nächsten Gelegenheit. Anprangern möchten wir noch, daß die Leichenfledderer vom „Volksblatt" dies nicht früher veröffentlicht haben, sondern ausgerechnet zur Zeit des „Klassenkampf"-Verbotes, und zwar erst 14 Tage nach der Sitzung.

Kelbra. Ein jeder blamiert sich so gut er kann! Was hatte man doch nicht alles mit den Kelbraer Kommunisten vor, eine ganze Serie von Hochverratsprozessen waren eingeleitet und alles mußte aufgegeben werden. Den fettesten Happen gedachte man im „Freiheit"-Prozeß zu schnappen. Aber gerade hier hat sich die Justiz am meisten lächerlich gemacht. Anfänglich Hochverrat, dann „Vergehen" wegen Flugblattverbreitung. Und das Ende vom Lied: Die Genossen Karl Weißbarth (Kelbra) und Karl Weißbarth (Thüringen) sind mit je 110 Mark verknackt worden. Gegen die Strafe ist Berufung eingelegt worden; der Staatsanwalt soll sehen, daß es ein Schlag ins Wasser war.

Roßla. Haß und Rache bis ins Grab! Dies scheint die Losung des Pfarrers Holzhausen aus Roßla zu sein. Als letzthin Genosse Gerlach zur letzten Ruhe getragen wurde, ließ es sich natürlich auch die Kommunistische Partei nicht nehmen, ihren Genossen zum Grabe zu begleiten. Die hatte dem toten Genossen, der immer seinen Mann in der Bewegung gestanden hatte, einen großen Kranz mit roter Seidenschleife gewidmet. Nach der allgemeinen Sitte wollten die Genossen des Toten mit diesem Kranz vor dem Sarge hergehen. Doch der Pfarrer erklärte kategorisch: **„Wenn der Kranz mit der roten Schleife vor dem Sarge getragen wird, dann gehe ich nicht mit und spreche auch nicht am Grabe!"** Weiter sagte er zu unseren Genossen: **„Ich habe gehört, daß Sie am Grabe sprechen wollen; ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich Polizei zur Verfügung habe!"** Um die Beerdigung nicht zu stören, trugen die Genossen den hochverräterischen Kranz hinter dem Sarge. Anstandslos stolperte dann der Herr Pfarrer hinter der blutroten Fahne des deutschen Eisenbahnerverbandes her. Am Grabe konnte es sich der Hüter der christlichen Lehre nicht verkneifen, den Kommunisten einige versteckte Hiebe zu versetzen. Wenn dieser Herr aber geglaubt hatte, er könne Kommunisten durch Drohung mit der Polizeigewalt einschüchtern und von ihren Pflichten abhalten, so hatte er sich doch stark geirrt. Genosse Fiedler sprach am Grabe dem toten Genossen die letzten Abschiedsworte. Für die Roßlaer Arbeiterschaft muß aber auch dieses Begräbnis eine Lehre sein. Sie muß sich freimachen von dieser kirchlichen Heuchelei, sie muß dem Auftreten der Diener Gottes den Kirchenaustritt entgegensetzen.

Bitterfeld-Delitzsch

Bitterfeld. Eine Stadtverordnetensitzung findet heute abend ½7 Uhr statt, worauf die Arbeiterschaft aufmerksam gemacht wird. In dieser Sitzung sollen die Stadträte gewählt werden. Unser Berichterstatter teilt uns mit, daß er über die letzte Stadtverordnetensitzung bis jetzt nicht berichtet habe, weil er sich in dieser Sitzung krank gelacht habe. Warum denn? =

Bitterfeld. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne beginnt unter Leitung eines im Samariterwesen erfahrenen Genossen, da laut Beschluß der hiesigen Aerzteschaft sich kein Arzt der Kolonne zur Verfügung stellt, am Donnerstag, dem 26. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant „Bürgergarten", einen dreimonatigen Ausbildungskursus in der ersten Hilfe bei Unglücksfällen. Für Frauen und Mädchen ist außerdem bei genügender Beteiligung ein Hauskrankenpflegekursus geplant. Arbeiter, Arbeiterinnen und Frauen von Bitterfeld und Umgebung, beteiligt Euch an den Ausbildungskursen Eurer Wohlfahrtsorganisation und erscheint zahlreich am 26. Juni, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten".

Bitterfeld. Oeffentliche Volksversammlung. In einer am 20. Juni im „Bürgergarten" von der Kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Volksversammlung sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Benkwitz (Zeitz) über die politische Lage, das Sachverständigengutachten und den Arbeiterkongreß. In klaren, scharfen Worten schilderte er die äußere und innenpolitische Lage und wies an Hand des Sachverständigengutachtens nach, in welch ernster Gefahr die Arbeiterschaft Deutschlands sich befindet. Er forderte die Arbeiterschaft auf, endlich aus ihrer Passivität herauszutreten und dafür zu sorgen, daß der Offensive des Unternehmertums die ungeheure Kraft der Arbeiterschaft entgegengesetzt wird. Das kann nur geschehen, wenn jeder Arbeiter mit allen Mitteln dahin strebt, daß der 29. Juni in Leipzig eine ungeheure Heerschau der deutschen Arbeiterschaft wird.

Wittenberg-Schweinitz

Noch einmal „Gewerkschaftszerstörer"

Aus Wittenberg ist uns während der Verbotszeit folgende Notiz zugesandt worden:

In Nr. 23 des „Proletarier", Organ des Fabrikarbeiterverbandes, befindet sich ein Artikel, der von jemand geschrieben wurde, dem der in der Nr. 69 des „Klassenkampf" erschienene Artikel „Gewerkschaftszerstörer" anscheinend auf die Nerven gefallen ist. Der Schreiber behauptet, daß die Zahlstelle Wittenberg des Fabrikarbeiterverbandes durch die kommunistische Zellentätigkeit so weit geschwächt sei, daß ein Angestellter abgebaut werden müsse. Wir bezeichnen den „Proletarier" so lange als gemeines Verleumderorgan, bis uns der Beweis für eine derartige Behauptung erbracht worden ist. Das fehlt allerdings gerade noch, den Kommunisten die Schuld in die Schuhe zu schieben, die bisher mit wenigen Ausnahmen allein die ganze Arbeit in der Zahlstelle geleistet haben, denen es ausschließlich zu verdanken ist, daß es heute überhaupt noch eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes in Wittenberg gibt. Wenn es nach dem Hauptvorstand dieses Verbandes gegangen wäre, dann hätten wir heute nicht einen Angestellten abzubauen, sondern wir hätten schon lange überhaupt keinen mehr. Und wenn unser „kommunistischer" Angestellter der Genosse Hildebrandt nicht gewesen wäre, dann wäre die Organisation schon längst zum Teufel, weil er Abend für Abend, Sonntag für Sonntag alle die Bezirke kassiert, die Kollegen besucht hat, wo niemand hinging, vor allem aber die nicht, die so furchtbar „tüchtig" sein sollen, wie der SPD.-Mann Feustel, der nicht einmal, trotzdem er Zeit genug hatte, kassieren ging, weil er sich nicht mehr sehen lassen darf. Ja, das ist eben der schwerwiegende Grund, verehrter „Proletarier", Feustel hat hier in Wittenberg vollständig abgewirtschaftet, daß sein Bleiben eine schwere Schädigung der Organisation bedeuten würde.

Weiter wird die von uns aufgestellte Behauptung, der Hauptvorstand sei in Hannover genau so gegen Kommunisten vorgegangen, wie wir hier, als bewußt unwahr hingestellt. Nun, wir können ja deutlicher werden. Im September vorigen Jahres sollten zunächst im Hauptbureau Ausschlußanträge entlassen werden. Der Redakteur Prüll und der zweite Kassierer Niemeyer forderten die Kollegen auf, Unterschriften zu sammeln für die Forderung, daß kommunistische Angestellte zuerst entlassen werden müßten, da sie „Spione der KPD." seien. Allerdings lehnten diese Kollegen die Unterschrift ab. Am 23. Dezember wurde die Kündigung bei 6 von 13 gekündigten Angestellten zurückgezogen. Drei von diesen sechs, die übrigens alle SPD.-Leute sind, nämlich Möckel, Münstedt und Blume sind erst 1920 eingetreten, während Ehmer und Hagenbuch, 1919 eingetreten, gekündigt blieben, weil sie Kommunisten sind. Also — verehrter „Proletarier" —, wenn Du das noch nicht wissen solltest, dann erkundige Dich gefälligst erst und behaupte dann erst, der „Klassenkampf" bringe bewußte Unwahrheiten. Wir können noch mit mehr dienen, glauben aber, dem Tintenkuli des „Proletarier" für heute das Maul gestopft zu haben.

Wittenberg. Ein Opfer der Elbe. Beim Baden an der Kuhlache ertrank der Setzaner Martin Wiegand, Sohn der Lehrerswitwe Wiegand. Der Knabe, der des Schwimmens unkundig war, geriet jedenfalls in eine Vertiefung und versank in den Fluten, ehe ihm Hilfe gebracht werden konnte. Bisher ist es nicht gelungen, die Leiche zu bergen.

Piesteritz. Ruhrkinder in Piesteritz! In unserem Orte sind 53 Kinder aus dem Ruhrgebiete untergebracht. Als diese hier ankamen, standen ihnen die Tränen in den Augen; die neue Heimat kam ihnen fremd vor. Am anderen Tage, beim Begrüßungsabend, konnte man bereits freudige Gesichter sehen. Der Abend stand im Zeichen praktischer Solidarität. Viele Kinder waren bereits neu eingekleidet und hatten sich schon eingelebt. So konnten sich die Begleiter aus dem Ruhrgebiet schon überzeugen, daß ihre kleinen Genossen hier eine gute Aufnahme gefunden haben, was von ihnen auch in den Ansprachen zum Ausdruck kam. Eine Genossin aus dem Ruhrgebiet schilderte die Lage der Arbeiterschaft dort. In den Arbeiterfamilien herrscht namenloses Elend. Es wurde den Ruhrgenossen versichert, daß versucht werden soll, noch mehr Kinder unterzubringen, worüber diese höchst erfreut waren. Die Pflegestellen stehen unter Kontrolle, um jedem Mißbrauch und schlechte Behandlung der Kinder vorzubeugen. — Die Kommunistische Kindergruppe Piesteritz sammelte in der Roten Hilfswoche 164 Mk. für die „Rote Hilfe".

Aus der Jugendbewegung

Jugendbewegung. Allen Genossen zur Kenntnis, daß der ehemalige Genosse Fritz Krech wegen Disziplinbruches aus der KJ. ausgeschlossen ist.

Delitzsch. Kommunistische Jugend. Mittwoch abend 8 Uhr findet im „Lindenhof" Mitgliederversammlung statt. Thema: Die Geschichte der Jugendbewegung. Referentin: Genossin Ecke. Die Mitglieder werden ersucht, vollzählig und pünktlich zu erscheinen. Sympathisierende können eingeladen werden.

Das Metall der Toten

74] Von Concha Espina

In diesem Augenblick biegt um die Ecke Jacobo Pmip, der etwas sehr Wichtiges in seiner Tasche sacht.

Pedro geht besiegt und wütend nach der anderen Seite ab in der Absicht, später zurückzukommen. Der Ingenieur begrüßt das Mädchen sehr freundlich und erschreckt sie mit einem langen, lüsternen Blick: in der Hand hält er einen Schild, das Bild eines Herzens . . .

José Luis hatte mit den Delegierten des Departements in Dite konferiert, und da ihm noch eine Stunde bis zur Abfahrt des Zuges blieb, begab er sich nach dem unruhigen Teil der Stadt, der über den Gruben lag, in dem sehnlichen Wunsche, das letzte Röcheln der sterbenden Arbeit zu vernehmen.

Der Marsch bot ihm einen eigenen, starken Reiz den intensiven Zauber des Uebergangs von der Chimäre zur Wirklichkeit; in diese mutige Herausforderung des nordetanischen Riesen durch die Arbeiterklasse legte Garcillán seine Dichterseele und seinen Stolz als Spanier. Der übermütig herausfordernde Anschlag, der das andalusische Volk auf den Bergen gegen die Industrie der Landstreuden zum Kampf rief, war zum Teil sein eigenes Werk.

Erschüttert stand er an der von dem furchtbaren Krebsgeschwür zerfressenen Corta, die sich zum Himmel öffnete wie ein ungeheurer wunder Mund, der um Gnade flieht.

In allen Furchen und Höhlen erhebt sich stampfende Bewegung: Menschen und Maschinen lassen das furchtbare Gebrüll ihres Kampfes mit dem Mineral ringsum erschallen, und der Schrei der zusammenpressenden Eisen bedroht die Hügel, erhebt sich zornig hallend bis zu den vom Atlier runzeligen Bergen, bis an die vom Winde geballten Wolken, in denen die Sonnenstrahlen sich brechen.

Plötzlich klingt ein leises freundschaftliches Zischen aus der mürrischen Feindseligkeit der Geräusche:

„Pst! . . . Pst!"

Er wendet den Kopf und sieht Carmen, die ein Stückchen hinter ihm geht und mit viel Anmut ein Bündel Kleider unter dem Arm trägt.

„Was machst Du hier so allein? Wohin gehst Du?" fragt er mit galantem Gruß.

Das Gesicht des Mädchens hellt sich auf.

„Ich gehe nicht, ich komme zurück", antwortet sie lächelnd.

„Nach Nerva?"

„Ja, nach Hause."

Sie legt einen geheimnisvollen Ton in ihre Worte, und der junge Mann fährt verwundert fort, sie auszuforschen, während das Mädchen sich höchlich über seine Neugier belustigt:

„Aber wo kommst Du denn her?"

„Eben von hier."

„Mit Gepäck und allem?"

„Wie Sie sehen."

„Ich verstehe Dich nicht."

„Es ist auch ein bißchen schwer."

„Ich habe Dich doch heute nachmittag selbst in Fanjuls Haus gehen sehen."

„Jawohl . . . und gleich nachher bin ich auf Reisen gegangen . . . um hier in die Sommerfrische zu gehen . . . wenigstens für sechzig Minuten, und sobald der Zug pfeift, fahre ich wieder in die Stadt."

„Ach geh, Du machst Dich über mich lustig!"

Aber das Mädchen macht kein lustiges Gesicht, sondern ein ganz sanftes und melancholisches, das José Luis entzückt.

Er bringt weiter in sie, ihm den Zweck ihres Ausfluges zu verraten. Das Mädchen läßt sich überreden und unterliegt dem Willen eines so liebenswürdigen Kavaliers, der sie mit bezaubernder Aufmerksamkeit behandelt.

„Also hören Sie, berichtet sie, „ich hatte mich heute morgen verpflichtet, einen Dienst bei Don Jacobo anzunehmen, das heißt, es war eigentlich meine Mutter, die es zusagte; und aus Furcht, daß es mir wieder leid werden würde, habe ich meine Sachen gepackt und bin losgegangen. Wir hatten etwas Geld im voraus bekommen und es wäre nicht anständig gewesen, sein Wort nicht zu halten. Als ich hier ankam, versicherte mir ein Kamerad meines Bruders, daß heute nachmittag der Generalstreik in den Gruben anfinge und die Dienstboten im Park heute abend die Arbeit einstellen würden. Ich wollte ihm nicht glauben und wollte die Zeit abwarten, um zu wissen, woran ich bin, als ich Sie plötzlich kommen sah. Da kam ich Ihnen nach, denn ich sagte mir: der Herr wird es am besten wissen . . . deshalb rief ich sie an."

Als sie merkt, daß sie sich widerspricht, überzieht heiße Röte ihr Gesicht; sie hat ihn gar nichts zu fragen, aber sie spricht so gern mit ihm! . . . Träumend irren ihre Blicke umher, während der junge Mann sie voll Bewunderung und Mitleid mit ihrer trübseligen Jugend ansieht.

„Ja", erwidert er, „Du hast gut daran getan, zu warten; der Ausstand beginnt jetzt, innerhalb weniger Minuten und erstreckt sich auch auf die Frauen. Wie schade, wenn Du Don Jacobo Dein Wort halten würdest!" Er blickt auf die Uhr und fährt bittend fort:

„Gehe nicht wieder nach Vista Hermosa! Du weißt nicht, was Deine Seele —, ja, nicht einmal, was Dein Körper wert ist; stirb lieber, ehe Du Dich verkaufst!"

Der helle Glanz ihrer Augen umwölkt sich.

„Ja . . . ja . . ." wiederholt sie bangen Herzens, von dieser mitfühlenden Teilnahme bewegt.

Und José Luis fügt ermutigend hinzu: „Wenn Du Dich selber sehen könntest! Bis auf Deinen Namen bist Du lostbar! Weißt Du, was er bedeutet?" — „Nein."

„Arabisch heißt er ‚Weinberg', lateinisch ‚Gedicht', spanisch ‚Blumengarten'. Carmen! Du bist eine Rose, ein Palmbaum, ein Kelch schäumenden Weins . . ."

Alarmsignale künden die Explosion an; das Zwiegespräch wird unterbrochen wie ein zarter Faden, den die Stimmen des Dynamits zerreißen, die zu hallen beginnen.

Die Täler und die von der ungeheuren Erschütterung durchdrungenen Berge leiden, als der Staub und das Gebrüll sie bis hinauf an den Himmelsbogen einhüllen. Carmen und José Luis bleiben zusammenschreckend in der Nähe einer Kasematte stehen, die erzittert und bald einstürzt.

Und als das betäubende Geprassel erlischt, bleibt noch eine dunkle Welle von Tönen in der Luft hängen: es sind die fürchterlichen Schritte des Todes.

Stumm und stolz kommen die Arbeiter aus der starren Wunde, gehen, nachdem sie die Waffen niedergelegt haben, durch die rotgefärbten Gänge und Löcher der Gruben und steigen mit befreit lachendem Herzen zu den Wegen des Lebens hinauf. Es ist wie ein roter Schaum, den die Kupfergerinnsel abschütteln: die Grube liegt im Sterben.

Totenstille breitet sich über die Corta und legt sich über die Landschaft; die Wolken neigen sich herab, wie um zu horchen; es ist, als sei hinter dem Gewölk ein in den seltsamen Frieden der Erde gespannt hinablauschendes Ohr verborgen: selbst der Regen bleibt im Raum hängen, ohne herabzufallen . . . (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0009

Politische Uebersicht

Die anhaltischen Landtagswahlen

(WTB.) **Dessau**, 23. Juni.

Bei den anhaltischen Landtagswahlen fielen durch die Reststimmen noch je ein Mandat der Deutschen Volkspartei, den Bodenreformern, den Kommunisten, den Völkischen und dem Hausbesitz Stadt und Land zu. Die Teilungsziffer betrug 4870. Demnach haben die einzelnen Parteien an Mandaten erhalten: Deutsche Volkspartei 6, Zentrum—, Bauernbund —, Wirtschaftspartei 1, Landbund 3, Völkisch 2, Deutschnational 4, Hausbesitz Stadt und Land 1, Demokraten 1, Bodenref. 1, Deutschsozial —, SPD. 13, Kommunisten 4.

Folterungen in Berlin

Zur Erpressung von Tschekageständnissen

(Eig. Drahtber.) **Berlin**, 23. Juni.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter kann es anscheinend nicht erwarten, bis sein alter Freund Severing mit dem Fuzzisten Zarres die KPD. verbietet. Es dauert ihm zu lange, bis durch den großen Monstreprozeß „einwandfrei" nachgewiesen wird, daß die KPD. „Bomben" und „Cholerabazillen" fabriziert, daher werden jetzt in den Gefängnissen „Geständnisse" erpreßt. In geradezu bestialischer Weise wurden mehrere Gefangene, die in Verdacht stehen, zur KPD. zu gehören, viehisch mißhandelt und gefoltert, um auf diese mittelalterliche Weise Geständnisse herauszuziehen.

*

Aber je schamloser die Gesellen der Richter und Genossen im ganzen Reiche sich als elende Lakaien der kapitalistischen Räuber demaskieren, um so mehr werden die Arbeiter, von Haß und Verachtung für sie erfüllt, ihren Mann stellen im Kampf gegen diese unerhörte Schmach und Schande. Und der Schrei der Gequälten und Mißhandelten wird auch den letzten Arbeiter zum Erwachen aufrufen.

Lauter und eindringlicher muß der Ruf erschallen:

Heraus mit den Gefangenen!

Nieder mit den Folterknechten!

Jeder Groschen, den der Prolet entbehren kann, er gehört unsern Klassenbrüdern in den Zuchthäusern und Gefängnissen der Ebert-Republik!

Gebt für die „Rote Hilfe"!

Die Meute hetzt

(WTB.) **Bayreuth**, 23. Juni.

Hier wurden die beiden Kommunistenführer Sonnemann und Puchtler verhaftet. Die Gründe, die zur Verhaftung Anlaß gaben, sind unbekannt.

Brauchen auch gar nicht erst bekanntgegeben zu werden. Die Tatsache allein, daß Arbeiter Kommunisten sind, genügt ja in Ebert-Deutschland vollständig, um sie einzukerkern.

*

(WTB.) **Ingolstadt**, 23. Juni.

Am Sonntag wurden hier eine Anzahl Kommunisten verhaftet, die an einer geheimen Versammlung teilgenommen hatten. Die Verhafteten sind unter dem Verdacht der Fortführung der verbotenen Kommunistischen Partei dem Richter übergeben worden.

In Bayern dürfen bekanntlich die Hakenkreuzbanditen sich nach Herzenslust austoben, politische Gegner „umlegen" und straflos Putsche inszenieren. Wenn aber Arbeiter eine harmlose Zusammenkunft haben, werden sie eingelocht. Zaristische Methoden.

Majestät Fritz ist unerbittlich

— gegen Proleten

Mannheim, 23. Juni.

Der vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik zu 13 Monaten Festung verurteilte verantwortliche Redakteur der Arbeiterzeitung, Genosse Reichleitner, wurde gestern zum Strafantritt abtransportiert. Strafaufschubsgesuche an Ebert und andere Instanzen hatten keinen Erfolg, sie werden nur bei Fazisten bewilligt.

Kommunistischer Wahlsieg

Bürgel (Thüringen), 23. Juni. Bei der gestrigen Gemeinderatswahl wurden vier Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und fünf Bürgerliche gewählt.

250000 neue Mitglieder der IAH.

Der Bundestag des Bundes schaffender Landwirte nahm auf seiner Tagung mit Sympathie Kenntnis von dem Hilfswerk der IAH. Er beschloß die praktische Zusammenarbeit mit der IAH. und zu diesem Zwecke seinen korporativen Beitritt; er ernannte einen Bundesgenossen als offiziellen Vertreter der 250 000 Mitglieder.

Massenkündigung in der Porzellanindustrie

(Eig. Drahtb.) **Freiberg**, 23. Juni.

Die Zweigstelle Freiberg der Porzellanfabrik Kahla hat für den 6. Juli ihrer gesamten Belegschaft wegen Absatzschwierigkeiten gekündigt. Der Betriebsrat der Fabrik hat nun in einer Eingabe an die Stadtverwaltung ersucht, beim Arbeits- und Wirtschaftsministerium dahin zu wirken, daß die Kündigung wieder aufgehoben wird, eventuell durch Zuwendung von Staatsaufträgen Abhilfe zu schaffen.

Aussperrung bei der Gewerkschaft Zukunft im Wurmrevier

(Eig. Drahtber.) **Frechen**, 23. Juni.

Sämtliche Lokomotivführer, Heizer, Baggerführer und Hilfsarbeiter auf Gewerkschaft „Zukunft" wurden ausgesperrt und fristlos entlassen.

Das erste Sowjetbudget ohne Fehlbetrag

In der „Prawda" wird es als ein Ereignis von großer wirtschaftlicher Bedeutung bezeichnet, daß der Haushaltplan für Juli-September 1924 ohne Fehlbetrag abschließe und daß zum erstenmal das Verkehrswesen, das 1922 140 Millionen und 1923 nach 40 Millionen Zuschuß erforderte, Einnahmen ergebe. Der Volkskommissar für die Finanzen, Sokolnikow, erklärte die Durchführung des Haushaltplan ohne Ausgabe von Papiergeld für durchaus möglich.

*

Während die kapitalistischen Staaten Europas unaufhaltsam dem Bankrott zueilen, hat sich die russische Wirtschaft bereits so weit konsolidiert, daß die Sowjetregierung das erste Budget ohne Fehlbetrag aufstellen kann. Für das russische Proletariat, das den Kapitalismus gestürzt, seine Ausbeuter zum Teufel gejagt hat, ist der Weg frei zum Aufstieg!

Proklamation der römischen Streikleitung

Rom, 23. Juni.

Die Streikleitung der Arbeiter Roms stellt in einem Appell an die Massen den Verrat der Reformisten fest, die mit den Bürgerlichen gemeinsam den Kampf der Arbeiter sabotierten. Trotzdem wurde der Generalstreik zu einer grandiosen Manifestation der proletarischen Energie. Die Streikleitung fordert die Arbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen und in den Massen die Parole der Einheitsfront über die Köpfe der Führer hinweg für eine entschiedene Aktion zur Errichtung einer Regierung der Arbeiter und Bauern weiter zu verbreiten.

Politische Notizen

Nach dem geistigen der finanzielle Bankrott

Das Münchener Hitler-Organ „Großdeutsche Zeitung", das vor einigen Tagen sein Erscheinen eingestellt hatte, hat jetzt den Konkurs angemeldet.

Siering, der zweite Hermes

Der Weinskandal des Ministers Hermes ist noch in Erinnerung. Jetzt meldet die Presse aus dem Hauptausschuß des Preußischen Landtages, daß gegen preußische Minister und Politiker der Vorwurf erhoben wird, sie hätten aus der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Geschenke erhalten. Siering (SPD.-Handelsminister) wehrte sich gegen die Veröffentlichung des Materials.

Gewerkschaftsbewegung

Richtigstellung eines infamen Schwindels

In der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse taugt eine Schwindelmeldung auf, wonach die kommunistischen Kassierer Jeffke und Lauhoff vom DMV. Essen sich der Unterschlagung von Verbandsgeldern schuldig gemacht hätten. Dazu erfahren wir:

Bereits vor sechs Wochen weilte ein Revisor vom Hauptvorstand des DMV. in Essen, um die gesamten Kassenverhältnisse gründlich zu prüfen. Die Richtigkeit der Kasse wurde offiziell von dem Revisor bestätigt und **ausdrücklich festgestellt, daß nicht nur keine Verfehlungen vorgekommen seien, sondern daß die Kassierer außerordentlich gewissenhaft und sorgfältig ihren Dienst versehen hätten.**

Inzwischen hat sich durch den Ausschluß des Bevollmächtigten Kischkat aus der KPD. eine Feinschaft entwickelt zwischen den mit Kischkat sympathisierenden und den treu zur KPD. haltenden Angestellten, zu denen auch Jeffke und Lauhoff gehören. Im Verlaufe dieser Auseinandersetzungen suchte sich Kischkat, da er die Mehrheit nicht für sich hatte, seiner Gegner zu entledigen und ihm genehme Leute in die Funktionen zu schieben. So wurde auf seine Veranlassung den Genossen Jeffke und Lauhoff wegen angeblicher Unfähigkeit mit der Frist von acht Tagen, statt, wie das Statut vorschreibt, mit einem Vierteljahr, gekündigt. Die Genossen legten Protest ein und galten bis zur Regelung der Streitfrage als beurlaubt. Dementsprechend, besonders aber unter Berufung auf die statutengemäße Kündigung von einem Vierteljahr, haben sie für sich für diese Zeit ihr Gehalt abgehoben. Das erklären jetzt Kischkat und Genossen als Unterschlagung. Auf ihr Betreiben hat der Hauptvorstand des DMV. die Genossen Jeffke und Lauhoff ausgeschlossen.

Es kann also in keiner Weise von Verfehlungen dieser Genossen die Rede sein. Im Gegenteil ist festzustellen, daß sie bisher ihre Funktionen im DMV. gewissenhaft, ehrlich und statutengemäß ausgeübt haben und daß auch ihre Gehaltsabhebung vollkommen gerechtfertigt ist.

Neues vom Tage

Unwetterkatastrophe in der Oberlausitz

(Eig. Drahtb.) **Zwickau**, 23. Juni. Am Sonnabend traten in der ganzen Oberlausitz schwere Gewitter, Hagelfälle, Wolkenbrüche und Stürme auf, die ein furchtbares, noch nicht übersehbares Zerstörungswerk an den heimgesuchten Orten verursachten. Häuser wurden eingeäschert, zu reißenden Strömen angeschwollene Dorfbäche spülten die Früchte heraus und schleppten die Heuernte fort. Bei Wilthen ist auch der Bahndamm der Strecke Dresden—Zittau zerstört. Die Papiermühle in Niederdorf wurde vollständig vernichtet. Trotz der wuchtigen Betonstahldecken sind die Mauern, der Mühlgraben und der Schuppen ganz eingerissen. Da die Gefahr noch im Steigen begriffen ist, ist von Bautzen Reichswehr zur Hilfeleistung abgegangen.

Das Unwetter in Mitteldeutschland. Im Dorfe Oschätzchen bei Liebenwerda schlug der Blitz in die massive Scheune des Gutsbesitzers Rohrbach, die mit reichen Vorräten, landwirtschaftlichen Maschinen usw. ein Raub der Flammen wurde. Das Wohngebäude konnte man schützen. — In Römsild entluden sich nach der „Dorfzeitung" ungewöhnlich schwere Gewitter. Wolkenbruchartige Regengüsse haben in den Gärten schweren Schaden verursacht. Auf den Feldern liegt stellenweise das Getreide wie hingemäht.

Schwerer Flugzeugunfall in Leipzig. Das von der Leipziger Luftschiffhafen- und Flugplatz-A.-G. am Sonntag auf dem Flugplatz in Mockau veranstaltete große Schau- und Sportfliegen nahm ein tragisches Ende. Bei den Vorführungen des bekannten Fliegerehepaares Fritz und Mia Schindler sprang Frau Schindler aus dem Flugzeug ab, ohne daß der Fallschirm sich entfaltete. **Frau Schindler stürzte aus etwa 200 Meter Höhe ab und blieb mit zerschmetterten Gliedmaßen liegen.** Noch lebend, aber besinnungslos wurde die Abgestürzte im Sanitätsauto in das nahegelegene Krankenhaus St. Georg eingeliefert, wo sie nach der Einlieferung starb. Eine vieltausendköpfige Zuschauermenge war Augenzeuge des Unglücks, dessen Ursachen bisher noch nicht ganz geklärt sind. Anscheinend hat sich Frau Schindler bei dem herrschenden unsichtigen Wetter in der Erdennähe verschätzt und ist aus zu geringer Höhe abgesprungen. Wie Augenzeugen berichten, hat der Fallschirm sich erst kurz über dem Erdboden entfaltet, ohne daß die Geschwindigkeit des Sturzes gemildert wurde. Mit furchtbarer Gewalt prallte die Flugkünstlerin auf dem Erdboden auf. **Ihr Ehegatte war vom Flugzeug aus Zeuge des Todessturzes seiner Frau**, ohne ihr Rettung bringen zu können. Die Flugveranstaltungen wurden sofort nach dem Unfall abgebrochen.

Liebestragödie in Dessau. In der Nähe des Tempels im Georgengarten wurde ein Liebespaar erschossen aufgefunden. Der Unbekannte hatte das Mädchen und dann sich selbst getötet. Es handelt sich um Personen im Alter von 25 Jahren, die aus Roßlau stammen sollen. Die Tat geschah bereits am Donnerstag.

Raubmörder in der Alphütte. Zwei Einbrecher versuchten in die „Bodenwies", eine Alphütte der Reitlinger Bauernalpe bei Linz (Oesterreich) einzudringen, um die Hütte auszurauben. Die Bewohnerin der Alm, die 16jährige Sennerin Anna Kerschbaumsteiner, wollte den Räubern entgegentreten; die Mörder warfen die Sennerin zu Boden und schnitten ihr den Hals durch. Dann raubten sie die Hütte aus. Die Sennerin wurde am anderen Morgen tot gefunden.

Vom Blitz getötet. In der Nähe von Bad Schinznach bei Aarau (Schweiz) schlug der Blitz in der Nacht in eine fahrende Mitrailleurkolonne ein. Eine Anzahl Leute und Pferde wurden getroffen und zu Boden geschleudert. Ein Fahrer blieb tot auf dem Platze, ein anderer wurde schwer verwundet.

Ein ganzes Dorf verschüttet. Nach einer Meldung aus Welevreden (Java) ist ein Dorf von 150 Einwohnern in der Gegend von Garoet durch einen Erdrutsch verschüttet worden. 20 Häuser und 40 Hütten wurden zerstört. Die Zahl der Opfer ist noch nicht festgestellt.

Arbeiter-Sport

Sportkartell Halle. Mittwoch, den 25. Juni, abends 8 Uhr, Kartellsitzung mit der „Volkspark"-Verwaltung im „Volkspark". Erscheinen aller Vereine ist Pflicht.

Freitag, den 27. Juni, abends 7 Uhr, auf dem Sandanger Viktoria 1. gegen Cröllwitz 1. (Brandt); Peißnitz, 7 Uhr, Giebichenstein 1. gegen Zichte 1. (Autem, Sportlust).

Postbezieher!

Gebt die Bestellung auf den „Klassenkampf" sofort auf, dann trifft er ab 1. Juli pünktlich ein.

Der Verlag.

Hausschuh-Woche!

Ich bringe in dieser Woche größere Posten Hausschuhe, Reiseschuhe, Schwesternschuhe zu besonders günstigen Preisen zum Verkauf

Aus meiner Preisliste:

1 Posten Dirndlschlüpfer mit Kordelsohle, nur Größe 40/42 . . . . . Mark **0,95**

Leder-Reiseschuhe in verschiedenen Farben mit Ledersohlen und gr. Pompon, desgleichen Herrengr. 4,90 Mark **3,90**

Feinfarbige Tuchpantoffeln mit Ledersohlen . . . . . Mark **2,50**

Randgenähte Schwesternschuhe großer Restposten, Größe 36/42 . . . . . Mark **4,90**

Braune Lederhausschuhe mit Ledersohle und Fleck . . . . . Mark **3,90**

Schwarze Sammet-Pumps mit 4 cm-Absatz, eleganter Abendschuh . . . . . Mark **5,90**

Herren-Lederhausschuhe in schwarz-braun, mit Fleck . . . . . Mark **5,90**

Braune Lederspangenschuhe Größe 27/30 Mark 5,90 Größe 23/26 Mark **4,90**

Friedrich Oehlschläger

nur Leipziger Straße 3

1975

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachm., außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus für Monat Juni 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,40 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg eGmbH., Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 35 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1066 48 Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 15 Pf. | Dienstag, den 24. Juni 1924 | 4. Jahrgang * Nr. 82-94

Flammenzeichen!

„Wir haben es nie verheimlicht. Unser Boden ist nicht der Rechtsboden, es ist der revolutionäre Boden. Die Regierung hat nun ihrerseits die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben. Sie hat sich auf den revolutionären Boden gestellt; denn auch der konterrevolutionäre Boden ist revolutionär."

Diese Sätze schrieb Karl Marx am 9. Dezember 1848 in der „Neuen Rheinischen Zeitung". Wie mit Peitschen geißelte er in diesem Artikel die preußische Feudalreaktion und die jämmerliche schwarzrotgoldene Bourgeoisie, die vor dem Militärsäbel des vierten Friedrich Wilhelm und seines Ministers Brandenburg kuschte. Die schwarzrotgoldene Bourgeoisie zog es damals vor, mit ihrem Gegner, dem schwarzweißen Agraradel Ostelbiens, zu paktieren, **weil sie zu feige war, für ihre politischen Ziele mit Blut und Leben auf der Barrikade einzustehen, und — weil sie die ersten Regungen des revolutionären Proletariats fürchtete und damals schon nach dem „starken Mann" jammerte.**

Heute regieren in Deutschland Söhne und Enkel jener schwarzrotgoldenen Jammerlappen.

Sie duldeten es, ja sie begrüßten es begeistert, als der Junker Bismarck ihnen den zur Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise notwendigen Einheitsstaat hinsetzte. Und in jahrzehntelangem schmierigen Feilschen quälten sie sich um politischen Einfluß auf diesen kaiserlich-scheinkonstitutionellen Staatsapparat.

Heute regieren sie frech und übermütig, nachdem sie im Verlauf des Bürgerkrieges im Winter 1918/19 der Arbeiter mit Hilfe von Verrätern aus den Reihen der revolutionären Arbeiter und Soldaten sich die Machtposition verschafften, die das revolutionäre Proletariat sich erringen wollte.

Dieser regierende Mischmasch, der nach Bedarf schwarzweißrot und schwarzrotgolden sich maskiert, ist nicht gern daran erinnert, daß er in jenen dunklen Novembertagen des Jahres 1918, als Karl Liebknechts Stimme das deutsche Proletariat zum Kampf rief und vom Osten Geschützdonner den Sturz der russischen Ausbeuterherrschaft verkündete, mit aschfahlem Gesicht, schlotternden Knien und nassen Hosen im Keller gehockt hat oder ins Ausland geflüchtet ist.

Die Feiglinge von damals sind die Herren von heute, sie schwingen die Fronvogtspeitsche und lassen sie niedersausen auf den Rücken ihrer Sklaven. Mit einem Wort: sie spreizen sich in Heldenpose und äffen Bismarck und den blutigen Kartätschenprinzen von 1848 nach.

Auch sie haben jetzt die Heuchelei des Rechtsbodens aufgegeben und sich offen als **Konterrevolutionäre schlimmster Sorte** entlarvt. Nicht erst seit heute. Die deutsche Bourgeoisie und ihre Lakaien versuchten, seit langem schon, unbemerkt hinter demokratischen Kulissen ihre reaktionären Ziele zu erreichen. In den letzten Tagen und Wochen jedoch haben sich Dinge zugetragen, die wie ein weithin leuchtendes Feuermal das soziale Schlachtfeld erleuchten und den ganzen demokratischen Plunder dieser Republik in Flammen aufgehen lassen.

Die Regierungen des Reiches und der Länder treffen Maßnahmen, die beweisen, daß das „Recht" und der „Rechtsboden" der bürgerlichen Gesellschaft nichts anderes sind als das Faustrecht des Mittelalters. Zur Reformationszeit marterte der deutsche Adel, der roheste der Welt, die gegen Not und Elend aufrührerischen Bauern. 1848 unterdrückte der altpreußische Feudalismus seinen Klassenfeind, die Bourgeoisie. 1924 will die deutsche Bourgeoisie, die feigste der Welt, ihren Klassenfeind, das Proletariat, auf dem Wege von „Recht und Gesetz", d. h. mit heimtückischer List und blutigem Terror, niederschlagen.

Das ist der Sinn der Epoche, die wir durchleben, das ist der Sinn der jüngsten Ereignisse.

*

In Deutschland geht die herrschende Klasse, der völkischen Eigenart der Deutschen entsprechend, sehr systematisch, sehr organisiert vor. Mit einem teuflischen Netz von Lüge und Brutalität sucht sie die Proletarier einzufangen, zu erledigen und so den Untergang der eigenen Herrschaft hintanzuhalten. Trotz aller inneren Gegensätze bemüht sie sich dabei, Solidarität mit den Klassengenossen im Ausland zu üben, Hand in Hand zu arbeiten mit den Ausbeutern in Westeuropa und in den überseeischen Ländern, immer nur in dem Gedanken, den Zusammenbruch des Kapitalismus zu verhindern. **Diese Bestrebungen sollen gekrönt werden durch die Ausführung des Dawes-Planes, des Sachverständigengutachtens, womit die internationale Bourgeoisie eine Milderung der schweren Wirtschaftskrisen und eine Atempause zum „Wiederaufbau" zu gewinnen hofft.**

Zu diesem Zweck werden Streiks mit Hilfe korrumpierter Gewerkschaftsführer abgewürgt, werden Löhne und Personal abgebaut, Betriebe stillgelegt, die Arbeitszeit verlängert, alle abgebaut, Betriebe stillgelegt, die Arbeitszeit verlängert, alle soziale Hilfsmaßnahmen auf ein weniges eingeschränkt — und, sollten etwa die Proleten nicht parieren, dann wird mit „Recht und Gesetz", verkörpert durch Polizei und faszistische Knüppelgarden, draufgehauen, gestochen, geschossen, gefoltert. Und die Gefängnisse, diese Höllen der Weißen Justiz, verschlingen die „Ungehorsamen" auf Jahr und Jahrzehnte. **Die Stimme des revolutionären Proletariats, die sich gegen den Raubplan der Kapitalisten erhebt, soll zum Schweigen gebracht werden.**

Seit einigen Wochen konzentriert die Bourgeoisie ihre Angriffe auf die Vertreter der revolutionären Arbeiter in den Parlamenten, und zu gleicher Zeit geht sie **gegen die Presse der Kommunisten vor.** Es hagelt nur so an Ausschlüssen kommunistischer Gemeindevertreter, gegen die Reichstagsfraktion wird ein großer Schlag mit Hilfe der Aufhebung der Immunität geplant, Zeitungsverbote sind an der Tagesordnung und soeben erläßt der Sozialdemokrat Ebert eine Verordnung, die, wie die feindliche Presse offen zugibt, nur für die kommunistischen Zeitungen gilt.

Dürfte's Herrn Ebert, Nachfolger der Dynastie Hohenzollern, auch nach dem Ruhm der Preußenkönige als Wort- und Verfassungsbrecher?

Der schwarzrotgoldene Ebert ist längst auf konterrevolutionären Boden, ist längst da, wo Friedrich Wilhelm IV. im Frühjahr 1849 war. Seine Pressеverordnung atmet den Geist jener berüchtigten Verordnung vom 30. Juni 1849, „betreffend die Vervielfältigung und die Verbreitung von Schriften und [illegible] Zeichen, bildliche [illegible] bare Handlungen." [illegible] braucht sich nicht [illegible] verhängen. Die [illegible] die kommunistische [illegible] Handlanger ohne [illegible] hang werden den [illegible] pfen, wenn sie die [illegible] aldemokraten **Ebert [illegible] ht, jenen Bismarck,** [illegible] „völkerbefreienden [illegible] z. Sie straft die [illegible] Affen ihrer Unter- [illegible] es grotesker und [illegible] hat.

[illegible] as mit besonderer [illegible] gerliche Presse, die [illegible] derung zu, daß die [illegible] deallosigkeit [illegible] oten hat. Die [illegible] den Gedanken, daß [illegible] lendeten Geistlosig- [illegible] ürgerlichen Partei- [illegible] chen Landtag ver- [illegible] Kommunalbeamte [illegible] onären Programm [illegible] ich ins Zeug gelegt haben, daß sie seine alten grundsätzlichen Fragen aus dem Wege gingen; daß die Opposition erbärmlich zu Kreuze kroch und daß Hilferding unangefochten als Außenpolitiker der Partei das Bündnis mit den „westlichen Demokraten" proklamieren konnte; daß schließlich Wels die Streichung des V im Firmenschild und die Rückkehr zu der Bezeichnung SPD. als „eine der größten Errungenschaften des Parteitages" bezeichnen durfte?

Aus diesem Sumpf gibt's kein Entrinnen mehr. Die Sozialdemokratie wird dahinvegetieren als eine Partei spießbürgerlicher Mittelmäßigkeit, ohne Zufuhr frischer Kräfte. Sie ist eine Versorgungsanstalt für abgekämpfte Bonzen, deren Sinnen nach „Ruhe und Ordnung" und „häuslichem Glück" steht. In der SPD. sammeln sich alle jene verfaulten Existenzen, die aus Konjunkturpolitik in proletarische Bewegung machten und nun auf kommunalen und staatlichen Ruheposten ein „geordnetes Leben", „geachtet von ihren Mitmenschen", nämlich den übrigen Spießbürgern, führen möchten ... Deckt die Mistgrube zu und laßt sie ruhen!

*

Der Tag aber wird kommen, wo alle die jämmerlichen Spießerseelen fürchterlich erwachen werden. Fieberhaft geht der Pulsschlag der Welt. Krisen erschüttern ihr innerstes Gefüge. Alles ist in Bewegung. Gerade in diesen Tagen, wo in Moskau der V. Weltkongreß der Komintern tagt, strömen von proletarisch Rußland geheimnisvolle Kräfte um den Erdball. Und überall, wo Menschen unter harter Fron seufzen, wo Lohnsklaven, gleich welcher Nation oder Rasse, ausgebeutet werden, da wecken diese Ströme unterirdische Kräfte. Die Sehnsucht nach Freiheit und Menschen wird lebendig, der Geist des Aufruhrs erwacht. **Spartakus wandert durch die Länder.** Er ruft in die schmutzige Mietskasernen nordamerikanischer Arbeiter hinein; er reißt die Neger auf den Plantagen des Südens empor; gewaltig dröhnt seine Stimme von Indien her zu den Völkern des fernen Ostens; er sitzt in den Proletarierkneipen von London und Paris und — **er entfaltet über Deutschland die blutrote Fahne, die als Symbol Hammer und Sichel trägt.**

Spartakus lebt und wird leben, solange nicht das Proletariat die Aufgabe, die ihm von der Geschichte gestellt ist, bis ins letzte erfüllt. **Je schärfer, je erbitterter der Kampf tobt, je stärker werden die Kräfte des Aufruhrs.** Häufig nicht sofort sichtbar, ja manchmal scheint's gegenteilig zu sein. — Das ist das Widerspruchsvolle im Zersetzungsprozeß des kapitalistischen Systems, daß schwere Rückschläge im Klassenkampf eintreten, daß die Revolution Umwege geht.

Aber sie marschiert! Und marschiert auch in Deutschland gerade jetzt. Jede Gewalttat der herrschenden Klasse, jedes Zuchthausurteil, jeder Proletariermord ist ein Motor der Revolution.

Die Revolution wird kommen und sie wird nicht fragen, ob morgen oder übermorgen. Sie wird sich nicht um den „Rechtsboden" kümmern, den die bürgerliche Demokratie selbst unterminiert. Es kommt im sozialen Prozeß nicht darauf an, was gerecht und billig, sondern was notwendig und unvermeidlich ist.

Die Zeichen dieses Notwendigen und Unvermeidlichen aber brennen am Firmament. Das Proletariat muß diese Zeichen lesen lernen und muß nach ihrer Weisung handeln.

Sorgt dafür, daß Ihr gerüstet seid, wenn die Stunde kommt!

Vergeßt nicht, daß vor 10 Jahren der imperialistische Krieg ausbrach!

Denkt daran, daß die proletarische Revolution diesen Krieg unmöglich macht und die Sklavenhalter vernichtet!

Seid einig im unerbittlichen Kampf gegen die Ausbeuterherrschaft!

Schart Euch um die Kommunistische Partei, der Führerin im proletarischen Befreiungskampf!

Chronik der innenpolitischen Ereignisse

für die Zeit des „Klassenkampf"-Verbots

Dienstag, den 10. Juni: Der Reichstag ermächtigt, bevor er sich auf drei Wochen vertagt, mit 247 gegen 183 Stimmen die Regierung, das Sachverständigengutachten mit größter Beschleunigung zu verwirklichen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, Kommunisten und Nationalsozialisten, während die Sozialdemokraten zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien geschlossen dafür stimmen.

Der Kommunist Saalkamp, der durch preußische Ia-Spitzel zu einem Bombenattentat veranlaßt worden war, wird zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Arbeiterdemonstrationen in Schwerin anläßlich des Landesarbeiter-Kongresses; Verschärfung des Bergarbeiterkampfes im Oelsnitz-Lugau-Zwickauer Revier.

Mittwoch, den 11. Juni: Abbruch des großen oberschlesischen Bergarbeiterstreiks. Grund: der Verrat an der Ruhr.

Wuchtige Demonstrationen der Hamburger Arbeiterschaft gegen das Verbot des Arbeiterkongresses und für die Freilassung der politischen Gefangenen. Zusammenstöße mit der Hamburger Polizei. Bei einem Kampf zwischen Kommunisten und Stahlhelmern zwischen Hamburg und Kiel werden die Faszisten verjagt.

Transportarbeiterstreik in Frankfurt und Hamburg.

Brauereiarbeiterstreik in Berlin.

Veröffentlichung der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, die feststellt, daß bei Reichsbahn und Reichspost vierhunderttausend Beamte, also 25 Prozent, abgebaut sind.

Donnerstag, den 12. Juni: Große Erregung der Eisenbahner wegen Nichtbewilligung ihrer Forderung auf 30prozentige Lohnerhöhung und Bezahlung der neunten Arbeitsstunde.

381

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-166915610192406 24-17/fragment/page=0011